KURZ-
INFORMATION

HIS

HOCHSCHUL-INFORMATIONS-SYSTEM, GOSERIEDE 9, 30159 HANNOVER

Februar 2004

A 1 / 2004

Studienberechtigte 2002 ein halbes Jahr nach Schulabgang

Ergebnisse der ersten Befragung der Studienberechtigten 2002 und Vergleich mit den Studienberechtigten 1990, 1994, 1996 und 1999 - eine vergleichende Länderanalyse -

Christoph Heine
Heike Spangenberg
Dieter Sommer

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Studienberechtigte 2002: Zentrale Ergebnisse und Trends (Zusammenfassung) I

Einleitung 1

1 Wege in den Beruf 6

2 Tätigkeit ein halbes Jahr nach Schulabgang 11

Hochschulstudium 15

3 Brutto-Studierquote 15

Exkurs: Anhaltender Einfluss der Geschlechtszugehörigkeit auf die Studienentscheidung? 21

4 Angestrebte Hochschulprüfungen 28

Exkurs zur Wahl eines Bachelorabschlusses 28

5 Gewählte Studienrichtungen 33

Berufsausbildung 38

6 Brutto-Berufsausbildungsquote 38

7 Art der Berufsausbildung 44

Anhang Tabellen 49

Studienberechtigte 2002: Zentrale Ergebnisse und Trends

Studien- und Berufsausbildungswahl als Ziel und Gegenstand der Untersuchung. Im vorliegenden Bericht werden zentrale Befunde über die nachschulische Studien- und Berufsausbildungswahl der studienberechtigten Schulabgänger 2002 präsentiert. Befragt wurde eine auf Bundes- und Landesebene sowie nach Geschlechtszugehörigkeit und Art der Hochschulreife repräsentative Stichprobe von Personen, die im Schuljahr 2001/2002 an allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen die Berechtigung zum Studium erworben haben. Die Befragung fand Ende 2002/Anfang 2003 statt, also etwa ein halbes Jahr nach Erwerb der Hochschulreife, und ist Bestandteil der seit 1976 laufenden HIS-Untersuchungsreihe über die nachschulischen Werdegänge von Studienberechtigten. Die Untersuchungen sind als Längsschnitt- oder Panel-Befragung angelegt, so dass die Angaben der einzelnen Befragten aus den verschiedenen Befragungswellen miteinander verknüpft und so die individuellen Studien-, Berufsausbildungs- und Berufsverläufe ermittelt und analysiert werden können. Um Veränderungen und Trends seit Anfang der 90er Jahre aufzeigen zu können, werden die aktuellen Befunde entsprechenden Daten aus der jeweils ersten Befragungswelle der Jahrgänge 1990, 1994, 1996 und 1999 gegenübergestellt. Die Ergebnisse werden durchgängig differenziert nach der Geschlechtszugehörigkeit, nach Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern sowie nach den einzelnen Bundesländern, in denen die Hochschulreife erworben wurde.

Polarisierung der beruflichen Qualifizierungswege – Zunahme der klassischen FH-Klientel. Von allen Studienberechtigten 2002 hat sich der ganz überwiegende Teil (88%) für ein Hochschulstudium oder eine Berufsausbildung als Qualifizierung für den Beruf entschieden. Damit erreicht die seit Anfang/Mitte der 90er Jahre beobachtbare Polarisierung der grundlegenden Qualifizierungsentscheidungen - entweder Studium oder Berufsausbildung - ihren bisherigen Höhepunkt, denn parallel dazu wurde der besonders zeitaufwendige Weg in den Beruf über die Kombination aus beiden beruflichen Qualifizierungen zu einer Restgröße von 4% (1990: 12%). Diese Entwicklung ist in allen untersuchten Teilpopulationen zu beobachten (Männer/Frauen, alte Länder/neue Länder, einzelne Bundesländer). Zugleich findet seit Mitte der 90er Jahre eine generelle Verschiebung zugunsten des sog. akademischen Königsweges in den Beruf (Hochschulreife - Studium - Beruf), statt (bezogen auf alle Studienberechtigten 1996: 46%, 2002: 56%), während der Weg „ausschließliche nicht-akademische Berufsausbildung“ nach zwischenzeitlichem Anstieg auf über ein Viertel gegenwärtig noch von einem Fünftel aller Studienberechtigten gewählt wird. Dieser Trend einer doppelten Abkehr der Studienberechtigten von der Berufsausbildung, sowohl als Doppelqualifizierung als auch als ausschließliche Berufsausbildung, lässt sich in allen Subpopulationen beobachten. Als zentraler Befund besonders für die männlichen Studienberechtigten ist zudem festzuhalten: Nach deutlichem Rückgang bei den zuvor untersuchten Jahrgängen hat der Anteil der berufserfahrenen Studienberechtigten, also derjenigen mit dem berufs- und bildungsbiografischen Weg „Berufsausbildung/ Berufstätigkeit - Erwerb der Hochschulreife - Studienabschluss angestrebt“, erstmals wieder deutlich zugenommen (von 23% über 12% auf jetzt 17%). Bei dieser Gruppe von Studienberechtigten handelt es sich ganz überwiegend um die klassische Klientel der Fachhochschulen.

Hoher Anteil von Übergangstätigkeiten in der Zeit nach Schulabgang, zugleich wieder zügigere Aufnahme eines Studiums. Die erste Zeit nach Schulabgang ist für viele Studienberechtigte eine Phase der freiwilligen oder unfreiwilligen Übergangstätigkeiten vor der Aufnahme der angestrebten Berufsqualifizierung. Ende 2002 war die Hälfte aller Studienberechtigten 2002 zum Wehr- oder Zivildienst einberufen (28%), absolvierte ein Praktikum, war berufstätig (jeweils 4%) oder ging sonstigen Tätigkeiten nach (zusammen 13%: Jobben, Ur-

laub, Au-Pair, Freiwilliges Soziales Jahr). Umgekehrt hat von den neun Zehnteln der Studienberechtigten mit Qualifizierungsabsichten (92%) nur jeder zweite sein Studium bzw. seine Berufsausbildung zu diesem Zeitpunkt bereits begonnen - deutlich weniger als zu Beginn der 90er Jahre (57% - 58%). Hauptgründe für diesen Trend verzögerten Ausbildungsbeginns waren bis zum Jahrgang 1999 die stark gestiegenen Einberufungsquoten zum Wehr- oder Zivildienst und der Anteilszuwachs von Studienberechtigten in sonstigen Tätigkeiten. Dennoch haben sich die Studienberechtigten 2002 im Wintersemester 2002/03 öfter bereits an einer Hochschule eingeschrieben als zu den analogen Zeitpunkten bei den zuvor untersuchten Jahrgängen. Hauptgründe für die wieder gestiegene frühe Studienaufnahme sind die höhere Studierfreudigkeit (s.u.) und der nach 1999 gesunkene Anteil Studienberechtigter im Wehr- oder Zivildienst. Dagegen geht der Anteil derjenigen, die sich zu diesem Zeitpunkt bereits in einer beruflichen Ausbildung befinden, in der Tendenz seit Mitte der 90er Jahre, besonders aber nach 1999 (von 21% auf 15%), zurück. Wesentliche Ursache für diesen Rückgang ist die gesunkene Absicht zur Absolvierung einer betrieblichen Ausbildung (s.u.).

Erhebliche Zunahme der Studierneigung. Diese wird indiziert durch die Brutto-Studierquote, die definiert ist als Anteil der Studienberechtigten eines Jahrgangs, die ihre erworbene Studienoption zum Befragungszeitpunkt bereits eingelöst haben oder demnächst sicher einlösen werden. Für den Studienberechtigtenjahrgang 2002 beträgt die Studierquote 73%. Damit ist nach kontinuierlichem Rückgang von 76% auf 66% im Verlauf der 1990er Jahre die Studierfreudigkeit wieder massiv angestiegen und nähert sich dem hohen Niveau vom Beginn der 90er Jahre. Unter Einbeziehung derjenigen, die eine Studienaufnahme „wahrscheinlich“ (aber nicht sicher) bzw. „alternativ“ (zu anderen nachschulischen Tätigkeiten) planen, ergibt sich ein Korridor der Brutto-Studierquote für 2002 zwischen minimal 73% und maximal 79%. Die Zunahme der Studierneigung ist verknüpft mit einer wieder deutlich optimistischeren Einschätzung der beruflichen Zukunftsaussichten von Absolventen eines Studiums. An der Trendwende partizipieren alle untersuchten Teilgruppen: Männer und Frauen, Studienberechtigte mit allgemeiner und Fachhochschulreife, mit niedriger, mittlerer, gehobener und hoher Schichtherkunft, mit gutem und weniger gutem schulischen Leistungsniveau, Studienberechtigte aus den alten und den neuen Ländern und, mit Ausnahme von Bremen und Niedersachsen, auch aus allen einzelnen Bundesländern. Obwohl die aktuellen Steigerungsraten der Studierneigung etwa bei Frauen, Studienberechtigten mit Fachhochschulreife und bei denjenigen mit niedriger und mittlerer Schichtherkunft überdurchschnittlich hoch sind, sind dennoch die Studierquoten von Männern, Abiturienten, Abgängern mit guten Durchschnittsnoten, Studienberechtigten aus den alten Ländern und denen mit hoher oder gehobener Schichtherkunft nach wie vor (teilweise erheblich) höher als bei ihren jeweiligen „Gegengruppen“. Bei Frauen findet ein Ausgleich des geschlechtstypischen Unterschieds der Studierbereitschaft nur bei zugleich hoher Schichtherkunft und sehr gutem schulischen Leistungsstand statt.

Lehramtsprüfungen im Aufwind - großes Potential für Bachelor-Abschlüsse. Von allen studienberechtigten Schulabgängern 2002 strebt jeweils gut ein Fünftel (22%) ein Fachhochschul-Diplom bzw. ein Universitäts-Diplom an. Damit ist das Diplom nach wie vor der bei weitem häufigste hochschulische (aber auch insgesamt der am meisten gewählte berufsqualifizierende) Abschluss. Knapp ein Zehntel der Studienberechtigten 2002 möchte eine Lehramtsprüfung und 8% eines der anderen Staatsexamina ablegen. Von geringerer Bedeutung sind Magister (5%) und Bachelor (4%). Die im Verlauf der 1990er Jahre stark gesunkene Studierneigung spiegelte sich, mit Ausnahme des Magisters, in sinkenden Wahlanteilen aller Abschlussarten wider. Die 2002 wieder höhere Studierquote manifestiert sich in gestiegenen Anteilen ausschließlich für Lehramtsprüfungen und Bachelor-Abschlüsse, während die Anteilswerte für alle anderen Ab-

schlussarten konstant bleiben. Dies legt die Vermutung nahe, dass mit den Bachelor-Studiengängen neue Studienberechtigte für ein Studium mobilisiert werden. Dennoch ist auch vier Jahre nach ihrer Einführung der Kenntnisstand über die gestuften Studiengänge bei den Studienberechtigten als der hauptsächlichen Adressatengruppe sehr unzureichend. Mehr als einem Viertel von ihnen ist der Bachelor unbekannt; weitere vier Zehntel sind bestenfalls teilweise informiert. Andererseits haben 27% aller Studienberechtigten 2002 den Bachelor für sich in Betracht gezogen, aus unterschiedlichen Gründen aber dennoch nicht gewählt. Hier liegt ein beträchtliches Potential für die neuen Studiengänge – entweder durch Revision des zunächst gewählten Studienabschlusses oder durch spätere Entscheidung für ein zunächst nicht geplantes Studium. Die gestiegene Studierquote beim Jahrgang 2002 geht sowohl bei Männern als auch bei Frauen mit steigenden Wahlhäufigkeiten für Lehramts- und Bachelorabschlüsse einher. Letztere werden von beiden Geschlechtern nahezu gleich häufig gewählt. Ansonsten dominieren jedoch Unterschiede: Männer entscheiden sich deutlich häufiger für Diplom-Abschlüsse sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen; Frauen streben dagegen häufiger als Männer Lehramtsprüfungen, eines der übrigen Staatsexamina oder einen Magister an. Diese Unterschiede hängen eng mit der geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Wahl der Studienrichtungen zusammen. Im West-Ost-Vergleich sind - unter Berücksichtigung der unterschiedlich hohen Studierquoten - in der Abschlusswahl keine wesentlichen Unterschiede zu erkennen. Dies gilt auch hinsichtlich der neuen Bachelor-Grade.

Wirtschaftswissenschaften sind nach wie vor die beliebteste Studienrichtung mit genau einem Zehntel aller Studienberechtigten 2002; danach folgen die Lehramtsstudiengänge (9%) und mit einigem Abstand Maschinenbau (6%) und Kultur- und Sprachwissenschaften und Sozialwissenschaften/Sozialwesen (jeweils 5%). In der mittelfristigen Perspektive seit 1990 ergeben sich deutliche Verlagerungen der fachlichen Präferenzen: Bei den Lehramtsstudiengängen ist nach kontinuierlichem Rückgang eine klare Trendumkehr eingetreten; die Mitte der 90er Jahre einsetzende rückläufige Wahl von Architektur/Bauwesen hält, wenn auch abgebremst, an; die zuvor beobachtbare rückläufige Wahl von Elektrotechnik und Maschinenbau ist zwar gestoppt, eine durchgreifende Trendwende ist aber trotz anhaltend positiver Arbeitsmarktsignale nicht zu erkennen; die Ende der 90er Jahre parallel zum Boom in der IT-Branche deutliche gestiegene Präferenz in Mathematik/Informatik hat ihren Höhepunkt offensichtlich überschritten und schwächt sich deutlich ab; die Kultur- und Sprachwissenschaften sind im Zeitablauf durch sehr stabile Wahlanteile, die Sozialwissenschaften/Sozialwesen durch einen anhaltenden leichten Aufwärtstrend gekennzeichnet; die Rechtswissenschaften werden nach vorherigem kontinuierlichem Rückgang erstmals wieder häufiger, die Wirtschaftswissenschaften dagegen zu faktisch konstant hohen Anteilen gewählt. Auch für 2002 weist die Fachrichtungsstruktur der Studienberechtigten 2002 die seit langem bekannten geschlechtstypischen Unterschiede auf: Frauen wählen signifikant häufiger Lehramtsstudiengänge, Sozialwissenschaften/Sozialwesen und Kultur- und Sprachwissenschaften, während der fachliche Schwerpunkt der Männer auf den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studienrichtungen Elektrotechnik, Maschinenbau und Mathematik/Informatik liegt. Bereits am Beginn des gemeinsamen Untersuchungszeitraums, beim Jahrgang 1990, weisen die Fächerpräferenzen der Studienberechtigten aus den alten und den neuen Ländern mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede auf. Eine weitgehend gleiche Struktur der Fächerpräferenzen gilt auch für den Jahrgang 2002. Unterschiedlich ist die Entwicklung jedoch zum einen in den Lehramtsstudiengängen, wobei aber der jüngste Anstieg in beiden Herkunftsregionen zu beobachten ist. Während die Wahl von Kultur- und Sprachwissenschaften in den alten Ländern stabil bleibt, steigt sie in den neuen Ländern kontinuierlich an. Zudem entscheiden sich seit Mitte der 90er Jahre in Westdeutsch-

land unverändert 6% eines Studienberechtigtenjahrgangs für Maschinenbau, in Ostdeutschland ist dieser Anteil 2002 erstmals wieder angestiegen und liegt nun ebenfalls bei 6%.

Nur noch ein Viertel der Studienberechtigten mit Entscheidung für eine Berufsausbildung. Damit liegt die Brutto-Berufsausbildungsquote für 2002, also der Anteil an allen Studienberechtigten des Jahrgangs, die eine berufliche Ausbildung in Betrieben, Behörden, Berufsfachschulen oder Berufsakademien bereits aufgenommen haben oder dies für die Folgezeit beabsichtigen, erheblich unter dem zuvor weitgehend konstanten Anteilswert von etwa einem Drittel (32% - 34%). Zwischen 1990 und 1999 vollzog sich aber „unterhalb“ dieser Stabilität ein Strukturwandel der beiden in der Berufsausbildungsquote zusammengefassten Wegen beruflicher Qualifizierung: Während der Anteil der Studienberechtigten, die im Anschluss an ihre Berufsausbildung noch die Aufnahme eines Hochschulstudiums planten, kontinuierlich von 12% auf 6% zurückging, stieg der Anteil derjenigen, die sich ausschließlich für eine Berufsausbildung als nachschulische Qualifizierung entschieden haben, von etwa einem Fünftel (21%) auf gut ein Viertel (27%) an. Während diese beiden gegenläufigen Entwicklungstrends sich bis 1999 zu einer stabilen Berufsausbildungsquote saldierten, gehen beim Jahrgang 2002 erstmals die Anteile sowohl der Gruppe „ausschließliche Berufsausbildung“ (von 27% auf 20%) als auch der Gruppe „Doppelqualifizierung“ (von 6% auf 4%) zurück. Frauen entscheiden sich im gesamten Untersuchungszeitraum erheblich häufiger als Männer für eine nachschulische Berufsausbildung. Bis 1999 bewegte sich die Berufsausbildungsquote bei Männern mit geringfügigen Schwankungen um die 25%-Marke und ging zuletzt auf 17% zurück; von den studienberechtigten Frauen entschieden sich langjährig etwa vier Zehntel, zuletzt aber nur noch drei Zehntel für eine Berufsausbildung. Festzuhalten ist auch, dass das sukzessive Abschmelzen der Doppelqualifizierer bei Männern und Frauen auf eine Restgröße mit der Herausbildung eines vergleichsweise stabilen Anteils von Studienberechtigten mit ausschließlicher Berufsausbildung verbunden ist: Er beträgt bei den Männern zwischen 14% und 20% und bei den Frauen zwischen 28% und 33%, beim Jahrgang 2002 sogar nur noch 24%. Studienberechtigte aus den neuen Ländern entscheiden sich (mit Ausnahme des Jahrgangs 1990) durchgängig deutlich häufiger als die aus den alten Ländern für eine Berufsausbildung. Beim zuletzt befragten Jahrgang 2002 belaufen sich die entsprechenden Quoten auf 30% bzw. 23%. Im Jahrgangsvergleich umfasst der Anteil der Studienberechtigten mit ausschließlicher beruflicher Ausbildung in den alten Ländern zwischen einem Fünftel und einem Viertel, in den neuen Ländern dagegen zwischen einem Viertel und einem Drittel aller Studienberechtigten.

Erheblicher Rückgang der betrieblichen, Konstanz der studienähnlichen Berufsausbildungen. Von allen Studienberechtigten 2002 streben 13% den Abschluss einer betrieblichen Ausbildung im dualen System an. Nach wie vor stellt damit die Lehre den überwiegenden Anteil unter den verschiedenen Formen der von Studienberechtigten gewählten Berufsausbildungen. Allerdings lag ihr Anteil bei den zuvor untersuchten Jahrgängen durchgängig bei etwa einem Fünftel der Studienberechtigten. Da der zusammengefasste Anteil der anderen Wege der beruflichen Ausbildung faktisch konstant blieb (12% bis 13%), kommt der starke Rückgang der Berufsausbildungsquote seit dem Jahrgang 1999 fast ausschließlich durch die rückläufige Entscheidung für eine betriebliche Ausbildung zustande. Der Anteil der Studienberechtigten mit Beamtenausbildung liegt seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre konstant bei 3%, bei den zuvor untersuchten Jahrgängen etwas höher bei 4 bzw. 5%. Gleichfalls faktisch unverändert im Jahrgangsvergleich sind die Anteile für die Ausbildung an einer Berufsakademie (bis Mitte der 90er Jahre 2%, danach 3%). Da der Zugang zu beiden Ausbildungen der administrativen bzw. unternehmerischen Personal- und Bedarfsplanung unterliegt, dürfte damit kaum die tatsächliche Attraktivität dieser bei Studienberechtigten sehr begehrten Qualifizierungswege zum Ausdruck kommen.

Insgesamt 5% der Studienberechtigten 2002 haben sich für eine Ausbildung an Berufsfachschulen entschieden. Damit geht der Wahlanteil dieser beruflichen Ausbildungen nach vorherigem Anstieg auf 8% wieder auf den Wert der ersten Hälfte der 90er Jahre zurück. Die bei weiblichen Studienberechtigten höhere Berufsausbildungsquote resultiert hauptsächlich aus der deutlich höheren Wahlhäufigkeit von betrieblichen Ausbildungen und von Ausbildungen an Berufsfachschulen. Bei beiden Geschlechtern kommt jedoch der drastische Rückgang der Berufsausbildungsquote überwiegend durch die geringere Entscheidung für eine betriebliche Ausbildung zustande. Bei Frauen verlieren allerdings auch die berufsfachschulischen Ausbildungen an Attraktivität. Beim Vergleich zwischen den Studienberechtigten 2002 nach ihrer Herkunftsregion zeigt sich, dass die höhere Berufsausbildungsquote in den neuen Ländern aus den höheren Anteile von Berufsakademien, Berufsfachschulen und betrieblichen Ausbildungen resultiert. Die Veränderung in der Wahl der verschiedenen Berufsausbildungsarten ist in den alten bzw. neuen Ländern überwiegend durch konvergierende Trends gekennzeichnet. Nur die Entwicklung der Ausbildungen an Berufsakademien verläuft in den beiden Herkunftsregionen unterschiedlich. Während in den alten Ländern der Anteil seit Mitte der 90er Jahre konstant bei 3% liegt, ist in den neuen Ländern ein trendmäßiger Anstieg von 2% auf zuletzt 5% zu beobachten.

Einleitung

Anlass und Ziel der Untersuchung

Welche Ausbildungspläne verfolgen die Studienberechtigten zu Beginn des neuen Jahrtausends? Setzt eine Trendwende hin zu einer steigenden Studierneigung ein – wesentliche Voraussetzung, um das Ziel der Bundesregierung, eine Studienanfängerquote von 40%, zu erreichen? Die Ausbildungswahlentscheidungen der studienberechtigten Schulabgänger der 90er Jahre waren durch einen deutlichen Rückgang der Studierquote gekennzeichnet. Von den zuletzt befragten Studienberechtigten der Jahrgänge 1996 und 1999 hatten sich ein halbes Jahr nach Schulabgang nur noch zwei Drittel für ein Studium an Universitäten oder Fachhochschulen entschieden. Für ein wieder stärkeres Ausschöpfen des Studierpotentials Anfang des neuen Jahrtausends würden u.a. die verbesserten Perspektiven auf dem akademischen Arbeitsmarkt sprechen. Die bestehende oder prognostizierte Knappheit von entsprechendem Fachpersonal auf einzelnen Teilarbeitsmärkten ist in den letzen Jahren mit hoher öffentlicher und medialer Aufmerksamkeit thematisiert worden. Hinzu kommen die häufigen Appelle und Ermunterungen aus der Politik, von Verbänden und Unternehmen, zur Aufnahme eines Studiums. Aber auch der anhaltende Wandel zugunsten hochqualifizierter Tätigkeiten und die damit auch mittelfristig günstigen Aussichten auf den akademischen Arbeitsmärkten insgesamt könnten sich förderlich auf die Studierneigung ausgewirkt haben.

Neben der Frage nach einem generellen Anstieg der Studierquote ist die Fachwahl von besonderem Interesse. Gibt es z.B. nach der in den 90er Jahren beobachtbaren rückläufigen Wahl der Lehramtsstudiengänge sowie der ingenieurwissenschaftlichen Kerndisziplinen Elektrotechnik und Maschinenbau Hinweise auf ein wieder vermehrtes Interesse an diesen Studienrichtungen? Denn insbesondere in diesen Fachrichtungen bzw. Berufsbereichen ist ein akademischer Arbeitskräftemangel zu erwarten bzw. teilweise sogar bereits eingetreten.

Mit Blick auf die Bologna-Nachfolgekonferenz im September 2003 in Berlin kommt auch der Art der angestrebten Hochschulprüfungen verstärkt Bedeutung zu: Die Bildungsminister von 40 europäischen Staaten haben sich dazu verpflichtet bis 2005 zweistufige Bachelor- und Master-Abschlüsse einzuführen und bis zum Jahr 2010 auf diese Studiengänge umzustellen. Dem entspricht das starke Anwachsen des Angebots an Bachelor- und Master-Studiengängen in den letzten Jahren. Im Wintersemester 2003/04 werden bundesweit 854 Bachelor- und 1044 Master-Studiengänge angeboten. In deutlichem Kontrast hierzu stand bisher die Nachfrage durch die Studienberechtigten. In der Befragung der studienberechtigten Schulabgänger 2002 soll dieser Diskrepanz vertiefend nachgegangen werden: Wie bekannt ist dieses neuartige Studienangebot bei ihnen? Welche Bedeutung haben Bachelor/Master im Entscheidungsprozess der Studienberechtigten? Gibt es Hinweise dafür, dass mit den gestuften Studiengängen zusätzliche Studienberechtigtengruppen für ein Studium mobilisiert werden können? Wenn ja, zulasten welcher Berufsausbildungsarten geht diese Entwicklung?

Im vorliegenden Bericht werden zentrale Daten über die nachschulische Studien- und Berufsausbildungswahl der studienberechtigten Schulabgänger 2002 präsentiert. Die Befragung der Studienberechtigten 2002 ist Bestandteil der Untersuchungsreihe über die nachschulischen Werdegänge von Hochschulzugangsberechtigten, die HIS seit 1976 für ausgewählte Schulentlassjahrgänge durchführt. Die Untersuchungen sind als Längsschnitt- bzw. Panel-Befragungen angelegt, so dass die Angaben der einzelnen Befragten direkt miteinander verknüpft und die individuellen Studien-, Berufsausbildungs- und Berufsverläufe ermittelt und analysiert werden können. Die einzelnen Befragungstermine und die jeweils gestellten Fragen sind so aufeinander abgestimmt, dass die von den einbezogenen Jahrgängen jeweils erhobenen Daten zu jeder Befragungswelle miteinander vergleichbar sind.

Im vorliegenden Bericht wird ein Überblick gegeben über die von den Studienberechtigten angestrebten Arten der nachschulischen Qualifizierung für den Beruf (Studium und/oder Berufsausbildung), die jeweils im Dezember des Jahres des Schulabgangs ausgeübten Tätigkeiten, den Umfang des bereits erfolgten oder noch geplanten Übergangs in die Hochschule („Brutto-Studierquote“), die angestrebten Hochschulexamina, die gewählten Studienrichtungen, die Quote der erfolgten oder geplanten Aufnahme einer beruflichen Ausbildung („Brutto-Berufsausbildungsquote“) und die Art dieser Ausbildung.

Neben der Insgesamt-Betrachtung werden die Ergebnisse differenziert nach der Geschlechtszugehörigkeit, nach Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern sowie nach den einzelnen Bundesländern, in denen die Hochschulreife erworben wurde. Aufgrund der gravierenden Unterschiede hinsichtlich der Brutto-Studierquote wird im Kapitel 3 zusätzlich auch nach der Art der erworbenen Hochschulreife untergliedert. Um die Veränderungen und Trends im nachschulischen Ausbildungswahlverhalten seit Anfang der 90er Jahre aufzuzeigen, werden die Daten der Studienberechtigten 2002 entsprechenden Daten der zuvor befragten Jahrgänge 1990, 1994, 1996 und 1999 gegenübergestellt.

Methodische Fragen

In der aktuellen Untersuchung wurde eine auf Bundes- und Landesebene sowie nach Geschlecht und Art der Hochschulreife repräsentative Stichprobe von Personen befragt, die im Schulentlassjahr 2001/02 an allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen die allgemeine Hochschulreife, die fachgebundene Hochschulreife, die Fachhochschulreife, die fachgebundene Fachhochschulreife oder den schulischen Teil der Fachhochschulreife erworben haben. Mit Hilfe einer auf dem Zufallsprinzip basierenden disproportionalen, geschichteten Klumpenstichprobe wurden ca. 1.200 deutsche Schulen ausgewählt. Die Befragung fand Ende 2002/ Anfang 2003 statt – also etwa ein halbes Jahr nach Schulabgang. Etwa drei Wochen nach Zusendung des 12-seitigen Fragebogens wurde den Studienberechtigten ein Erinnerungsschreiben zugeschickt. Der absolute Rücklauf liegt bei ca. 12.300 verwendbar bearbeiteten Fragebogen. Durch komplexe Gewichtungsverfahren wurde die im Stichprobenplan festgelegte disproportionale Schulverteilung ausgeglichen. Die Repräsentativität der Untersuchung wurde für die o.g. Merkmale überprüft und ist gesichert.

Die ausgewiesenen Daten beziehen sich in allen Kapiteln jeweils auf alle Studienberechtigten eines Jahrgangs. Nur wenn die Angaben zum angestrebten Hochschulabschluss, zur Studienrichtungswahl und zur Art der Berufsausbildung auf alle Studienberechtigten eines Jahrgangs bezogen werden, können die sich verändernden Präferenzen im nachschulischen Ausbildungswahlverhalten adäquat ermittelt werden. Würde man diese Angaben jeweils nur auf die Subgruppen der Studier- bzw. Berufsausbildungswilligen beziehen, ergäben sich allein aus einer zwischen den Jahrgängen variierenden Studier- bzw. Berufsausbildungsneigung Verschiebungen in den Anteilen.

Erstmals bei der Untersuchung der Studienberechtigten 1999 wurden auch die Schulabgänger befragt, die mit Abgang von der Schule zunächst nur den schulischen Teil der Fachhochschulreife bescheinigt bekommen. Bei dieser Befragung stellte diese Gruppe einen Anteil von 2%; beim Jahrgang 2002 sind es bereits 4% aller Studienberechtigten. Zur Erlangung der Berechtigung zum Studium an einer Fachhochschule müssen diese Personen noch ein gelenktes Praktikum mit einer bestimmten Mindestdauer oder eine berufliche Ausbildung erfolgreich absolvieren. Damit gehören diese Schulabgänger nicht zur Gesamtpopulation „Studienberechtigtenjahrgang 2002“, sondern je nach Datum der Absolvierung der noch zu erbringenden Leistungen zum Jahrgang 2003 oder 2004 – falls die genannten Bedingungen erfüllt werden. Diese Personengruppe wurde daher aus den Auswertungen für diesen Bericht ausgeschlossen. Zudem sind auch die Daten der Studienberechtigten 1999 nachträglich um die

Schulabgänger mit schulischem Teil der Fachhochschulreife bereinigt worden. Geringfügige Abweichungen zu den zuvor ausgewiesenen Daten der Befragung 1999 sind daher möglich.[1]

Bei der Interpretation der in Kapitel 1 („Wege in den Beruf“) und Kapitel 6 („Berufsausbildung“) dokumentierten Daten ist zu berücksichtigen, dass das Erhebungsinstrumentarium ab der Befragung der Studienberechtigten 1994 gegenüber früheren ersten Befragungen verfeinert worden ist. Seit diesem Jahrgang wurden die Studienberechtigten nicht nur danach gefragt, ob bereits (zum Befragungszeitpunkt) eine Berufsausbildung aufgenommen worden, sondern auch danach, ob zukünftig noch die Aufnahme einer solchen Ausbildung geplant ist. Um mit den Daten der Jahrgänge 1994, 1996, 1999 und 2002 vergleichbare Informationen zur Verfügung stellen zu können, wurde bei den Studienberechtigten 1990 auf die Ergebnisse der zweiten Befragung zurückgegriffen und die Gruppe "Berufsausbildung noch geplant" simuliert durch die Gruppe "Berufsausbildung bis zur zweiten Befragung 3 ½ Jahre nach Schulabgang tatsächlich aufgenommen".

Bei den Veränderungen im Ausbildungswahlverhalten der Studienberechtigten aus den neuen Ländern ist zu berücksichtigen, dass es sich beim Jahrgang 1990 um den "Wendejahrgang" handelt, der seine gesamte Schulausbildung einschließlich des Erwerbs der Hochschulreife noch zu DDR-Bedingungen absolviert und der seine Zukunftspläne noch vor der Wende gefasst hat. Die Realisierung bzw. Revision dieser Pläne erfolgte aber bereits unter den neuen Gegebenheiten, wobei die neuen Bildungsangebote (Fachhochschulstudium, Vorbereitungsdienst für die Beamtenlaufbahn) zunächst – wenn überhaupt – nur wenig bekannt waren und in den neuen Ländern erst im Laufe der Zeit auf- und ausgebaut wurden. Typisch für diesen Jahrgang ist insbesondere die ursprünglich fast gänzliche Ausrichtung auf ein (Universitäts-)Studium. Der Studien- und Berufsausbildungswahl der Hochschulzugangsberechtigten der nachfolgenden Jahrgänge lagen demgegenüber durch die grundlegende Umgestaltung des Bildungssystems weitgehend veränderte Rahmenbedingungen zugrunde.

Da in den Tabellen durchgängig gerundete Werte angegeben sind, können zwischen korrespondierenden Tabellen geringfügige Abweichungen vorkommen. Auch ist es möglich, dass die Summe der einzelnen Prozentangaben nicht immer 100% ergibt.

Hinzuweisen ist zudem auf folgende Besonderheiten:

- Das Land Berlin wurde bei allen betrachteten Jahrgängen den alten Ländern zugeordnet.
- In die Befragung der Studienberechtigten 1994 konnte Brandenburg wegen der dort in diesem Schuljahr erfolgten Umstellung von der 12jährigen auf die 13jährige Schulzeit nicht mit einbezogen werden.
- Die Studienberechtigten aus den alten Ländern setzen sich bei allen Jahrgängen aus Schulabgängern mit Abitur (allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife) und Absolventen mit Fachhochschulreife zusammen. Bei der Stichprobe der Studienberechtigten 1990 aus den neuen Ländern handelt es sich dagegen ausschließlich um Abiturienten. Erst seit dem Jahrgang 1994 sind auch Schulabgänger mit Fachhochschulreife vertreten. Änderungen im nachschulischen Ausbildungswahlverhalten zwischen dem ostdeutschen Jahrgang 1990 einerseits und den Jahrgängen 1994, 1996, 1999 und 2002 andererseits können somit auch aus der veränderten Zusammensetzung resultieren, da sich Abiturienten und Schulabgänger mit Fachhochschulreife in ihrem Wahlverhalten erheblich unterscheiden.

[1] Der weitaus größte Anteil der Schulabgänger 2002 mit schulischem Teil der Fachhochschulreife hat eine zweijährige höhere Berufsfachschule abgeschlossen (86%), weitere 10% besuchten eine allgemeinbildende Schule und 3% ein Fachgymnasium. Insbesondere in Nordrhein-Westfalen ist diese Form des Erwerbs der Hochschulreife anzutreffen. 73% der befragten Schulabgänger mit schulischem Teil der Fachhochschulreife kommen aus diesem Bundesland, jeweils 7% aus Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, 5% aus Hamburg, jeweils 2% aus Niedersachsen und dem Saarland sowie 4% aus den übrigen 11 Bundesländern.

Definitionen

Der Begriff **Studium** umfasst den Besuch von Fachhochschulen und Universitäten.

Zum **Fachhochschulstudium** werden auch entsprechende Studiengänge an Gesamthochschulen gerechnet. Der Besuch einer Berufsakademie oder Verwaltungsfachhochschule wird demgegenüber dem Bereich der beruflichen Ausbildungen zugeordnet. Denn die 3-jährigen Berufsakademien sind nur teilweise Einrichtungen des tertiären Bereichs, die daher auch nur zum Teil einen den entsprechenden Abschlüssen an Fachhochschulen gleichgestellten Abschluss verleihen. Das Studium an Verwaltungsfachhochschulen ist ein Bestandteil der Ausbildung zum Beamten im gehobenen nichttechnischen Dienst. Zudem unterliegt sowohl der Zugang zu Berufsakademien als auch der zu Verwaltungsfachhochschulen administrativen Beschränkungen.

Zu den **Universitäten** werden im Rahmen dieser Untersuchung neben diesen auch Technische, Pädagogische, Theologische, Kunst- und Musikhochschulen und Hochschulen im Ausland gezählt, nicht aber die Hochschulen der Bundeswehr, da das Studium im Rahmen der Ausbildung zum Offizier erfolgt und nicht primäres Ziel ist. Die Zulassung zu dieser Ausbildung ist zudem administrativ beschränkt.

Zu den **beruflichen Ausbildungen** gehören die betriebliche Ausbildung, die verschiedenen schulischen Ausbildungen (Besuch von Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens, Fachakademien), die Beamtenausbildung (i.d.R. für den gehobenen Dienst, in wenigen Fällen auch für den mittleren Dienst) und der Besuch von Berufsakademien. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass in diesem Bericht ausschließlich nachschulische Berufsausbildungen betrachtet werden, nicht aber solche, die bereits vor – in seltenen Fällen auch mit – Erwerb der Hochschulreife abgeschlossen wurden.

Auf diesen Definitionen basieren die Brutto-Studierquote (Kap. 3) und die Brutto-Berufsausbildungsquote (Kap. 6).

Die **Brutto-Studierquote** ist der Anteil all jener Hochschulzugangsberechtigten eines Jahrgangs, die ein Studium an einer Universität oder an einer Fachhochschule aufnehmen, unabhängig vom erfolgreichen Abschluss dieses Studiums. Sie wird ermittelt durch die Addition des Anteil derer, die bis zum jeweiligen Betrachtungszeitpunkt (hier: ein halbes Jahr nach Schulabgang) bereits ein Studium aufgenommen haben, und des Anteils jener, die sichere Studienabsichten für die Folgezeit bekunden. Nicht in die Brutto-Studierquote einbezogen werden gemäß der obigen Hochschul-Definition die Anteile der Studienberechtigten, die eine Verwaltungsfachhochschule, eine Hochschule der Bundeswehr oder eine Berufsakademie besuchen. In Kap. 3 wird jedoch auch eine alternative Quote (Brutto-Studierquote II) unter Einbeziehung dieser Einrichtungen ausgewiesen.

Die **Brutto-Berufsausbildungsquote** ermittelt sich aus der Summe der Anteile der Studienberechtigten, die bis zum Befragungszeitpunkt eine der o.g. beruflichen Ausbildungen aufgenommen haben und derjenigen, die in der Folgezeit noch eine Berufsausbildung aufnehmen wollen – ebenfalls unabhängig davon, ob sie diese erfolgreich beenden. Beim Jahrgang 1990 wurden all diejenigen berücksichtigt, die bis 3 ½ Jahre nach Schulabgang (zum Zeitpunkt der zweiten Befragung) eine Berufsausbildung aufgenommen haben.

Abweichend davon handelt es sich bei den im Kapitel über die von den Studienberechtigten gewählten Wege in den Beruf genannten Quoten bereits um „bereinigte“ Daten, d.h. es werden nur die Arten der Berufsqualifizierung berücksichtigt, die entweder schon erworben oder zum Befragungszeitpunkt tatsächlich noch angestrebt wurden, nicht aber zwischenzeitlich vorgenommene Korrekturen der ursprünglichen Ausbildungsentscheidung. So werden beispielsweise Studienberechtigte, die nach Erwerb der Hochschulreife zunächst eine Berufsausbildung begonnen, diese aber abgebrochen und danach ein Studium aufgenommen haben, nicht unter der Kategorie „nach-

schulische Berufsausbildung und Hochschulabschluss“ geführt, sondern der Kategorie „nur Hochschulabschluss angestrebt“ zugeordnet. Da es sich hiermit also um „Netto-Quoten“ handelt, erklären sich auch die tabellarischen Differenzen zu den in den Abschnitten „Brutto-Studierquote“ und „Brutto-Berufsausbildungsquote“ genannten Werten.

Die **Art der Hochschulreife** wird differenziert nach Abitur (allgemeine und fachgebundene Hochschulreife) und Fachhochschulreife (einschließlich fachgebundener und landesgebundener Fachhochschulreife).

1 Wege in den Beruf

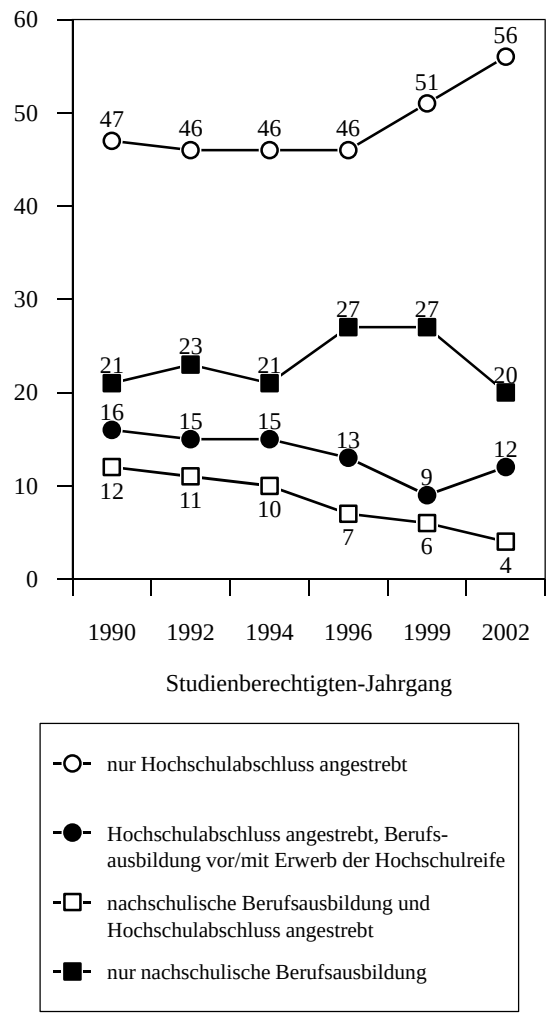
Mit Erwerb der Hochschulreife steht den studienberechtigten Schulabgängern eine Vielzahl von Möglichkeiten beruflicher Qualifizierung offen. Dies reicht von einer kurzzeitigen Anlernausbildung über mehrjährige berufliche Ausbildungen oder den Besuch von studienähnlichen Berufsakademien bis hin zu einem Studium an Fachhochschulen oder Universitäten. Diese umfängliche Wahlmöglichkeit wird durch das große Spektrum von Studienfächern und Ausbildungsberufen sowie die variierbare Abfolge und Kombinierbarkeit der Qualifizierungsarten (z.B. berufliche Ausbildung mit anschließendem Studium, duales Fachhochschulstudium) noch erweitert. In dieser Optionenvielfalt lassen sich vier Haupttypen nachschulischer Qualifizierung bzw. bildungsbiographischer Wege in den Beruf erkennen, denen sich 92% der Studienberechtigten 2002 zuordnen lassen[2]:

- nur Studium
- nur nachschulische Berufsausbildung
- nachschulische Berufsausbildung *und* Studium (Doppelqualifizierung)
- Berufsausbildung vor/mit Schulabgang *und* Studium.

Allgemeine Entwicklung

Der überwiegende Anteil der Studienberechtigten 2002 (56%) hat sich für das ausschließliche Studium als Weg in den Beruf entschieden (vgl. Tab.1.1, Abb. 1). Weitere 12% wollen ebenfalls „nur“ einen Hochschulabschluss erwerben, haben jedoch bereits vor oder parallel zur Hochschulreife eine Berufsausbildung abgeschlossen. Jeder fünfte Studienberechtigte 2002 verzichtet unterdessen auf seine Studienoption und strebt eine nicht-akademische Ausbildung an. Beides zu absolvieren, eine nachschulische Berufsausbildung und ein Studium, beabsichtigen lediglich 4% der Studienberechtigten.

Abb. 1: Art der angestrebten beruflichen Qualifizierung ein halbes Jahr nach Schulabgang (in v.H. aller Studienberechtigten)



HIS-Studienberechtigtenbefragung

Neben diesen vier Qualifizierungswegen gibt es eine Gruppe von 8% der Schulabgänger, die es bei dem mit Erwerb der Hochschulreife erreichten Stand der Ausbildung belassen wollen, darunter allerdings 4%, die bereits über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Wie frühere HIS-Befragungen gezeigt haben, wird sich ein Teil derer, die ein halbes Jahr nach Schulabgang angeben, keine berufliche Qualifizierung anzustreben, noch für eine der o.g. Optionen entscheiden. Dies resultiert vor

[2] Ausbildungen, die die Studienberechtigten vorzeitig, ohne Abschluss beenden wollen, werden aus den dargestellten Wegen ausgeschlossen. Geringfügige Abweichungen zur Bruttostudierquote und Bruttoberufsausbildungsquote, die alle aufgenommenen Qualifizierungen unabhängig von deren erfolgreicher Beendigung beziffern, sind daher möglich (siehe auch Einleitung unter „Definitionen“).

allem aus der bei Erwerb der Hochschulreife häufig bestehenden Unsicherheit und Unentschlossenheit über die Wahl des weiteren Ausbildungsweges. So haben sich 3% der Studienberechtigten 2002 ein halbes Jahr nach Schulabgang noch nicht endgültig für einen der vier Qualifizierungswege entschieden, nennen jedoch für sie in Frage kommende Studien- und Berufsausbildungsalternativen. Vor allem die grundsätzliche Entscheidung zwischen Berufsausbildung bzw. Berufstätigkeit und Studium fällt diesen Schulabgängern schwer (2%). Überhaupt noch keine Vorstellungen hat lediglich 1% der Studienberechtigten 2002.

Etwa seit Mitte der 90er Jahre haben sich hinsichtlich der Ausbildungswege wesentliche Veränderungen vollzogen. Generell findet eine Verlagerung von der beruflichen Ausbildung hin zu einer ausschließlich akademischen Laufbahn statt. Dies äußert sich in vier Einzelbefunden:

Der Anteil der Studienberechtigten, die **ausschließlich ein Hochschulstudium** absolvieren möchten, steigt seit Mitte der 90er Jahre kontinuierlich und liegt bei nunmehr 56%. Gegenüber 1996 hat sich dieser Wert um 10 Prozentpunkte erhöht und damit 2002 das bisher höchste Niveau erreicht.

Die **Doppelqualifizierung** verliert kontinuierlich an Bedeutung. Strebten 1990 noch 12% der Studienberechtigten sowohl eine nachschulische Berufsausbildung als auch ein Studium an, so sind es 2002 lediglich 4%. Mögliche Ursache für diesen Rückgang könnten die positiven Arbeitsmarktsignale für Akademiker sein, die eine vorgeschaltete Berufsausbildung zur Verbesserung der Ausgangschancen am Arbeitsmarkt oder als Sicherheitsstrategie nicht erforderlich machen. Aber auch das sinkende Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze, die zunehmende Thematisierung des in Deutschland vergleichsweise hohen Eintrittsalters in den Beruf sowie in einzelnen Berufen angekündigte Rückerstattungsforderungen der Ausbildungskosten bei vorzeitigem Verlassen des Ausbildungsbetriebes für ein Studium dürften von Bedeutung sein.

Der Anteil der Studienberechtigten, die auf ihre Studienoption verzichten und **nur eine nachschulische Berufsausbildung** durchlaufen möchten, ist nach einem Anstieg von 21% auf 27% wieder um 7 Prozentpunkte auf 20% gesunken und damit auf das Niveau der ersten Hälfte der 90er Jahre. Hauptgrund für den Studienverzicht ist nach wie vor der Wunsch, möglichst bald selbst Geld zu verdienen[3] (1999: 63%, 2002: 60% der Studienberechtigten ohne Studienabsicht). Erheblich an Bedeutung verloren hat unterdessen das arbeitsmarktbezogene Motiv „Die schlechten Berufsaussichten in der mich interessierenden Studienrichtung haben mich von einem Hochschulstudium abgeschreckt“ (1999: 15%, 2002: 9%). Zudem werden Aspekte, die die neuen gestuften Studiengänge kennzeichnen, wesentlich seltener vorgebracht: 2002 geben mit 41% deutlich weniger Studienberechtigte als 1999 (51%) an, auf ein Studium zu verzichten, weil sie eine praktische Tätigkeit mehr interessiert als ein theoretisches Studium. Eine zu lange Studiendauer ist „nur“ noch für 23% der Studienberechtigten ohne Studienwunsch ein Grund, keine akademische Laufbahn einzuschlagen (1999: 34%). An Bedeutung gewonnen haben für den Studienverzicht hingegen Zulassungsbeschränkungen. 12% der Studienberechtigten 2002 ohne Studienabsicht verzichten auf ein Studium, weil dies in der ursprünglich gewünschten Richtung wegen Zulassungsbeschränkungen nicht ohne Wartezeit aufgenommen werden kann (1999: 8%).

Nach einem kontinuierlichen Rückgang in den 90er Jahren von 16% auf 9%, hat der Qualifizierungsweg „**vor/mit Schulabgang abgeschlossene Berufsausbildung und Studium**“, wieder an Bedeutung gewonnen (2002: 12%). Studienberechtigte dieses Qualifizierungsweges sind zumeist Absolventen einer Fachoberschule (60%) oder Höheren Berufsfachschule (19%), die die Hochschulreife häufig mit dem Ziel erwerben, ein mit ihrem Ausbildungsberuf korrespondierendes, in vielen Fällen ingenieur- oder naturwissenschaftliches Studium aufzunehmen. Die anhaltend positiven Arbeitsmarkt-

[3] Mehrfachnennungen waren möglich.

signale für Absolventen dieser Studienrichtungen dürften zu der Ausweitung des Anteils Studienberechtigter mit vorschulischer Berufsausbildung, die nun ein Studium anstreben, entscheidend beigetragen haben[4]. Das Risiko, das mit der finanziellen sowie zeitlichen Investition in einen Wechsel aus dem Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsverhältnis an die eine Studienberechtigung vermittelnden Fachoberschulen verbunden ist, wird wieder häufiger eingegangen.

Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklung

Zwischen beiden Geschlechtern bestehen wesentliche Unterschiede hinsichtlich des gewählten Weges in den Beruf (vgl. Tab. 1.1):

- Der Qualifizierungsweg „Studium nach abgeschlossener vorschulischer Berufsausbildung“ ist bei männlichen Studienberechtigten überdurchschnittlich anzutreffen (17% vs. 8%). Diese gezielte aufstiegsorientierte Weichenstellung in Form eines der Ausbildung nachgelagerten (Fachober-)Schulbesuchs wird insbesondere von Männern vorgenommen.
- Frauen verzichten unterdessen überdurchschnittlich auf ein Studium und absolvieren stattdessen eine nachschulische Berufsausbildung. Während jede vierte weibliche Studienberechtigte diesen Weg wählt (24%), trifft dies auf lediglich 15% der Männer zu.
- Frauen streben dagegen etwas häufiger als Männer eine Doppelqualifizierung an (5% vs. 3%).
- Der Anteil der Schulabgänger, die es bei dem mit Erwerb der Hochschulreife erreichten Stand der Ausbildung belassen wollen bzw. keine konkreten Angaben zum weiteren Werdegang machen, ist mit 10% bei den männlichen Studienberechtigten deutlich höher als bei den weiblichen (6%). Die Ursache dafür ist vor allem die bei Männern ein halbes Jahr nach Schulabgang noch häufiger vorhandene Unsicherheit und Unentschlossenheit über die weitere Qualifizierung. Besonders die Absolvierung des Wehr- oder Zivildienstes ermöglicht ihnen anders als den Frauen einen zeitlichen Aufschub der endgültigen Ausbildungsentscheidung.

Im Vergleich der Studienberechtigten-Jahrgänge der 90er Jahre und des Jahres 2002 lässt sich vor allem bei den Frauen eine Anteilszunahme des sogenannten Königsweges (Hochschulreife - Studium - Beruf) beobachten. 56% der Frauen möchten ausschließlich ein Studium absolvieren und damit erstmals ein höherer Anteil als bei den Männern (55%). Gleichzeitig wollen nur noch 24% der Frauen - so wenige wie noch nie - ausschließlich eine Berufsausbildung durchlaufen. 1996 und 1999 lag dieser Anteil noch bei 33%. Auch die Doppelqualifizierung hat bei den weiblichen Studienberechtigten weiter an Bedeutung verloren. Hier setzt sich der kontinuierliche Rückgang der 90er Jahre abgebremst fort (1990: 13%, 1999: 7%, 2002: 5%).

Bei den männlichen Studienberechtigten 2002 lässt sich ein Wiederanstieg des Anteils jener Schulabgänger konstatieren, die vor oder parallel zum Erwerb der Hochschulreife bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und nun ein Studium anstreben (17%). Zwischen 1990 und 1999 war dieser Anteil kontinuierlich von 23% auf 12% zurückgegangen. Zudem entscheiden sich aber auch zunehmend mehr Männer für „nur Studium“. 55% der männlichen Studienberechtigten 2002 haben diesen Weg in den Beruf gewählt (1996: 47%). Eine Doppelqualifizierung streben dagegen lediglich noch 3% der Männer an. 1990 war es mit 11% noch ein etwa viermal so hoher Anteil. Gänzlich auf ihre Studienoption zugunsten einer nichtakademischen Ausbildung verzichten wollen 15% der Männer. Dies bedeutet im Vergleich zu 1996 und 1999 einen Rückgang um 5 Prozentpunkte.

Der beschriebene allgemeine Entwicklungstrend hin zu einem ausschließlichen Hochschulabschluss als nachschulischem Qualifizierungsweg und die gleichzeitige Abkehr von der

[4] Die Absolventenzahl der Fachoberschulen ist nach mehreren Jahren der Stagnation in den Jahren 2000 ff. stark gestiegen (siehe Statistisches Bundesamt: Fachserie 11, Reihe 2, Schuljahr 2002/03, S. 15).

nachschulischen Berufsausbildung sowohl in Gestalt der Doppelqualifizierung als auch der der ausschließlichen Berufsausbildung lässt sich somit bei den studienberechtigten Frauen und den Männern beobachten.

Nach alten und neuen Bundesländern differenzierte Entwicklung

13 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands haben sich die Ausbildungswege in Ost- und Westdeutschland im Wesentlichen einander angeglichen (vgl. Tab. 1.1). Differenzen bestehen nur noch in zweierlei Hinsicht:

Zum Einen wird in den neuen Bundesländern der Weg „nur nachschulische Berufsausbildung“ häufiger gewählt als in den alten Ländern (25% vs. 19%). Dieser Unterschied besteht trotz des in Ostdeutschland weitaus größeren Ausbildungsplatzmangels. Eine sichere berufliche Zukunft, das Hauptmotiv der Ausbildungswahl in Ost- und Westdeutschland (82% bzw. 76%), wird von diesen Studienberechtigten offensichtlich eher mit einer Berufsausbildung assoziiert, ungeachtet der unterdurchschnittlichen Akademikerarbeitslosigkeit. In Ostdeutschland haben zudem überdurchschnittlich Motive wie „Neigung zu praktischer Tätigkeit“ (60% vs. 54%), „baldige finanzielle Unabhängigkeit“ (49% vs. 41%) sowie „meines Erachtens günstige Berufs- und Einkommenschancen“ (66% vs. 54%) die Wahl des nachschulischen Werdegangs beeinflusst. Dementsprechend wird der Studienverzicht in den neuen Ländern vornehmlich mit solchen für die ausschließlich nachschulische Berufsausbildung sprechenden Argumenten begründet. So geben 71% der ostdeutschen Studienberechtigten ohne Studienwunsch an, möglichst bald eigenes Geld verdienen zu wollen (57% in Westdeutschland) und 46% interessiert eine praktische Tätigkeit mehr als ein theoretisches Studium (vs. 39% in Westdeutschland). Ebenso wie in den alten Ländern wird in den neuen Ländern deutlich seltener auf restriktive Bedingungen verwiesen, die an der Aufnahme eines Studiums hindern.

Zum Anderen ist zugleich der Anteil der Studienberechtigten, die ein Studium anstreben und schon vor oder parallel zum Erwerb der Hochschulreife eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, in den neuen Bundesländern niedriger (10% vs. 13%). Der Wechsel aus einem Berufsausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis in eine die Studienberechtigung vergebende Schule und ein anschließendes Studium wird hier also seltener unternommen als in den alten Bundesländern. Ursache dafür dürfte u.a. das in Ostdeutschland noch geringere Angebot an entsprechenden Schulen, insbesondere Fachoberschulen, sein.

Im Vergleich der 90er Jahre und des Jahres 2002 zeigen sich die o.g. allgemeinen Entwicklungstendenzen sowohl in den neuen als auch den alten Bundesländern. In Ostdeutschland hat sich der Anteil der Studienberechtigten mit vorschulischer Berufsausbildung, die nun ein Studium absolvieren möchten, im Vergleich zu 1999 um 5 Prozentpunkte auf 10% verdoppelt, in den alten Bundesländern von 10% auf 13% erhöht. Zudem hat sich dem allgemeinen Trend entsprechend in beiden Teilen Deutschlands der Anteil der Doppelqualifizierer nochmals verringert auf nunmehr 4%. Eine parallele Entwicklung hat sich auch hinsichtlich der „nur nachschulischen Berufsausbildung“ vollzogen. In den alten Ländern verzichten nur noch 19% der Studienberechtigten 2002 auf die Einlösung ihrer Studienoption und durchlaufen ausschließlich eine nachschulische nicht-akademische Ausbildung. Dies ist der niedrigste Stand im Betrachtungszeitraum. In den neuen Bundesländern hat sich der Anteil dieser Studienberechtigtengruppe von 33% in den Jahren 1996 und 1999 auf 25% im Jahr 2002 verringert und ist damit wieder auf dem gleichen Niveau wie Anfang der 90er Jahre. Die Entwicklung des Qualifizierungsweges „nur Hochschulabschluss angestrebt“ ist in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in beiden Teilen Deutschlands nahezu identisch. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland nehmen die Studienberechtigten seit Ende der 90er Jahre vermehrt ausschließlich ein Studium auf. Anfang/ Mitte der 90er Jahre war dieser Anteil in den neuen Ländern von 46% auf 41% gesunken, in den alten Ländern hatten sich durchgehend

47% der Schulabgänger für diesen Weg entschieden. Mit 55% bzw. 56% beabsichtigen vom Studienberechtigten-Jahrgang 2002 in beiden Regionen erheblich mehr Schulabgänger als im gesamten Betrachtungszeitraum, sich ausschließlich durch ein Studium beruflich zu qualifizieren.

Nach Ländern differenzierte Entwicklung

Die Spannweite der länderspezifischen Abweichungen von den Durchschnittswerten der einzelnen Qualifizierungstypen ist zum Teil beträchtlich (vgl. Tab. 1.2, Tab. 1.3). Die Studienberechtigten 2002 aus Bayern (65%), dem Saarland (64%), Bremen (61%), Berlin (60%) und Sachsen-Anhalt (60%) haben sich weit überdurchschnittlich für „nur Studium“ entschieden, diejenigen aus Mecklenburg-Vorpommern (50%), Brandenburg (51%), Niedersachsen (51%), Schleswig-Holstein (52%), Nordrhein-Westfalen (53%) und Rheinland-Pfalz (53%) hingegen nur unterdurchschnittlich. In Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz steht diesem vergleichsweise geringen Wert ein mit 18% bzw. 19% deutlich überdurchschnittlicher Anteil von Studienberechtigten gegenüber, die bereits vor oder mit Erwerb der Hochschulreife eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und nun ein Studium anstreben. Im Saarland und Brandenburg ist dieser Qualifizierungsweg hingegen kaum vorhanden (6%).

Die Doppelqualifizierung, d.h. nachschulische Berufsausbildung plus Studium, hat in ausnahmslos allen Bundesländern an Bedeutung verloren und liegt bei den Studienberechtigten 2002 zwischen 2% in Rheinland-Pfalz sowie Baden-Württemberg und 6% in Hessen.

Vor allem die Schulabgänger aus den vier neuen Bundesländern Brandenburg (32%), Mecklenburg-Vorpommern (26%), Sachsen (25%) und Thüringen (25%) verzichten auf ihre Studienoption; sie wollen nur eine nachschulische Berufsausbildung durchlaufen. In Bayern, Bremen und Niedersachsen trifft dies lediglich auf 14% bzw. 15% der Studienberechtigten 2002 zu.

Im Jahrgangsvergleich lässt sich in allen Bundesländern eine tendenzielle Zunahme des Qualifizierungsweges „nur Hochschulabschluss angestrebt“ konstatieren. Der Anteil der Studienberechtigten, die eine Doppelqualifizierung absolvieren möchten, hat sich hingegen seit 1990 überall verringert. Im Saarland, Berlin und Niedersachsen sind zudem seit Anfang/Mitte der 90er Jahre entgegen der allgemeinen Enwicklung rückläufige Anteile der Schulabgänger zu verzeichnen, die eine vorschulische Berufsausbildung absolviert haben und nun ein Studium anstreben. Der vierte Qualifizierungsweg - nur nachschulische Berufsausbildung - hat seit 1999 mit Ausnahme Bremens in allen Ländern an Bedeutung verloren. Bis Mitte der 90er Jahre war noch in fast jedem Bundesland eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten gewesen.

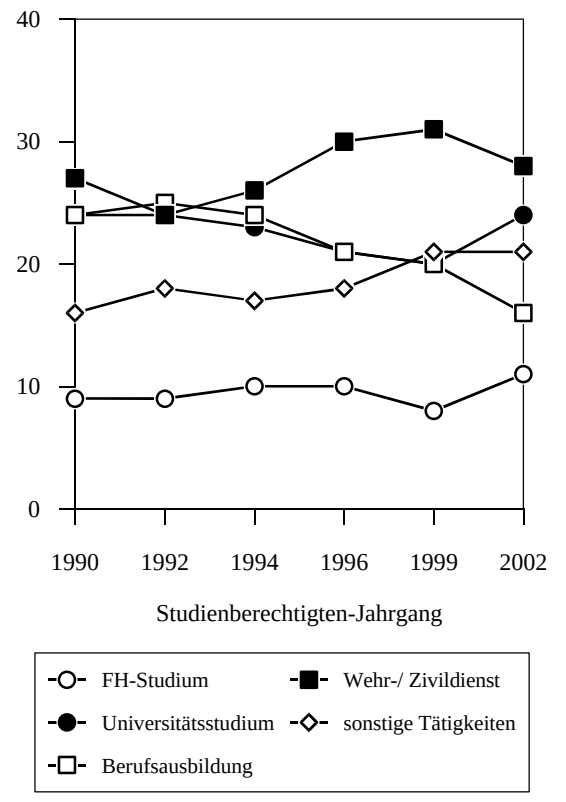
Zusammenfassend lässt sich festhalten: Es zeichnet sich ein klarer Polarisierungstrend bei der Wahl des nachschulischen Qualifizierungsweges ab. Die Studienberechtigten entscheiden sich zunehmend entweder für ein Studium *oder* eine Berufsausbildung. Die Doppelqualifizierung verliert unterdessen stark an Bedeutung. Diese Entwicklung vollzieht sich in allen untersuchten Teilgruppen.

2 Tätigkeit ein halbes Jahr nach Schulabgang

Allgemeine Entwicklung

Ein halbes Jahr nach Erwerb der Hochschulreife hat nur jeder zweite Schulabgänger seinen geplanten Qualifizierungsweg bereits begonnen: 35% der Schulabgänger haben ein Studium begonnen; darunter 24% an einer Universität und 11% an einer Fachhochschule (vgl. Tab. 2.1, Abb. 2). In einer Berufsausbildung befanden sich zu diesem Zeitpunkt insgesamt 15% der Studienberechtigten, überwiegend in einer betrieblichen (8%). Ein mit 46% fast ebenso großer Anteil der Schulabgänger hat seine Ausbildungsentscheidung hingegen noch nicht realisiert: 4% absolvierten ein Praktikum; weitere 28% der Schulabgänger leisteten den Wehr- bzw. Zivildienst und 13% gingen einer anderen (Übergangs-)Tätigkeit nach (u.a. 4% jobben, 3% freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, 2% Auslandsaufenthalt). Der am meisten genannte Grund für eine solche Tätigkeit ist nach der nicht zu umgehenden Einberufung zum Wehr-/Zivildienst der Wunsch nach einer Pause und der damit gegebenen Möglichkeit zur besseren Orientierung.

Abb. 2: Art der ausgeübten Tätigkeit ein halbes Jahr nach Schulabgang (in v.H. aller Studienberechtigten)



HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Im Vergleich der 90er Jahre und des Jahres 2002 lassen sich hinsichtlich der Tätigkeit ein halbes Jahr nach Schulabgang vier wesentliche Veränderungen konstatieren:

- Der Anteil der Studienberechtigten, die zum nächstmöglichen Zeitpunkt nach Schulabgang bereits studieren, ist nach einem kontinuierlichen Rückgang in den 90er Jahren auf zuletzt 28% erstmals wieder angestiegen (35%). Während sich diese Entwicklung bei den Universitäten deutlich widerspiegelt, ist für die Fachhochschulen nach einer in den 90er Jahren nahezu unveränderten Übergangsquote nun ebenfalls eine leichte Zunahme des Anteils der Studienberechtigten mit unverzüglicher Studienaufnahme zu beobachten.
- Die betriebliche Ausbildung verliert unterdessen stark an Bedeutung. Während sich 1990 noch 17% der Studienberechtigten ein halbes Jahr nach Schulabgang bereits in einer dualen Berufsausbildung befanden, ist es 2002 mit 8% nur noch ein etwa halb so hoher Anteil. Dieser Trend vollzog sich parallel zum oben beschriebenen Bedeutungsverlust der Doppelqualifizierung sowie der „nur nachschulischen Berufsausbildung“ als Wege in den Beruf.
- Nach einem Anstieg in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist der Anteil der direkt nach Schulabgang Wehr- bzw. Zivildienstleistenden wieder auf das Niveau von 1990 gesunken (28%). Eine der Ursachen dafür dürfte der gestiegene Anteil der Studienberechtigten sein, die vor oder mit Erwerb der Hochschulreife bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und nun ein Studium anstreben. In dieser Gruppe ist der Anteil der sich in Wehr- bzw. Zivildienst befindlichen Schulabgänger besonders niedrig, da sie diesen häufig bereits vor Erwerb der Fachhochschulreife absolviert haben.

- Schließlich wählt ein in der Tendenz zunehmender Anteil Studienberechtigter nach Schulabgang zunächst eine sonstige Tätigkeit und zögert damit die Studien- oder Berufsausbildungsaufnahme hinaus. Im Vergleich zu 1990 hat sich dieser Wert um 5 Prozentpunkte auf 13% erhöht. Dieser Anstieg ist u.a. die Folge des gewachsenen Wunsches nach einer Pause im Anschluss an die Schulzeit, aber auch eines zunehmenden sozialen Engagements (FSJ) und von vermehrten Zulassungsbeschränkungen im gewünschten Studienfach.

Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklung

Frauen befinden sich ein halbes Jahr nach Erwerb der Hochschulreife erwartungsgemäß deutlich häufiger als die Männer bereits in einer beruflichen Qualifizierung. 47% der weiblichen Studienberechtigten 2002 haben zu diesem Zeitpunkt ein Studium aufgenommen, darunter 37% an einer Universität und 10% an einer Fachhochschule (vgl. Tab. 2.1). Weitere 24% der Frauen haben eine Berufsausbildung begonnen. Bei den Männern trifft dies nur auf 21% (Studium) bzw. 5% (Berufsausbildung) der Studienberechtigten zu. Entscheidender Grund für diese Unterschiede ist die Tatsache, dass die Mehrzahl der Männer (60%) zunächst zum Wehr- oder Zivildienst einberufen wurde. Dennoch zeigen sich bereits zu diesem Zeitpunkt geschlechtsspezifische Unterschiede im Ausbildungswahlverhalten. Die Feststellung, dass sich die männlichen Studienberechtigten ein halbes Jahr nach Schulabgang deutlich seltener als Frauen in einem Studium befinden, gilt faktisch nur für den Bereich der Universitäten, nicht aber für den der Fachhochschulen. Hier liegt der Anteil der Männer mit direkter Aufnahme eines Studiums fast durchgängig sogar über dem der Frauen. Damit deutet sich bereits bei der Betrachtung der ein halbes Jahr nach Schulabgang ausgeübten Tätigkeit an, dass Männer ein Fachhochschulstudium in stärkerem Maße präferieren als Frauen. Der bei den männlichen Studienberechtigten wesentlich höhere Anteil des Qualifizierungsweges „vorschulische Berufsausbildung und Studium“ ist hierfür von wesentlicher Bedeutung.

Im Jahrgangsvergleich lässt sich sowohl bei den Frauen als auch den Männern ein steigender Anteil des unverzüglich nach Schulabgang aufgenommenen Studiums beobachten. Während sich in den 90er Jahren nur etwa 40% der Frauen eines Studienberechtigtenjahrgangs zum nächstmöglichen Zeitpunkt im Studium befanden, sind es 2002 47%. Bei den Männern hat sich dieser Anteil von zuletzt 15% im Jahr 1999 wieder auf das Niveau von Mitte der 90er Jahre erhöht (21%). Dieser Anstieg korrespondiert mit der sinkenden Bedeutung der betrieblichen Ausbildung sowie - bei den Männern - des Wehr-/Zivildienstes.

Bei beiden Geschlechtern rückläufig ist die Quote derer, die sich ein halbes Jahr nach Schulabgang in einer Berufsausbildung befinden. Bei den Männern ist dieser Anteil seit 1990 kontinuierlich um zwei Drittel zurückgegangen und liegt bei nunmehr 5%. Bei den weiblichen Studienberechtigten hat sich hingegen erst beim Jahrgang 2002 eine wesentliche Veränderung vollzogen. Während sich in den 90er Jahren ca. ein Drittel der Frauen zum nächstmöglichen Zeitpunkt nach Schulabgang in der Berufsausbildung befand, ist es 2002 nur noch ein Viertel. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf einen Rückgang bei der betrieblichen Ausbildung zurückzuführen. Dieser Anteil hat sich bei den Frauen im Vergleich zu 1999 um 9 Prozentpunkte auf 13% verringert. Aber auch eine schulische Berufsausbildung haben die weiblichen Studienberechtigten 2002 seltener begonnen (1999: 8%, 2002: 6%).

Insgesamt gesehen ist der Anteil der weiblichen Studienberechtigten, die bereits zum frühest möglichen Zeitpunkt in die Phase der beruflichen Qualifizierung eingetreten sind, zwischen den Jahrgängen 1990 und 2002 kontinuierlich von 77% auf 71% zurückgegangen. Bei den Männern sank dieser Wert bis 1999 von 39% auf 22%, ist jedoch zuletzt wieder auf 26% angestiegen. Die Höhe der Quote des unmittelbaren Übergangs in eine nachschulische Weiterqualifizierung steht bei den Männern in

direktem Zusammenhang mit dem jeweiligen Anteil der Wehr- bzw- Zivildienstleistenden. Je höher diese Quote, um so niedriger ist der Anteil der Männer, die sich bereits ein halbes Jahr nach Schulabgang in einer Ausbildung befinden und umgekehrt. Bei den Frauen zeigt sich ein solcher Zusammenhang in abgeschwächter Form mit dem Anteil derer, die nach Schulabgang zunächst einer Übergangstätigkeit nachgehen (Jobben, FSJ, Auslandsaufenthalt etc.). Zwischen 1990 und 2002 hat sich dieser Anteil von 12% auf 19% erhöht. Offensichtlich schieben die weiblichen Studienberechtigten zunehmend eine „Auszeit“ nach Schulabgang ein, so dass sich der Ausbildungsbeginn entsprechend zeitlich verzögert.

Nach alten und neuen Bundesländern differenzierte Entwicklung

Zwischen alten und neuen Ländern bestehen hinsichtlich der Art der ein halbes Jahr nach Erwerb der Hochschulreife ausgeübten Tätigkeiten kaum noch Unterschiede (vgl. Tab. 2.1). Einzig der Anteil der Studienberechtigten in Berufsausbildung ist in Ostdeutschland mit 21% wesentlich höher als in Westdeutschland (14%). Dies ist sowohl auf entsprechende Werte bei der betrieblichen als auch der schulischen Berufsausbildung zurückzuführen. In den alten Bundesländern waren unterdessen geringfügig höhere Anteile der Studienberechtigten 2002 bereits im Studium (36% vs. 33%) oder befanden sich in einer sonstigen Tätigkeit (14% vs. 11%). In Westdeutschland wird deutlich häufiger als in Ostdeutschland vor der nachschulischen Qualifzierung gejobbt (5% vs. 2%), nicht in erster Linie aus finanziellen Gründen, sondern wegen Zulassungsbeschränkungen im gewünschten Fach oder um nach der Schule zu pausieren.

Seit Beginn der 90er Jahre ist in beiden Teilen Deutschlands ein erheblicher Bedeutungsverlust der dualen Ausbildung zu verzeichnen, der sich in der Struktur der ein halbes Jahr nach Schulabgang ausgeübten Tätigkeit deutlich niederschlägt (vgl. Tab. 2.1). Im betrachteten Zeitraum haben sich die Anteilswerte der betrieblichen Berufsausbildung in den neuen und alten Bundesländern jeweils halbiert.

Sinkende Anteile waren bis 1999 auch bei der Aufnahme eines Fachhochschul- oder Universitätsstudiums im direkten Anschluss an den Erwerb der Hochschulreife zu beobachten. 2002 sind diese Werte jedoch sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland erstmals wieder gestiegen.

Anders als in den neuen Ländern haben sich beim Jahrgang 2002 in Westdeutschland zudem die Anteile der Studienberechtigten erneut erhöht, die zunächst eine sonstige Tätigkeit absolvieren. Seit 1990 ist hier eine Zunahme um 6 Prozentpunkte zu verzeichnen. Aber auch in Ostdeutschland lässt sich insgesamt ein Trend der Verzögerung des Ausbildungsbeginns beobachten (1990: 7%, 2002: 11%).

Nach Ländern differenzierte Entwicklung

Differenziert man nach den einzelnen Ländern, in denen die Studienberechtigung erworben wurde, so sind folgende Befunde festzuhalten (vgl. Tab. 2.2 - Tab. 2.5):

Im Saarland (57%), in Brandenburg (57%), Sachsen-Anhalt (56%), Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Rheinland-Pfalz (jeweils 55%) befinden sich die Studienberechtigten 2002 ein halbes Jahr nach Schulabgang überdurchschnittlich in einer ersten nachschulischen Qualifizierung; in Hamburg (41%), Baden-Württemberg (44%) und Niedersachsen (45%) hingegen nur unterdurchschnittlich.

Die Quote des direkten Übergangs in die Hochschule ist in Bayern (41%), Bremen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt (jeweils 40%) am höchsten (Bundesmittel: 35%). Während sich allerdings in Bremen die Studienberechtigten 2002 überdurchschnittlich an Fachhochschulen immatrikulieren (vgl. Tab. 2.2), gehen diejenigen in Rheinland-Pfalz vermehrt an Universitäten (vgl. Tab. 2.3). In Bayern und Sachsen-Anhalt erfahren beide Hochschularten ein halbes Jahr nach Schulabgang besonders starken Zuspruch (vgl. Tab. 2.4, Tab. 2.5).

In eine Berufsausbildung waren nach Erwerb der Hochschulreife bis Dezember 2002 am häufigsten die Studienberechtigten aus Brandenburg (27%), Thüringen (21%), Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 20%), Hessen und dem Saarland (jeweils 19%) gewechselt. In nahezu allen dieser Länder wurde vornehmlich eine betriebliche Ausbildung gewählt. Eine Ausnahme bildet lediglich Sachsen (vgl. Tab. 2.5). Hier ist beim Jahrgang 2002 der Anteil der berufsfachschulischen Ausbildung mit 8% erstmals höher als der der dualen Ausbildung (7%). In Bayern (10%), Bremen, Hamburg (jeweils 11%), Niedersachsen, Berlin und Baden-Württemberg (jeweils 12%) hat ein halbes Jahr nach Schulabgang ein nur unterdurchschnittlicher Anteil der Studienberechtigten eine Berufsausbildung begonnen.

Im Jahrgangsvergleich lassen sich folgende Entwicklungen in den Bundesländern feststellen (vgl. Tab. 2.2 - Tab. 2.5):

- In der Mehrzahl der Bundesländer ist die Quote der Studienberechtigten, die direkt nach Erwerb der Hochschulreife ein Studium oder eine Berufsausbildung aufnehmen, im Vergleich zum Jahrgang 1999 unverändert. In Rheinland-Pfalz (+9 Prozentpunkte), Hessen (+4), Brandenburg und Thüringen (+3) hat sich dieser Anteil allerdings beim Jahrgang 2002 deutlich erhöht, im Saarland verringert (-7).

- In allen Ländern sind ein halbes Jahr nach Schulabgang mehr Studienberechtigte bereits an einer Hochschule immatrikuliert als noch 1999. Während dieser Anstieg in Berlin lediglich einen Prozentpunkt beträgt, sind es in Rheinland-Pfalz 12, in Hamburg 11 und in Hessen 9 Prozentpunkte.

- Gleichzeitig beginnen in allen Bundesländern die Studienberechtigten seltener sofort nach Schulabgang eine Berufsausbildung. Nur in Brandenburg hat sich dieser Anteil kaum verringert (1999: 28%, 2002: 27%).

- Die betriebliche Berufsausbildung hat in allen Ländern ein halbes Jahr nach Schulabgang wesentlich an Bedeutung verloren. In Brandenburg wird dieser Rückgang allerdings nahezu vollständig durch die schulische Berufsausbildung ausgeglichen, deren Anteil sich im Vergleich zur zweiten Hälfte der 90er Jahre verdoppelte (7%). In Sachsen-Anhalt, Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein befinden sich unterdessen ein halbes Jahr nach Schulabgang auch in dieser Ausbildungsform deutlich weniger Studienberechtigte als beim Jahrgang 1999. In Berlin hat sich der Anteil der schulischen Berufsausbildung seit 1990 kontinuierlich von 4% auf 1% verringert. Die Ausbildung an Berufsakademien und Verwaltungsfachhochschulen wurde hingegen von den Studienberechtigten nahezu aller Bundesländer zu weitgehend konstanten Anteilen bereits aufgenommen.

- Sonstigen (Übergangs-)Tätigkeiten wird ein halbes Jahr nach Schulabgang von den Studienberechtigten aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und eingeschränkt auch Sachsen seit Beginn der 90er Jahre zunehmend häufiger nachgegangen und somit der Ausbildungsbeginn verzögert. In Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern hat sich der entsprechende Wert seit 1990 verdoppelt. In Bremen und Rheinland-Pfalz sind die Anteile der sonstigen Tätigkeiten hingegen 2002 gesunken.

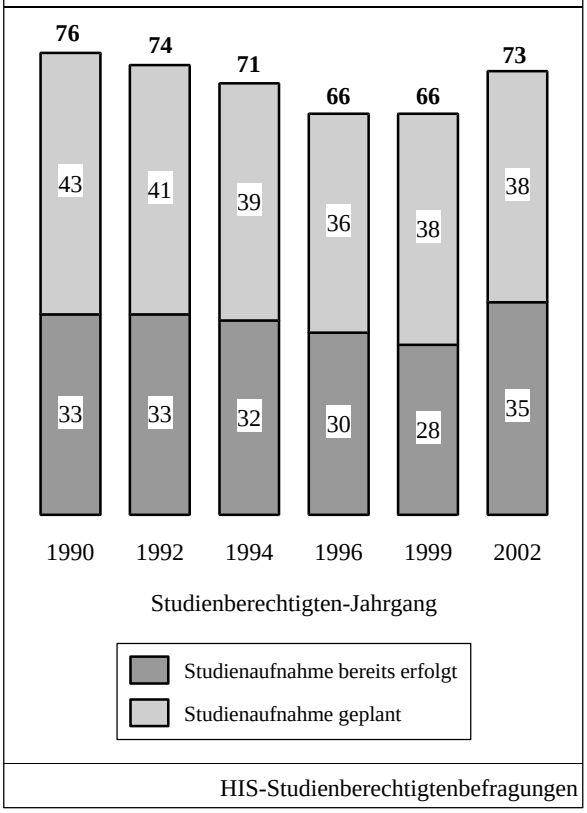
Hochschulstudium

3 Brutto-Studierquote

Allgemeine Entwicklung

Im Dezember 2002, also etwa ein halbes Jahr nach Erwerb der Hochschulreife, hatten sich 35% aller Studienberechtigten 2002 bereits an einer Hochschule eingeschrieben, weitere 38% hatten die feste Absicht, dies zu einem späteren Zeitpunkt noch zu tun. Die Summe aus beiden Anteilswerten, die Brutto-Studierquote des Studienberechtigtenjahrgangs 2002, beträgt damit nahezu drei Viertel (73%). Umgekehrt hat sich also etwa ein Viertel der Studienberechtigten 2002 (27%) zum Befragungszeitpunkt hinsichtlich einer Studienaufnahme noch nicht entschieden oder wollte die kürzlich erworbene Option auf ein Studium auch in Zukunft nicht einlösen. Wie der Jahrgangsvergleich in Abb. 3 und Tab. 3.1 zeigt, hat beim Jahrgang 2002 die Studierfreudigkeit zum ersten Mal seit Beginn der 1990er Jahre wieder und zwar in erheblichem Ausmaß (+7 Prozentpunkte) zugenommen.

Abb. 3: Brutto-Studierquote ein halbes Jahr nach Schulabgang (in v.H. aller Studienberechtigten)



HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Der Rückgang der Studierquote in den 90er Jahren ging zu gleichen Teilen zulasten eines frühen und eines späteren Studienbeginns (jeweils 5 Prozentpunkte; vgl. Tab. 3.1). Während sich der Anteil der Studienberechtigten 2002 mit späterer Studienaufnahme bei dem beim Jahrgang 1999 erreichten Wert von 38% stabilisiert, steigt der Anteilswert „Studienaufnahme ein halbes Jahr nach Schulabgang bereits erfolgt“ um 7 Prozentpunkte an. Die Steigerung der Brutto-Studierquote zwischen den beiden zuletzt untersuchten Jahrgängen kommt also ausschließlich durch die Einschreibung an einer Hochschule im auf den Schulabgang folgenden Wintersemester, also zum frühest möglichen Zeitpunkt, zustande.

Die Brutto-Studierquote dient als Indikator für den Gesamtumfang der Studienaufnahme bzw. der Studierneigung eines Jahrgangs von Schulabsolventen mit Hochschulzugangsberechtigung. Berechnet wird die Studierquote mit ihren beiden Bestandteilen – Studienaufnahme bereits erfolgt bzw. sicher geplant – jeweils für einen bestimmten Zeitpunkt. Die bisher von HIS seit Mitte der 70er Jahre durchgeführten längsschnittlichen Befragungen von Studienberechtigten haben für die alten Länder und für die Jahrgänge 1990 und 1994 auch für die neuen Länder gezeigt, dass die in der jeweils ersten Befragung (ein halbes Jahr nach Schulabgang) ermittelte Studierquote ein sehr genauer Frühindikator für den „endgültigen“ Umfang der Studienaufnahme eines Studienberechtigtenjahrgangs ist, da sich diese Quote in den zweiten und dritten Folgebefragungen nur noch wenig, um 1 bis höchstens 2 Prozentpunkte, änderte.

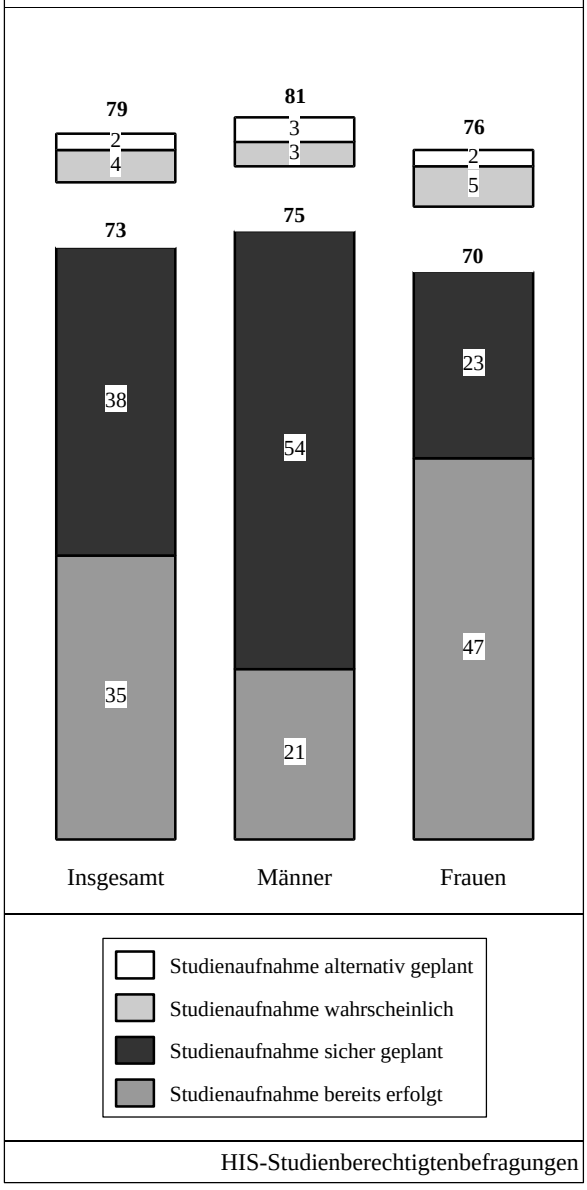
Zum ersten Mal weichen die Ergebnisse der Befragung der Studienberechtigten 1999 hiervon deutlich ab. Während für die erste Befragung (Dezember 1999) eine Studierquote von 66% ermittelt wurde, sind es im Ergebnis der im Dezember 2002 durchgeführten zweiten „Welle“ jedoch 74% (= vorläufige Daten). Damit erreichen die Studienberechtigten 1999

3 ½ Jahre nach Schulabgang, also quasi nachträglich, das gleiche Niveau der Studierneigung wie die Studienberechtigten 2002 bereits sechs Monate nach Schulabgang. Anders ausgedrückt: Die generelle Entwicklung einer größeren Studierfreudigkeit *zwischen* den beiden Studienberechtigtenjahrgängen 1999 und 2002 spielt sich in gleicher Größenordnung auch *innerhalb* des Jahrgangs 1999 ab. Den Gründen und Motiven für diese erhebliche Steigerung der Studierbereitschaft in dem auf die erste Befragung folgenden Drei-Jahreszeitraum wird in dem demnächst erscheinenden Abschlussbericht „Zweite Befragung der Studienberechtigten 1999“ ausführlich nachgegangen. Vorab lässt sich aber schon sagen: Auch in früheren Längsschnittuntersuchungen wurden zahlreiche Revisionen der anfänglichen Entscheidung für und wider ein Studium ermittelt. In den bisherigen Untersuchungen glichen sich jedoch diese beiden „Fraktionen“ von Umorientierern in ihren Größenordnungen stets weitgehend aus, so dass im Resultat die Studierquote im Zeitablauf faktisch konstant blieb. Für den Jahrgang 1999 ist dagegen festzustellen, dass sich seit dem ersten Befragungszeitpunkt Ende 1999 die entscheidungsrelevanten Rahmenbedingungen für deutlich mehr Studienberechtigte zugunsten einer nachträglichen Umentscheidung für ein Hochschulstudium verändert haben als umgekehrt. Vorabauswertungen der Daten aus der 2. Befragung der Studienberechtigten zeigen: Je später nach dem Dezember 1999 die Entscheidung für ein Studium gefallen ist, desto wichtiger wurden folgende Gründe für diesen Schritt: „weil ich erkannt habe, dass nur ein Studium die von mir angestrebten beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten garantiert“, „weil die zunächst aufgenommene Ausbildung mir als die 'bessere Wahl' erschien“, „weil mich zunächst die Anforderungen eines Studiums abgeschreckt haben“ und „weil mich meine zunächst aufgenommene Ausbildung enttäuscht hat“ (bei dieser Frage war Mehrfachnennung möglich). Diese Umorientierungen fanden im Vergleich mit Dezember 1999 in einem erheblich positiveren „Klima“ der Einschätzungen der Berufsaussichten für Absolventen eines Hochschulstudiums und damit auch der eigenen Entscheidung zugunsten eines Studiums statt (und wurden dadurch sicherlich erleichtert): Während die Studienberechtigten 1999 mit Entscheidung für ein Studium im Dezember 1999 nur zu zwei Fünfteln (41%) die zukünftigen Berufsperspektiven für Akademiker als „gut“ oder sogar „sehr gut“ ansahen, waren es drei Jahre später drei Fünftel (62%).

Für die Befragung des Studienberechtigtenjahrgangs 2002 gaben die sich verstärkenden Anzeichen umfangreicherer nachträglicher Umorientierungen der Schulabsolventen des Jahrgangs 1999 zugunsten eines Hochschulstudiums Anlass, die Ermittlung der Studierneigung konzeptionell zu verändern, um die ein halbes Jahr nach Schulabgang hinsichtlich eines Studiums noch unsicheren Studienberechtigten und die potentiellen späteren Entscheidungen für ein Studium schon bei der ersten Befragung genauer zu erfassen. Zudem sollte auch dem möglichen Trend eines „volatiler“ werdenden Ausbildungswahlverhalten stärker Rechnung getragen werden. Für den Jahrgang 2002 wurde deshalb erstmals nicht nur der Anteil von Studienberechtigten, der ein Studium zum Befragungszeitpunkt bereits aufgenommen hat oder demnächst „sicher“ aufnehmen wird (= alte Konzeption) ermittelt, sondern auch derjenigen, die eine Studienaufnahme nur „wahrscheinlich“ bzw. „alternativ“ planen. Dies ermöglicht die Angabe eines Korridors der Studierquote. Er liegt für den Jahrgang 2002 zwischen den genannten 73% (= herkömmliche „Kernquote“ oder Minimalquote) und 77% unter Einschluss der „wahrscheinlich“ geplanten bzw. maximal 79% unter Einbeziehung der „alternativ“ geplanten Studienaufnahme (vgl. Abb. 4).

Zudem wurde erhoben, von welchen zukünftigen Rahmenbedingungen und situationsspezifischen Abwägungen die zunächst offen gehaltene Entscheidung, noch ein Studium aufzunehmen, abhängig gemacht wird. So gaben 65% der Studienberechtigten mit „wahrscheinlicher“ (aber nicht „sicherer“) Studienaufnah-

Abb. 4: Bandbreite der Brutto-Studierquote 2002 ein halbes Jahr nach Schulabgang (in v.H. aller Studienberechtigten)



HIS-Studienberechtigtenbefragungen

me an, diesen Schritt dann zu tun, wenn sich „dadurch meine beruflichen Aufstiegschancen verbessern"; nahezu die Hälfte dieser Gruppe (46%) wird studieren, wenn sie den gewünschten Studienplatz bekommt; wenn die Studienfinanzierung gesichert ist (39%); wenn die jetzige berufliche Ausbildung unterfordert (37%); wenn keine Übernahme durch den ausbildenden Betrieb bzw. die ausbildende Behörde erfolgt (26%) oder wenn die Lage auf dem interessierenden Arbeitsmarkt günstig ist (22%) (bei dieser Frage waren mehrere Antworten möglich).

Für die Analyse von Veränderungen und Entwicklungstendenzen der Studierquote im Zeitablauf kann jedoch (vorläufig) ausschließlich die herkömmliche „Kernquote" oder Minimalquote herangezogen werden, da nur sie mit den Ergebnissen früherer Studienberechtigtenbefragungen voll kompatibel ist und das bereits aufgenommene Studium und die „sicher" geplante Studienaufnahme wiedergibt. Wie Abb. 3 und Tab. 3.1 zeigen, ist die Brutto-Studierquote seit Beginn des Beobachtungszeitraums kontinuierlich um insgesamt zehn Prozentpunkte von anfänglich 76% auf 66% beim Jahrgang 1996 zurückgegangen, stabilisierte sich dann bei diesem Wert und stieg danach wieder erheblich um 7 Prozentpunkte auf jetzt 73% an. Damit bestätigt sich die im letzten Abschlussbericht zur Befragung der Studienberechtigten 1999 geäußerte Vermutung, dass die rückläufige Studierquotenentwicklung nicht nur gestoppt ist, sondern zugleich auch die „Talsohle" einer Trendwende erreicht wurde.

Wichtige motivationale Grundlage für die wieder gestiegene Studierfreudigkeit der Studienberechtigten sind die deutlich optimistischeren subjektiven Einschätzungen der Arbeitsmarkt- und Berufsaussichten für Hochschulabsolventen. Während nur gut ein Drittel (36%) *aller* Studienberechtigten 1999 die Beschäftigungsperspektiven von Akademikern als gut oder sehr gut einschätzte, sind es bei denen des Jahrgangs 2002 deutlich mehr als die Hälfte (58%). Parallel dazu werden die Zukunftschancen von Personen mit einer (ausschließlichen) Berufsausbildung von den Studienberechtigten insgesamt zunehmend ungünstiger eingeschätzt: Der ohnehin niedrige Anteil von knapp einem Viertel *aller* Studienberechtigten 1999 (23%) mit (sehr) guten Zukunftsbeurteilungen für Personen mit Berufsausbildung reduziert sich bei denen des Jahrgangs 2002 auf 19%. Bemerkenswert sind dabei die gleich gerichteten Veränderungen der Einschätzungen der Perspektiven von Studium bzw. Berufsausbildung bei den Studienberechtigten unabhängig

davon, ob sie sich für ein Studium bzw. eine Berufsausbildung entschieden haben: Sowohl die Studienberechtigten, die sich für ein (ausschließliches) Studium entschieden haben, als auch diejenigen mit Entscheidung für eine (ausschließliche) Berufsausbildung beurteilen die berufliche Zukunft für Hochschulabsolventen zunehmend optimistisch (Anstieg der positiven Einschätzungen zwischen den Jahrgängen 1999 und 2002 von 41% auf 63% bzw. von 26% auf 45%). Umgekehrt beurteilen beide Gruppen die Berufsperspektiven von Personen mit (ausschließlicher) Berufsausbildung im Jahrgangsvergleich zunehmend weniger optimistisch (Rückgang der positiven Einschätzungen von 17% auf 14% bzw. von 35% auf 30%). Die Studienberechtigten beider Arten beruflicher Qualifizierung stimmen also in der optimistischer werdenden subjektiven Wahrnehmung der zukünftigen Arbeitsmarkt- und Berufsperspektiven von Hochschulabsolventen überein.

Bei dieser Verschiebung der subjektiven Wahrnehmung der zukünftigen Berufs- und Beschäftigungschancen von Hochschulabsolventen dürfte die auf Basis einer Reihe von Indikatoren als relativ günstig einzustufende Situation auf wichtigen Teilarbeitsmärkten für Akademiker/-innen eine wichtige Rolle spielen, z.B. auf dem für Informatiker/innen, Ingenieure/innen, Naturwissenschaftler/innen und Lehrer/innen. Die mögliche Knappheit von akademischen Qualifikationen auf diesen Teilarbeitsmärkten ist in den letzten Jahren mit hoher öffentlicher und medialer Aufmerksamkeit thematisiert worden. Auch die häufigen Appelle und Ermunterungen aus der Politik, von Verbänden und Unternehmen zur Aufnahme eines Studiums haben offensichtlich Wirkung gezeigt. Zudem dürfte die gestiegene Studierneigung generell im Zusammenhang mit den auch in mittelfristiger Perspektive günstigen Aussichten auf den akademischen Arbeitsmärkten insgesamt zu sehen sein: anhaltender struktureller und sektoraler Wandel zugunsten von hochqualifizierten Tätigkeiten und steigender Ersatzbedarf an hochschulisch ausgebildeten Arbeitskräften in den nächsten Jahren. Untermauert und flankiert wird diese Konstellation von der durchgeführten BAföG-Reform mit verbesserten Förderbedingungen und einer Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten. In besonderem Maße begünstigend für die Entscheidung *PRO* Studium sind die genannten Rahmenbedingungen offensichtlich für folgende Gruppen von Studienberechtigten:

- In der langjährigen Betrachtung beträgt die geschlechtsspezifische Differenz der Studierquoten etwa 10 Prozentpunkte zugunsten der Männer. Durch die überdurchschnittliche Steigerung der Studierquote bei den weiblichen Studienberechtigten 2002 seit dem zuvor untersuchten Jahrgang 1999 (+9 Prozentpunkte; Männer: +4 Prozentpunkte) reduziert sich der Unterschied in der geschlechterbezogenen Realisierung der Studienoption erstmals auf nur noch 4 Prozentpunkte (75% vs. 71%) (s. hierzu auch unten „Geschlechtsspezifische Entwicklung“).

- Gegenläufig zu der erheblich rückläufigen Entwicklung in den 90er Jahren (s. Kap. 1) steigt der Anteil derer an allen Studienberechtigten, die nach Abschluss einer Berufsausbildung und häufig anschließender Erwerbstätigkeit nochmals die Schule besuchen, um die Berechtigung zum Studium an einer Fachhochschule zu erwerben, beim Jahrgang 2002 erstmals wieder deutlich an (von 11% auf 16%). Die große Differenz ihrer Studierquote zu der der Studienberechtigten mit ausschließlicher Fachhochschulreife (66% vs. 55%) macht deutlich, dass die berufserfahrenen Studienberechtigten die Rahmenbedingungen für den individuellen Erfolg des mit Unsicherheiten und Risiken verbundenen berufs- und bildungsbiografischen Wechsels als wieder günstiger einschätzen.

- Wie bei allen zuvor untersuchten Studienberechtigten wird zwar auch bei denen des Jahrgangs 2002 die Entscheidung pro und contra Hochschulstudium erheblich durch die soziale oder Schichtherkunft beeinflusst. Jedoch steigt die Studierquote im Jahrgangsvergleich 1999/2002 bei den Studienberechtigten mit mittlerer bzw. niedriger Schicht-

herkunft mit jeweils 9 Prozentpunkten nicht nur überdurchschnittlich sondern auch stärker als bei denen mit hoher (+4 Prozentpunkte) bzw. gehobener Schichtherkunft (+6 Prozentpunkte) an, bei denen der studienbezogene Ausschöpfungsgrad bereits sehr hoch ist.

Allerdings ist nicht auszuschließen, dass die erhebliche Steigerung der Studierfreudigkeit auch eine sozusagen negative Ursache hat: Wegen der seit einigen Jahren anhaltend ungünstigen konjunkturellen Situation und des auch dadurch beeinflussten Mangels an ausreichenden Ausbildungsplätzen im System der dualen Ausbildung hat sich ein Teil der Studienberechtigten sicherlich auch deshalb für ein Hochschulstudium als „zweitbester Lösung“ bzw. als Überbrückung bis zum Erhalt der eigentlich gewünschten nicht-akademischen beruflichen Ausbildung entschieden.

Wie im Einleitungskapitel zu diesem Bericht erwähnt, bezieht sich die Brutto-Studierquote auf alle Studienberechtigten eines Jahrgangs, die sich für ein Studium an Universitäten bzw. gleichgestellten Hochschulen (Technische, Pädagogische, Kunst-, Musik, Medizinische, Theologische und ausländische Hochschulen) und an Fachhochschulen entschieden haben. Nicht einbezogen werden in diese Fassung von Studierquote die Anteile der Studienberechtigten, die eine Verwaltungsfachhochschule, eine Hochschule der Bundeswehr oder eine Berufsakademie besuchen. Berücksichtigt man diese jedoch in einer erweiterten Fassung der Brutto-Studierquote („Brutto-Studierquote II“), erhöht sie sich für 2002 von 73% auf 79%. Im Vergleich zu den zuvor untersuchten Jahrgängen ist in dieser Betrachtung der gleiche Trend wie für die obige „enge“ Brutto-Studierquote zu erkennen, allerdings ist sowohl der Rückgang in den 90er Jahren (um insgesamt -12 Prozentpunkte von 83% auf 71%) als auch der Wiederanstieg (+8 Prozentpunkte zwischen 1999 und 2002) noch etwas stärker ausgeprägt.

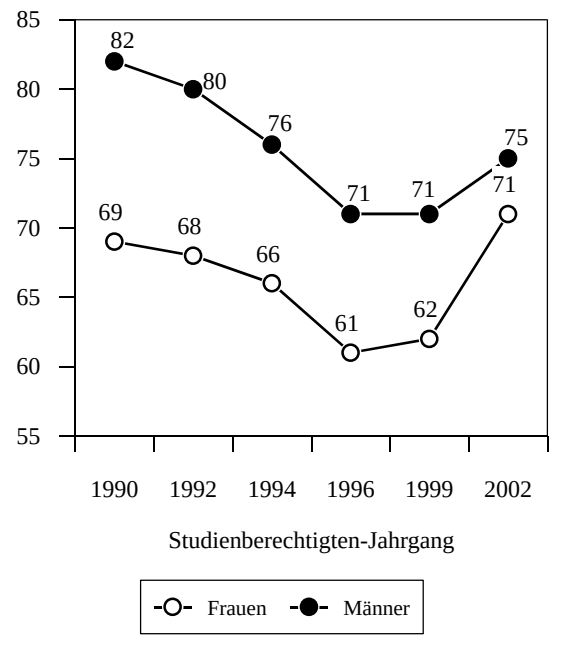
Differenzierung nach Art der Hochschulreife

Die Studienberechtigten entscheiden sich je nach Art der von ihnen erworbenen Hochschulreife in unterschiedlichem Umfang für ein Studium (vgl. Tab. 3.5). Während 76% der Abiturienten 2002 einen Hochschulabschluss anstreben, trifft dies auf lediglich 62% der Schulabgänger mit Fachhochschulreife zu. Im Vergleich zu 1999 entspricht dies bei Letztgenannten allerdings einem Anstieg der Brutto-Studierquote um 9 Prozentpunkte (Abiturienten: + 6 Prozentpunkte). Insbesondere die Studienberechtigten mit Fachhochschulreife hatten in den 90er Jahren zunehmend auf ihre Studienoption verzichtet (kontinuierlicher Rückgang zwischen 1990 und 1999 von 69% auf 53%; Abiturienten: von 79% auf 70%). Der überwiegende Impuls für den Wiederanstieg der Brutto-Studierquote 2002 geht somit von den Studienberechtigten mit Fachhochschulreife aus. Dennoch ist bei ihnen, anders als bei den Abiturienten, die Brutto-Studierquote noch nicht auf das Niveau der frühen 90er Jahre zurückgekehrt. Schulabgänger, die lediglich den schulischen Teil der Fachhochschulreife erworben haben, wurden nicht in die Auswertungen einbezogen. Sie haben in der Regel zum Befragungszeitpunkt noch keine Studienberechtigung erworben und äußern dementsprechend auch nur selten die Absicht, ein Studium aufzunehmen (46%).

Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklung

Wie oben bereits gesagt, haben sich genau drei Viertel der männlichen und 71% der weiblichen Studienberechtigten 2002 für die Aufnahme eines Hochschulstudiums entschieden. Damit setzt sich die schon bei allen zuvor untersuchten Jahrgängen festgestellte geschlechtsspezifisch unterschiedliche Studierquote auch bei diesem Jahrgang fort. Allerdings hat sich der Unterschied seit Beginn der 90er Jahre kontinuierlich und per saldo erheblich verkleinert. Waren es beim Studienberechtigtenjahrgang 1990 noch 13 Prozentpunkte, so sind es gegenwärtig, wie oben bereits gesagt, nur noch 4 Prozentpunkte (vgl. Abb. 5). Ursächlich für diese Entwicklung ist die unterschiedliche Dynamik der Studierquotenentwicklung: An dem o.g. allgemeinen Trend einer rückläufigen Brutto-Studierquote bis zur Mitte der 90er Jah-

Abb. 5: Brutto-Studierquote ein halbes Jahr nach Schulabgang nach Geschlecht (in v.H.)



HIS-Studienberechtigtenbefragungen

re partizipieren zwar sowohl Männer als auch Frauen, aber bei den männlichen Studienberechtigten ist der Rückgang mit insgesamt 11 Prozentpunkten (von 82% auf 71%) stärker ausgeprägt als bei den weiblichen Studienberechtigten mit 8 Prozentpunkten (von 69% auf 61%). Außerdem ist umgekehrt der Wiederanstieg der Studierneigung zwischen 1999 und 2002 bei den Frauen mit 9 Prozentpunkten (von 62% auf 71%) erheblich stärker ausgeprägt als bei den Männern (von 71% auf 75%).

Entsprechend dem für den Jahrgang 2002 erstmals angewendeten Konzept der Studierquotenberechnung nach Bandbreiten ergibt sich für männliche Studienberechtigte eine Marge der Studierquote von 75% - 81% und für Frauen von 71% - 77%. Frauen und Männer unterscheiden sich hinsichtlich der Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen sie ihre zunächst nur „wahrscheinlichen“ Studienpläne realisieren werden, teilweise deutlich voneinander: Männer machen ihre Entscheidung für und wider ein Studium eher als Frauen von extrinsischen, also auf die spätere Berufstätigkeit und auf die zukünftigen Gegebenheiten am Arbeitsmarkt gerichteten Überlegungen abhängig. So werden 72% der männlichen, aber nur 61% der weiblichen Studienberechtigten dieser Gruppe dann studieren, wenn sich dadurch die beruflichen Aufstiegschancen verbessern bzw. wenn sich die „Lage auf dem mich interessierenden Arbeitsmarkt als günstig“ darstellt (29% vs. 19%). Frauen machen dagegen stärker als Männer ihre Studienentscheidung von Voraussetzungen abhängig, die intrinsischen, also auf die Fachinhalte und die persönlichen Neigungen orientierten Interessen entsprechen: „wenn ich meinen gewünschten Studienplatz bekomme“ (Frauen: 49%, Männer: 41%) bzw. „wenn ich feststelle, dass meine jetzige Ausbildung mich unterfordert“ (39% vs. 32%). Quasi geschlechtsneutral sind dagegen nur die Bedingungen „wenn ich von meinem Ausbildungsbetrieb nicht übernommen werde“ und „bei gesicherter Studienfinanzierung“.

Frauen realisieren ihre Studienpläne durchgängig zu einem erheblich höheren Anteil als Männer bereits im auf den Schulabgang folgenden Wintersemester. Der wesentliche Grund liegt in dem von einem Großteil der männlichen Studienberechtigten - in der Regel vor der Studienaufnahme - abzuleistenden Wehr- und Zivildienst. Der Anteil der männlichen Studienberechtigten, die ohne zeitliche Verzögerung ein Studium aufnehmen, verändert sich in Korrespondenz zu den jeweiligen Einberufungsquoten zum Wehr- oder Zivildienst. Deren deutliche Reduktion beim Jahrgang 2002 im Vergleich zu 1999 von 68% auf 60% hat entsprechend auch den männlichen Anteil für „Studienaufnahme bereits erfolgt“ von 15% auf 21% steigen lassen. Dennoch bleibt auch beim Jahrgang 2002 der verzögerte Studienbeginn das typische Merkmal für das Studienaufnahmeverhalten der Männer. Der seit Mitte der 90er Jahre durchgängig deutlich über der 50%-Marke liegende Anteil der Studienberechtigten mit späterer Studienaufnahme wäre noch höher, wenn nicht zugleich der Anteil der „Doppelqualifizierungen“ mit ihrer verzögernden Wirkung auf den Studienbeginn auf ein minimales Niveau gesunken wäre. Bei

den weiblichen Studienberechtigten bleiben die Anteilswerte für die direkte Studienaufnahme mit geringfügigen Schwankungen (zwischen 41% und 39%) bis zum Jahrgang 1999 weitgehend konstant. Erst für den zuletzt befragten Jahrgang 2002 steigt dieser Anteil auf nahezu die Hälfte aller studienberechtigten Frauen (47%) an. Bei den „Spätstarterinnen“ ist - korrespondierend zum rückläufigen Anteil der Doppelqualifizierungen - bis zum Jahrgang 1996 ein deutlicher Rückgang zu beobachten. Danach steigt der Anteil trotz stabiler bzw. weiter sinkender Doppelqualifizierungsanteile wieder an bzw. bleibt konstant. Hier wird offensichtlich der gestiegene Anteil von Frauen in Übergangstätigkeiten auf knapp ein Fünftel „kompensatorisch“ wirksam.

Exkurs: Anhaltender Einfluss der Geschlechtszugehörigkeit auf die Studienentscheidung?

Eine Reihe von Indikatoren spricht dafür, dass die herkömmliche geschlechtsspezifische Ungleichheit beim Zugang zum Hochschulstudium in den letzten Jahren deutlich abgebaut wurde, sich teilweise sogar zugunsten der Frauen in das Gegenteil verkehrt hat. Zu verweisen ist hier - neben der oben genannten Entwicklung sich verkleinernder Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei der Umsetzung der erworbenen Studienoption - etwa auf folgende Tendenzen:

Studienberechtigtenquote: Lag der Anteil der weiblichen Studienberechtigten an der altersspezifischen Bevölkerung 1990 noch bei 29,8% (Männer: 33,0%), so stieg dieser Anteil bis 2002 auf 41,5% (Männer: 35,0%); noch etwas größer ist die geschlechtsspezifische Differenz zugunsten der Frauen bei den Abiturienten (30,5% vs. 23,1%);

Anteil der Frauen an allen Studienberechtigten: Betrug der Anteil der Frauen an allen Studienberechtigten 1990 noch 46,3% (nur Abitur: 49,5%), so stieg dieser Anteil bis 2002 auf den überproportionalen Wert von 53,1% (nur Abitur: 55,8%);

Studienanfängerquote: Lag der Anteil der deutschen weiblichen Studienanfänger im 1. Hochschulsemester an der altersgleichen Bevölkerung 1990 noch bei 22,6% (Männer: 31,8%), so stieg diese Quote bis 2002 auf 35,3% (Männer: 33,9%); bezieht man auch die ausländischen Studienanfänger mit ein, wird der geschlechtsspezifische Abstand für 2002 sogar noch etwas größer (38,3% vs. 35,9%).[5]

Anhand von Befunden aus der aktuellen Befragung der Studienberechtigten 2002 kann gezeigt werden, dass der Einfluss der Geschlechtszugehörigkeit auf die Entscheidung pro und contra Studium trotz der genannten Entwicklung vermehrt genutzter Chancen des Zugangs zu hochschulischer Bildung durch Frauen nach wie vor erheblich ist, in seiner konkreten Wirkung auf die Studienentscheidung aber in hohem Maße von anderen Faktoren mitbestimmt wird: erreichtes Leistungsniveau bei Erwerb der Hochschulreife, Schichtherkunft und Art der Hochschulreife. Jeder dieser sozio-demografischen und bildungsbiografischen Faktoren beeinflusst massiv die nachschulische Ausbildungswahl und zwar sowohl bei Männern als auch bei Frauen. Aber soweit sie negativ auf die Studierquote einwirken, ist der jeweilige Einfluss bei weiblichen Studienberechtigten deutlich stärker ausgeprägt als bei ihren männlichen Kollegen. Das Merkmal „männlich“ kompensiert dagegen in erheblichem Maße Nachteile, die aus den genannten drei Faktoren resultieren.

Sowohl für Männer als auch für Frauen gelten folgende Zusammenhänge:

- Nach Maßgabe der bei Schulabgang erreichten Durchschnittsnote ergibt sich ein klarer Zusammenhang mit der Entscheidung für ein Studium: Je besser der von der Schule attestierte Leistungsstand ist, desto höher ist die Brutto-Studierquote. Beträgt die Durchschnittsnote maximal 2,4, liegt die „Kernstudierquote“ bei 81%, liegt sie darunter, sinkt die Studierquote auf deutlich unterdurch-

[5] Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 / Reihe 4.3.1, Bildung und Kultur: Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980 – 2002, Wiesbaden 2003

schnittliche 65%.[6] Die Entscheidung über die Aufnahme eines Studiums wird also ganz erheblich durch leistungsbezogene Selbstselektion bestimmt.

- Je höher die Schichtherkunft ist, desto höher fällt die Übergangsquote an die Hochschule aus: Ist die Schichtherkunft der Studienberechtigten 2002 „hoch“, beträgt die Studierquote 83%, bei „gehobener“ Herkunft liegt sie bei 73% und bei „mittlerer“ bzw. „niedriger“ Schichtherkunft entscheiden sich jeweils knapp zwei Drittel der Studienberechtigten (65%) für die Aufnahme eines Hochschulstudiums. Ein Vergleich mit den entsprechenden Übergangsquoten für den Jahrgang 1999 zeigt überdies: An der seither deutlich gestiegenen Gesamt-Studierquote konnten alle Subgruppen partizipieren, überproportional aber die Studienberechtigten mit „mittlerer“ und „niedriger“ Schichtherkunft. Generell steigende Studierquoten mildern die Wirkung der herkunftsspezifischen Einflüsse ab (gleichwohl bleiben die Abstände zwischen den Herkunftsgruppen und damit die grundsätzliche Wirksamkeit dieses Faktors erhalten).
- In der Differenzierung nach der Art der Hochschulreife wird deutlich, dass die Studienberechtigten 2002 mit allgemeiner Hochschulreife („Abitur“) sich mit 76% erheblich häufiger für die Aufnahme eines Hochschulstudiums entscheiden als ihre Jahrgangskollegen mit Fachhochschulreife (62%). Auch hier zeigt der Vergleich mit dem Jahrgang 1999 (70% vs. 53%), dass eine generell steigende Studierfreudigkeit besonders der Studierquote der Studienberechtigten mit Fachhochschulreife zugute kommt (vgl. Tab. 3.5).

In der Abbildung 6 werden die Einflüsse aller vier Faktoren zusammen dargestellt. Konzentriert man die Betrachtung auf die polaren Herkunftsgruppen „hoch“ und „niedrig“ wird deutlich: Männer und Frauen mit hoher Schichtherkunft und Abitur unterscheiden sich in ihrer Entscheidung pro Studium bei gleichen Durchschnittsnoten gar nicht oder nur geringfügig voneinander. Erhebliche und wachsende Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern ergeben sich erst hinsichtlich des Merkmals „Fachhochschulreife“ und besonders bei der Kombination „Fachhochschulreife + weniger gute Durchschnittsnote“. Hier wird das Merkmal „männlich“ massiv kompensierend bzw. das Merkmal „weiblich“ negativ verstärkend wirksam. Die hohe Schichtherkunft verliert erheblich an Einfluss. Bei der sozialen Herkunftsgruppe „niedrig“ wird dagegen das Merkmal „weiblich“ als Nachteil schon in der Spitzengruppe „Abitur + guter Notendurchschnitt“ wirksam. Am größten ist der Abstand in den beiden letzten Gruppen (niedrige Schichtherkunft, Fachhochschulreife, weniger gute Durchschnittsnote): 36 Prozentpunkte. Umgekehrt heißt das: Unter sonst gleichen Bedingungen macht sich hier das Merkmal „männlich“ am stärksten positiv bemerkbar.

Insgesamt ist festzuhalten, dass nur unter sonst günstigen Umständen, besonders bei hoher Schichtherkunft, in abgeschwächtem Maße auch bei hohem schulischen Leistungsstand, weibliche Geschlechtszugehörigkeit bei der Entscheidung pro und contra Studium nicht negativ wirksam wird. Das lässt sich auch an der Gesamt-Spannweite der Studierquoten deutlich machen: Sie liegt bei Männern zwischen maximal 90% und minimal 59% (Differenz: 31%); bei Frauen indes zwischen 90% und 41% (Differenz: 49%).

Nach alten und neuen Ländern differenzierte Entwicklung

Von den Studienberechtigten 2002 aus den alten Ländern haben sich 74%, von ihren Jahrgangskollegen aus den neuen Ländern mit 69% dagegen etwas weniger für die Aufnahme eines Studiums an Universitäten oder Fachhochschulen entschieden (vgl. Tab. 3.1). Erweitert man diese Kernquote um diejenigen, die eine Studienaufnahme „wahrscheinlich“ oder „vielleicht“

[6] Bei einer stärkeren Differenzierung des erreichten Leistungsniveaus wird der Zusammenhang noch deutlicher: Bei einer Durchschnittsnote von ≤ 1,4 entscheiden sich genau 9 Zehntel der Studienberechtigten für die Aufnahme eines Studiums, liegt sie bei ≤ 2,4 sind es 79%, bei ≤ 3,4 sind es 66% und bei ≥ 3,5 beträgt die Brutto-Studierquote 57%.

Abb. 6: Studierquote der Studienberechtigten 2002 nach Geschlechtszugehörigkeit, Schichtherkunft, Art der Hochschulreife und Durchschnittsnote

Geschlechtszugehörigkeit	Schichtherkunft	Art der Hochschulreife	Durchschnittsnote	Studierquote
männlich	hoch	Abitur	≤ 2,4	90
weiblich	hoch	Abitur	≤ 2,4	90
männlich	hoch	Abitur	≥ 2,5	77
weiblich	hoch	Abitur	≥ 2,5	74
männlich	hoch	Fachhochschulreife	≤ 2,4	85
weiblich	hoch	Fachhochschulreife	≤ 2,4	73
männlich	hoch	Fachhochschulreife	≥ 2,5	79
weiblich	hoch	Fachhochschulreife	≥ 2,5	58
männlich	gehoben	Abitur	≤ 2,4	87
weiblich	gehoben	Abitur	≤ 2,4	79
männlich	gehoben	Abitur	≥ 2,5	67
weiblich	gehoben	Abitur	≥ 2,5	67
männlich	gehoben	Fachhochschulreife	≤ 2,4	84
weiblich	gehoben	Fachhochschulreife	≤ 2,4	68
männlich	gehoben	Fachhochschulreife	≥ 2,5	70
weiblich	gehoben	Fachhochschulreife	≥ 2,5	44
männlich	mittel	Abitur	≤ 2,4	80
weiblich	mittel	Abitur	≤ 2,4	73
männlich	mittel	Abitur	≥ 2,5	59
weiblich	mittel	Abitur	≥ 2,5	61
männlich	mittel	Fachhochschulreife	≤ 2,4	77
weiblich	mittel	Fachhochschulreife	≤ 2,4	59
männlich	mittel	Fachhochschulreife	≥ 2,5	59
weiblich	mittel	Fachhochschulreife	≥ 2,5	48
männlich	niedrig	Abitur	≤ 2,4	79
weiblich	niedrig	Abitur	≤ 2,4	73
männlich	niedrig	Abitur	≥ 2,5	74
weiblich	niedrig	Abitur	≥ 2,5	60
männlich	niedrig	Fachhochschulreife	≤ 2,4	69
weiblich	niedrig	Fachhochschulreife	≤ 2,4	57
männlich	niedrig	Fachhochschulreife	≥ 2,5	67
weiblich	niedrig	Fachhochschulreife	≥ 2,5	41

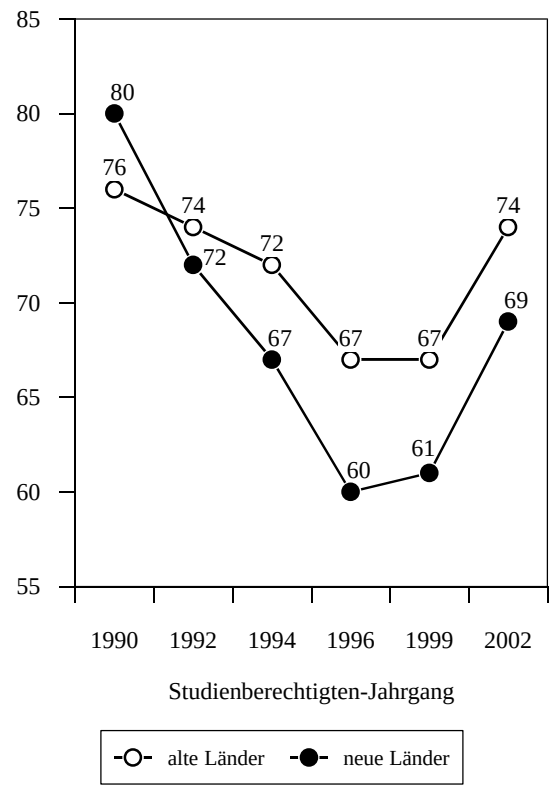
HIS-Studienberechtigtenbefragung 2002

planen, ergibt sich für die alten Länder ein Korridor der Studierquote von 74% - 81% und für die neuen Länder von 69% - 76%.

In der Gegenüberstellung der beiden Zeitreihen 1990 bis 2002 sind zwei Entwicklungen festzuhalten: In beiden Herkunftsregionen ist in den 90er Jahren ein sehr ähnliches „Verlaufsmuster“ der Studierquoten zu beobachten: zunächst ein deutlicher Rückgang, dann Stabilisierung auf dem erreichten niedrigen Niveau mit anschließendem deutlichen Wiederanstieg in der gleichen Größenordnung (+7 bzw. 8 Prozentpunkte, vgl. Abb. 7). Die Abschwächung der Studierfreudigkeit verlief allerdings in den neuen Ländern bis zum Jahrgang 96 erheblich ausgeprägter als in den alten Ländern (-20 vs. -9 Prozentpunkte).

Als Folge der unterschiedlichen Entwicklungsdynamik sind im West-Ost-Verhältnis drei Phasen zu unterscheiden. Bis einschließlich des Studienberechtigtenjahrgangs 1992 näherten sich die beiden regionalen Studierquoten einander an: Betrug der Abstand der beiden Studierquoten beim Jahrgang 1990 zunächst noch vier Prozentpunkte (zugunsten der neuen Länder), verringerte sich diese Differenz beim Jahrgang 1992 auf zwei Prozentpunkte (zugunsten der alten Länder). Danach vergrößerte sich dieser Abstand bis auf sieben Prozentpunkte beim Jahrgang 1996; seither verringert sich die Differenz in der Studierwilligkeit wieder auf zuletzt fünf Prozentpunkte.

Abb. 7: Brutto-Studierquote ein halbes Jahr nach Schulabgang nach alten und neuen Ländern (in v.H.)



HIS-Studienberechtigtenbefragungen

In der erweiterten Definition von Studium, also einschließlich der Ausbildungen an Verwaltungsfachhochschulen, Hochschulen der Bundeswehr und an Berufsakademien, wird die aktuelle West-Ost-Konvergenz noch deutlicher. Hier sind für die Jahrgänge 1999 (jeweils 71%) und 2002 (alte Länder: 79%, neue Länder: 78%) faktisch keine Unterschiede mehr zu beobachten. Die studienähnlichen Ausbildungen an Verwaltungsfachhochschulen und an Berufsakademien stellen für die Studienberechtigten aus den neuen Ländern offensichtlich eine attraktive Alternative zum Studium an Universitäten und Fachhochschulen dar (1999: 9% vs. 5%, 2002: 9% vs. 6%).

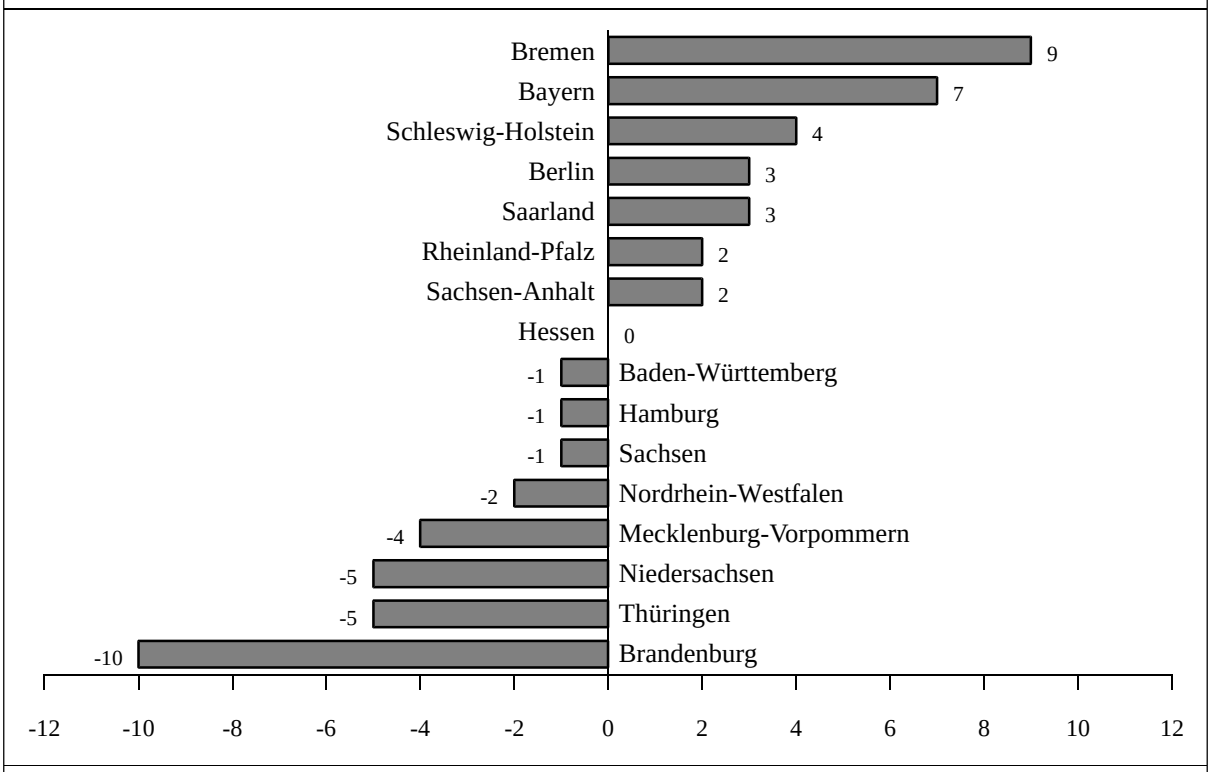
Nach Ländern differenzierte Entwicklung

Tabelle 3.2 enthält die nach dem Land des Erwerbs der Hochschulreife differenzierten Kern-Studierquoten, differenziert nach ihren beiden Bestandteilen Studienaufnahme „bereits erfolgt“ bzw. „geplant“. Tabelle 3.4 enthält ergänzend die länderspezifischen Anteilswerte für Studienaufnahme „wahrscheinlich“ bzw. „vielleicht“ geplant und weist damit die jeweiligen länderbezogenen Korridore der Brutto-Studierquote aus. In der vergleichenden Betrachtung sind folgende wesentliche Befunde festzuhalten:

Rangfolge der länderspezifischen Studierquoten (vgl. auch Abb. 8):

Ordnet man die länderspezifischen Kern-Studierquoten des Jahrgangs 2002 nach ihrer Höhe, stehen die Studienberechtigten aus Bre-

Abb. 8: Brutto-Studierquote der Studienberechtigten 2002 nach Land des Erwerbs der Hochschulreife: Abweichungen in Prozentpunkten vom Durchschnittswert (73%)



HIS-Studienberechtigtenbefragungen

men mit 82% (+9 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt von 73%) knapp vor denen aus Bayern (80%; +7 Prozentpunkte) und aus Schleswig-Holstein (77%; +4 Prozentpunkte) an der Spitze der Rangfolge. Es folgen Berlin und das Saarland (jeweils 76%) sowie Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt mit jeweils 75%. Die Studierquote der Studienberechtigten aus Hessen markiert genau den Durchschnittswert von 73%. Geringfügig unterhalb dieses Werts liegen die Länder Baden-Württemberg, Hamburg, Sachsen (jeweils 72%) und Nordrhein-Westfalen (71%). Schon recht deutlich unterhalb des Bundesmittels liegen die Studierquoten der Länder Mecklenburg-Vorpommern (69%), Niedersachsen und Thüringen (jeweils 68%). Das Ende der Rangskala bildet Brandenburg mit einem Wert von 63%.

Unter Berücksichtigung der erweiterten Form der Studierquote, also unter Einschluss der „wahrscheinlichen“ oder „vielleicht“ geplanten Studienaufnahme, verändert sich die genannte Rangskala nur geringfügig. Die Studienberechtigten aus Bremen bleiben mit einer maximalen Studierquote von nun 88% (und einem Korridor von +6 Prozentpunkten) auf dem ersten Platz, wiederum knapp gefolgt von denen aus Bayern (85%, Bandbreite: 5 Prozentpunkte), Schleswig-Holstein (84%, 7 Prozentpunkte), Berlin (83%, 7 Prozentpunkte) und dem Saarland (82%, 6 Prozentpunkte). Im unteren Teil der Rangliste mit einer Maximalquote von nur wenigen Prozentpunkten über oder sogar unterhalb der Durchschnitts-Kernquote von 73% stehen Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Niedersachsen, Thüringen mit jeweils 76% und Brandenburg mit 71%; die Bandbreiten dieser Länder liegen zwischen 4 Prozentpunkten (Sachsen) und 8 Prozentpunkten (Niedersachsen, Thüringen, Brandenburg). Auffällig ist, dass die jeweilige Breite des Korridors weitgehend unabhängig ist von der Höhe der Länder-Kernstudierquote, das zusätzliche Studierpotential durch „wahrscheinlich“ oder „vielleicht“ geplante Studienaufnahme viel-

mehr in der ganz überwiegenden Zahl der Länder ähnlich groß ist.

Eine befriedigende Erklärung der erheblichen Länder-Unterschiede in der Studierwilligkeit kann ohne genaue Kenntnisse der landesspezifischen politischen und wirtschaftlichen Besonderheiten nicht geleistet werden; festzuhalten ist aber, dass weder Faktoren wie „Stadtstaat - Flächenstaat“, „hohe - niedrige Quote der landesspezifischen Erwerbslosigkeit“ oder „hohe - niedrigere Anteile ländlich geprägter Landesteile“ als Erklärungsgründe hinreichend sind. Hinsichtlich der Konzentration von drei der fünf neuen Länder auf den unteren Teil der Rangliste der Studierquoten ist aber nochmals auf die überdurchschnittliche Bedeutung der Ausbildungswege an Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien bei den Studienberechtigten aus diesen Ländern hinzuweisen (Mecklenburg-Vorpommern: 10%, Thüringen: 12% und Brandenburg: 8%).

Entwicklungsverläufe der länderspezifischen Brutto-Studierquoten:

Wie die Zeitreihen der Tabelle 3.2 und die Abbildung 9 (unter Einschluss der Werte für den Jahrgang 1992) zeigen, sind die Entwicklungsverläufe der länderspezifischen Brutto-Studierquoten sowohl in ihrem Niveau als auch in den jeweiligen Veränderungsraten sehr heterogen. Mit Ausnahme von Bremen ist jedoch allen Länderverläufen eine Abnahme der Studierfreudigkeit zwischen den Jahrgängen 1990 und 1996 gemeinsam. Besonders deutlich fällt dieser Rückgang in Hamburg, Berlin und in allen fünf neuen Ländern aus. Während in den Ländern Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt damit bereits der „untere Wendepunkt“ erreicht wurde, war das in Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern, Saarland, Brandenburg und Thüringen erst bei dem Jahrgang 1999 der Fall. Auch nach dem deutlichen Wiederanstieg der Studierquote nach 1996 bzw. 1999 und 2002 ist aber nur in einigen Ländern gegenwärtig bereits wieder das hohe „Ausgangsniveau“ vom Beginn der 90er Jahre erreicht bzw. sogar überschritten worden: So in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern.

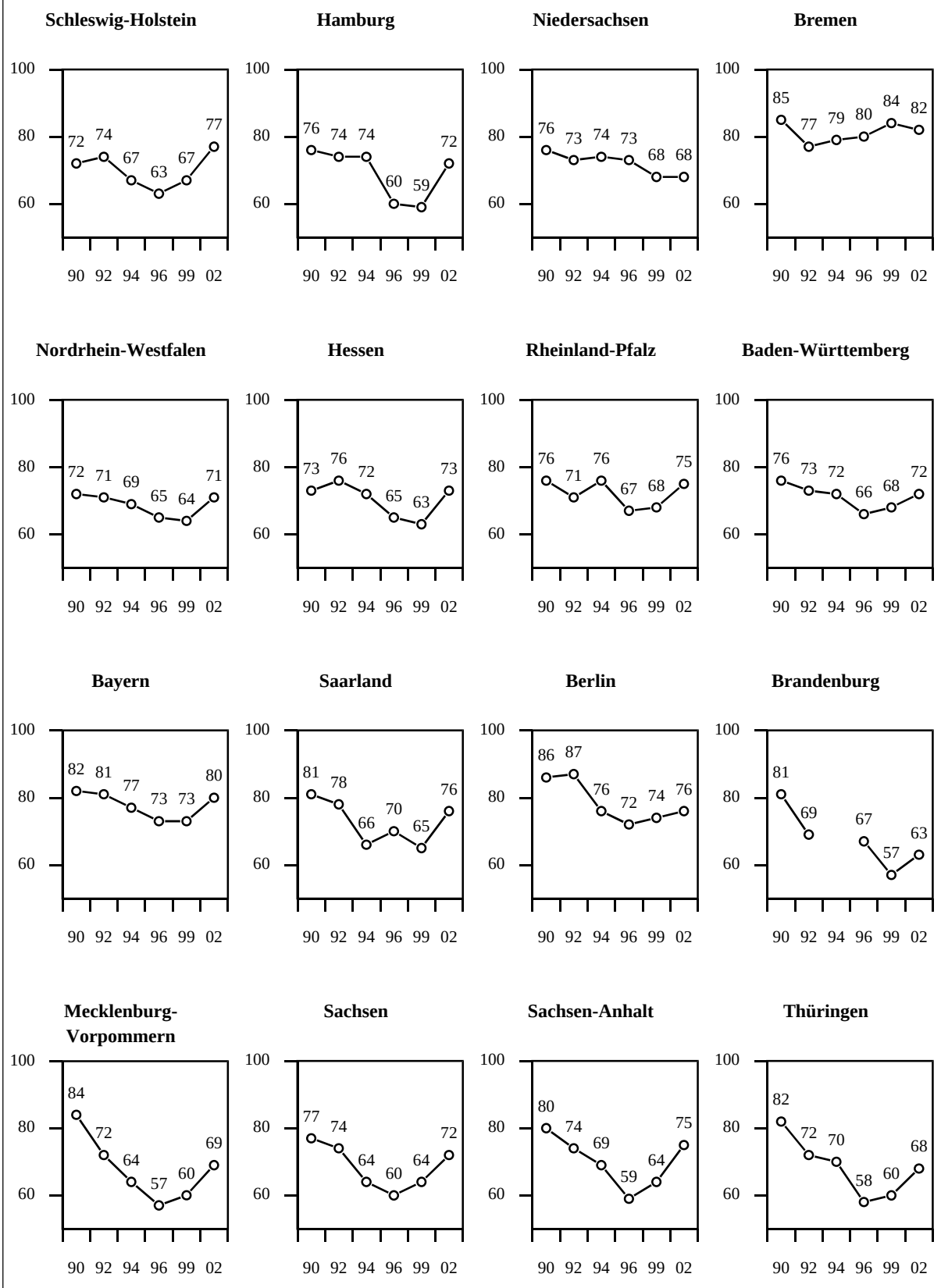
Besonders hingewiesen sei auf drei Länder:

Niedersachsen: die rückläufige Entwicklung der Studierquoten ist in den 90er Jahren zwar moderater als im Bundesdurchschnitt, aber sie hält länger an als in allen anderen Bundesländern. Offensichtlich wurde die „Talsohle“ der Studierfreudigkeit niedersächsischer Studienberechtigter erst beim Jahrgang 2002 erreicht.

Bremen stellt in dreifacher Hinsicht einen Sonderfall dar: Zum einen liegt das Niveau der Studierquote durchgängig erheblich über dem Bundesmittel und zu fast allen Beobachtungszeitpunkten auch über dem der ganz überwiegenden Zahl der anderen Länder. Der „untere Wendepunkt“ der Studierquotenentwicklung wurde in Bremen bereits beim Jahrgang 1992 erreicht. Danach nahm die Studierfreudigkeit um 11 Prozentpunkte auf 84% zu, um allerdings zwischen den beiden zuletzt untersuchten Jahrgängen 1999 und 2002 gegen den Bundestrend wieder leicht auf 82% zurückzugehen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Bremer Studienberechtigten wieder einen bundesweiten Trendwechsel vorwegnehmen.

Baden-Württemberg: Seit Beginn der HIS-Studienberechtigtenbefragungen zählte Baden-Württemberg zu den Bundesländern mit einer überdurchschnittlich hohen Studierquote. Spätestens seit Mitte der 90er Jahre werden aber nur noch die Durchschnittswerte erreicht. Einer der zentralen Gründe hierfür ist die in Baden-Württemberg besonders erfolgreiche Etablierung der Ausbildung an Berufsakademien als Alternative zum herkömmlichen Studium an Universitäten und Fachhochschulen: 8% aller Studienberechtigten haben sich für eine solche Berufsausbildung entschieden (Bundesdurchschnitt: 3%). Zum Erfolg dieses Ausbildungswegs haben sicherlich auch die Durchlässigkeit mit dem Hochschulbereich - formale Gleichstellung mit dem Fachhochschul-Diplom und die mögliche Vergabe des Bachelor-Grades - beigetragen.

Abb. 9: Brutto-Studierquote der Studienberechtigten nach Land des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H.)



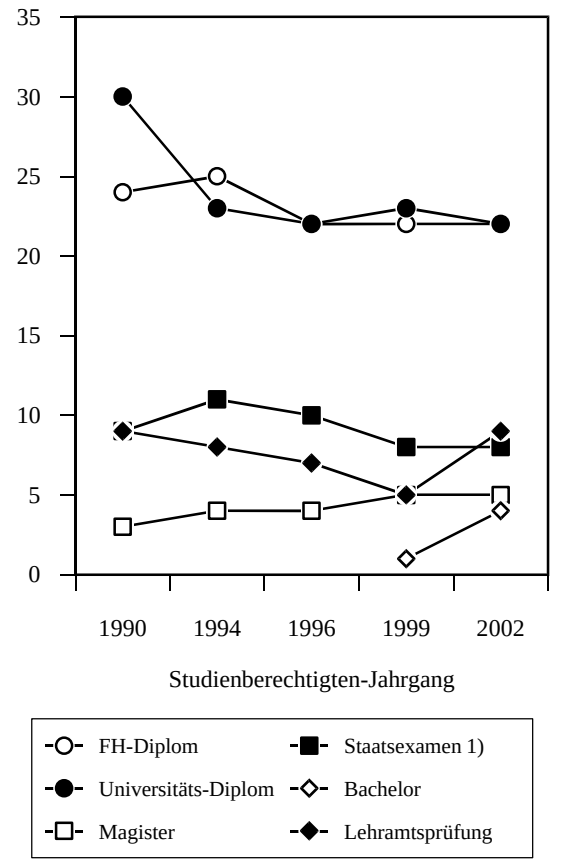
HIS-Studienberechtigtenbefragungen

4 Angestrebte Hochschulprüfungen

Allgemeine Entwicklung

Von allen studienberechtigten Schulabgängern 2002 streben jeweils 22% ein Fachhochschul- bzw. Universitätsdiplom an (vgl. Tab. 4.1, Abb. 10). Das Diplom ist damit weiterhin der mit Abstand am häufigsten gewählte Studienabschluss. Weitere 9% der Studienberechtigten 2002 möchten eine Lehramtsprüfung ablegen. Ein mit 8% fast ebenso großer Anteil hat sich für ein anderes Staatsexamen entschieden. Von vergleichsweise geringer Bedeutung sind Magister (5%) und (noch) Bachelor (4%). Studienberechtigte, die sowohl einen Bachelor als auch ein Diplom bzw. einen Lehramtsabschluss anstreben (1%), sind dabei jeweils beiden Examensarten zugewiesen. Ohne diese Mehrfachzählung verringert sich der Anteil des Bachelors auf nur 3%. Schließlich nennen 2% der Studienberechtigten eine andere Art der Abschlussprüfung. Hierzu zählen künstlerische und kirchliche Abschlüsse sowie Abschlüsse an ausländischen Hochschulen.

Abb. 10: Art des angestrebten Hochschulexamens ein halbes Jahr nach Schulabgang (in v.H.)



1) ohne Lehramt

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Die im Verlauf der 90er Jahre stark gesunkene Studierneigung (siehe Kap. 3) spiegelte sich in den Anteilen nahezu aller Examensarten wider. Besonders deutlich war der Rückgang bei den Lehramtsprüfungen (-4 Prozentpunkte auf 5% 1999) und dem Universitäts-Diplom (-8 Prozentpunkte auf 22% 1999). Einzig der Magister-Abschluss konnte in den 90er Jahren einen leichten Anstieg seines Anteils verzeichnen. Die beim Studienberechtigten-Jahrgang 2002 erstmalig seit 1990 deutliche gestiegene Brutto-Studierquote geht unterdessen mit der wieder verstärkten Wahl von Lehramtsstudiengängen (+4 Prozentpunkte) sowie den 1998 neu eingeführten gestuften Studiengängen einher (vgl. Abb. 10). Die Anteile der Diplom-Abschlüsse von Anfang der 90er Jahre wurden beim Studienberechtigten-Jahrgang 2002 nicht wieder erreicht, sind seit Mitte der 90er Jahre vielmehr konstant. Eine vermehrte Ablösung der herkömmlichen Studienabschlüsse durch Bachelor und Master ist somit noch nicht zu konstatieren. Es werden mit den gestuften Studiengängen jedoch vermutlich neue Studienberechtigtengruppen für ein Studium mobilisiert.

Exkurs zur Wahl eines Bachelorabschlusses

Auch vier Jahre nach Einführung der gestuften Studiengänge zeigen sich noch erhebliche Defizite der Studienberechtigten hinsichtlich ihres Kenntnisstandes über Studiengänge mit Bachelor-Abschluss sowie der Akzeptanz dieses Abschlusses (vgl. Abb. 11). Mehr als einem Viertel von ihnen ist der Bachelor völlig unbekannt. Allerdings sind es in erster Linie jene Studienberechtigten, die ausschließlich eine nachschulische Berufsausbildung absolvieren möchten oder es bei dem mit Erwerb der Hochschulreife erreichten Qualifizierungsstand belassen wollen, die noch nie von einem

Abb. 11: Studienberechtigte 2002: Überlegungen zur Wahl eines Bachelor-Studiengangs nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Haben Sie bei Ihren Überlegungen für die Zeit nach der Schule die Wahl eines Bachelor-Studiengangs erwogen?	insgesamt	Männer	Frauen	alte Länder	neue Länder
Bachelor-Studiengänge sind mir unbekannt	26	25	26	26	24
nein, nicht erwogen	41	41	40	40	44
bin insgesamt noch unsicher, wie es weiter geht, aber ein Bachelor-Studium kommt infrage	10	13	8	10	9
ja, erwogen, aber in meiner Fachrichtung gibt es kein derartiges Angebot	5	3	6	5	5
ja, erwogen, aber nicht gewählt	12	11	12	12	13
ja, ich strebe einen Bachelor-Abschluss an	6	5	6	6	4

alte Länder einschließlich Berlin

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Bachelor-Studiengang gehört haben. Dennoch ist der geringe Kenntnisstand bemerkenswert, denn auch unter den Schulabgängern, die einen festen Studienwunsch äußern, ist fast jedem fünften (18%) der Bachelor unbekannt. Gefragt nach ihrem Informationsstand, bescheinigen sich nur 13% aller Studienberechtigten gute oder sehr gute Kenntnisse über Bachelor-Studiengänge. Weitere 41% der Studienberechtigten 2002 sind diesbezüglich zwar informiert, jedoch schlecht.

Dieser unzureichende Informationsstand der Schulabgänger erweist sich für die Aufnahme eines Bachelor-Studienganges als problematisch, denn zwischen der Informiertheit über diesen Abschluss und dessen Wahl besteht ein enger Zusammenhang. Zum einen erwägen schlecht informierte Studienberechtigte signifikant seltener als gut informierte den Bachelor-Abschluss. Zum anderen ist aber auch das Informationsverhalten der Schüler und Schulabgänger von deren Studienwünschen und Vorstellungen beeinflusst. Studienabschlüsse, die allgemein wenig bekannt sind und deren Bedeutung auf dem Arbeitsmarkt zudem schwer einzuschätzen ist, erhalten von den Studienberechtigten geringere Aufmerksamkeit. Der Circulus vitiosus scheint auf kurze Sicht nur durch vermehrte Information der Jugendlichen bereits in der Schulzeit zu durchbrechen zu sein.

41% *aller* Studienberechtigten 2002 haben zwar schon vom Bachelor gehört, ihn jedoch bei ihren Überlegungen für die Zeit nach der Schule nicht erwogen. Weitere 27% der Schulabgänger haben den Bachelor hingegen für sich in Betracht gezogen, sich aber (noch) nicht dafür entschieden. So mussten 5% einen anderen Abschluss wählen, da es ihrer Meinung nach in der gewünschten Fachrichtung kein entsprechendes Angebot gab. Weitere 12% haben den Bachelor zwar erwogen, sich jedoch letztlich für einen herkömmlichen Studienabschluss entschieden. Und jeder zehnte Schulabgänger ist insgesamt noch unsicher, wie es weiter geht, aber ein Bachelor-Studium kommt für ihn infrage. In diesen drei Gruppen verbirgt sich also ein großes Potential für die gestuften Studiengänge, entweder durch eine Revidierung des zunächst gewählten Examens oder durch die spätere Entscheidung für ein zunächst nicht geplantes Studium.

6% aller Studienberechtigten geben an, bereits einen Bachelor-Abschluss anzustreben, zwei Prozentpunkte mehr als beim erfragten Examensziel. Ursache dafür sind vor allem im Ausland angestrebte Abschlüsse, die in der Untersuchung nur zusammengefasst ausgewiesen

wurden, sowie ein parallel zum Diplom an Berufsakademien erworbener, aber nicht erfasster Bachelor-Abschluss. Zudem haben vermutlich einige Studienberechtigte, die sich an Universitäten oder Fachhochschulen für einen Doppelabschluss (Diplom und Bachelor) immatrikulieren, nur das für sie offensichtlich zentralere Diplom angegeben.

Zwischen Männern und Frauen gibt es hinsichtlich des Kenntnisstandes und der Überlegungen zur Wahl eines Bachelor-Studiengangs kaum Differenzen (vgl. Abb. 11). Die männlichen Studienberechtigten sind allerdings häufiger als die weiblichen noch unsicher, wie es weiter geht, und ziehen daher einen Bachelor für sich noch in Betracht (13% vs. 8%). Frauen hingegen haben öfter einen gestuften Studiengang erwogen, sich jedoch mangels Angebot in der gewünschten Fachrichtung für einen anderen Studienabschluss entschieden (6% vs. 3%).

Differenziert nach alten und neuen Bundesländern lässt sich in Ostdeutschland ein stärkerer grundsätzlicher Vorbehalt gegenüber Bachelor-Studiengängen feststellen. 44% der Studienberechtigten in den neuen Ländern kennen den Bachelor zwar, haben ihn jedoch bei ihren Überlegungen für die Zeit nach der Schule nicht erwogen. In den alten Ländern trifft dies auf 40% der Schulabgänger zu.

In den einzelnen Bundesländern sind die Studienberechtigten in sehr unterschiedlichem Maße mit den neuen, gestuften Studiengängen vertraut (vgl. Tab. 4.4). Besonderer Informationsbedarf zeigt sich im Saarland und Niedersachsen. Ca. jedem dritten Schulabgänger sind hier Bachelor-Studiengänge unbekannt. Auch in Hessen und Brandenburg haben 30% der Studienberechtigten vom Bachelor noch nichts gehört. Erheblich besser ist der Kenntnisstand in Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Bremen. In diesen Bundesländern gibt „nur“ jeder fünfte Schulabgänger an, Bachelor-Studiengänge seien ihm unbekannt. Gepaart ist dieser höhere Kenntnisstand allerdings in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen mit einem überdurchschnittlichen Anteil Studienberechtigter, die den Bachelor dennoch nicht in ihre Studienüberlegungen einbezogen haben. In Bremen hat hingegen fast die Hälfte der Studienberechtigten einen Bachelor erwogen. 20% haben sich aber letztlich doch für einen anderen Studiengang entschieden. Ein höherer Bekanntheitsgrad führt somit nicht per se zu einer vermehrten Wahl von Bachelor-Studiengängen. Vielmehr ist - wie die HIS-Studienanfängerbefragung 2000/01 gezeigt hat[7] - u.a. Klarheit über die Chancen von Bachelor-Absolventen auf dem Arbeitsmarkt erforderlich. Zur Verbesserung der Akzeptanz von Bachelor-Studiengängen bedarf es daher neben einer intensiveren, bereits in der Schulzeit einsetzenden Informierung der Studienberechtigten vor allem auch der Auskunft über Berufsfelder und Arbeitsmarktchancen von Bachelor-Absolventen.

Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklung

Unterschieden nach Geschlechtszugehörigkeit zeigen sich wesentliche Differenzen hinsichtlich der Examenswünsche der Studienberechtigten. Männer streben deutlich häufiger als Frauen ein Diplom an einer Universität oder Fachhochschule an (vgl. Tab. 4.1). Die Anteile differieren jeweils um 10 Prozentpunkte. Die weiblichen Studienberechtigten hingegen wählen öfter eine Lehramtsprüfung, sowie Magister und ein anderes Staatsexamen. Einen Bachelor-Studiengang nehmen sowohl die Männer als auch die Frauen nahezu gleich selten auf (3% bzw. 4%).

Im Jahrgangsvergleich zeigen sich die allgemeinen Entwicklungen hinsichtlich der Art des angestrebten Examens bei beiden Geschlechtern. Während allerdings bei den Männern der Rückgang des Anteils der Universitäts-Diplome besonders ausgeprägt ist, verzichteten die Frauen in erster Linie auf ein Lehramtsstudium. Beim Jahrgang 2002 geht die gestiegene Brutto-Studierquote sowohl bei den Männern als auch den Frauen mit einer vermehrten Wahl

[7] Lewin, K. u.a.: Studienanfänger im Wintersemester 2000/ 2001: Trotz Anfangsschwierigkeiten optimistisch in die Zukunft. HIS Hannover 2001, Hochschulplanung Bd. 155, S.129

von Lehramts- und Bachelorstudiengängen einher. Zudem konnte bei beiden Geschlechtern der kontinuierliche Rückgang des Staatsexamens (ohne Lehramt) aufgehalten bzw. umgekehrt werden. Bei den Frauen setzt sich auch die 1999 begonnene leichte Zunahme des Anteils von Magister-Abschlüssen weiter fort. Diese Entwicklungen stehen in engem Zusammenhang mit der Fächerwahl der Studienberechtigten (siehe auch Kap. 5).

Nach alten und neuen Ländern differenzierte Entwicklung

Zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich beim Studienberechtigten-Jahrgang 2002 nur geringfügige Unterschiede hinsichtlich der Art des angestrebten Hochschulexamens (vgl. Tab. 4.1). Sie resultieren im Wesentlichen aus der höheren Studierneigung in den alten Bundesländern. So streben die Studienberechtigten aus Westdeutschland etwas häufiger als diejenigen aus Ostdeutschland ein Fachhochschul-Diplom, eine Lehramtsprüfung und ein anderes Staatsexamen an. Den Magister-Abschluss hat dagegen ein höherer Anteil der Schulabgänger in den neuen Bundesländern gewählt.

Lässt man im Jahrgangsvergleich das Nachwendejahr außer Acht, so zeigen sich zumindest bei der Wahl des Universitäts-Diploms parallele Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands, die durch eine erhebliche Anteilsabnahme Anfang der 90er Jahre und anschließend konstante Werte gekennzeichnet sind. Anders als in Westdeutschland hat das Fachhochschul-Diplom in Ostdeutschland in den 90er Jahren kontinuierlich an Bedeutung verloren. Erst mit dem Jahrgang 2002 konnte dieser Rückgang gestoppt werden. Gleiches gilt für das Staatsexamen (ohne Lehramt). Auch hier hatte sich in Ostdeutschland der Anteil stärker verringert als in Westdeutschland. Die Magister-Abschlüsse haben hingegen in den neuen Ländern im Verlauf der 90er Jahre größeren Zuspruch erfahren. Zuletzt stieg dieser Anteil auf 7% und liegt damit 2 Prozentpunkte über dem in den alten Ländern. In beiden Teilen Deutschlands streben die Studienberechtigten des Jahrgangs 2002 wieder erheblich häufiger ein Lehramtsstudium an. Mitte/Ende der 90er Jahre wiesen die Lehramtsstudiengänge in Ostdeutschland zwar konstante, aber sehr geringe Werte auf; auch in Westdeutschland hatten sich die Anteile verringert, jedoch auf einem deutlich höheren Niveau.

Nach Ländern differenzierte Entwicklung

In den einzelnen Bundesländern zeigen sich hinsichtlich der Art des angestrebten Examens teilweise erhebliche Abweichungen von den bundesdeutschen Durchschnittswerten (vgl. Tab. 4.2, Tab. 4.3). Zum Teil lassen sich diese Differenzen auf die unterschiedliche Studierneigung in den Ländern zurückführen. Aber auch verschiedene fachliche und regionale Akzentuierungen im Bildungsangebot dürften von Bedeutung sein. Von den Studienberechtigten aus dem Saarland, aus Bayern, Rheinland-Pfalz und Bremen wird überdurchschnittlich häufig das Fachhochschul-Diplom angestrebt, in Berlin und Sachsen-Anhalt ein Universitäts-Diplom. Den Magister-Abschluss möchten hingegen deutlich häufiger als in anderen Bundesländern die Studienberechtigten aus Schleswig-Holstein und Sachsen erwerben, ein Staatsexamen diejenigen aus Hamburg und Bremen. Schließlich gibt in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz ein überdurchschnittlicher Anteil der Studienberechtigten 2002 an, dass sie eine Lehramtsprüfung ablegen möchten. Interessant ist zudem die unterschiedliche Verbreitung der gestuften Studiengänge. Während im Saarland und in Sachsen-Anhalt nur 2% des Studienberechtigten-Jahrgangs 2002 einen Bachelor anstreben, sind es in den nördlichen Bundesländern Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern 5%, in Nordrhein-Westfalen 6%. Der vergleichsweise hohe Wert in Nordrhein-Westfalen resultiert allerdings u.a. aus der erwähnten Doppelzählung von Bachelor und Lehramtsprüfung. 2% der dortigen Studienberechtigten 2002 nehmen an entsprechenden Modellstudiengängen der Universitäten Bochum und Bielefeld teil. Die geplante Ablösung der herkömmlichen Abschlüsse durch die gestuften Studiengänge ist somit noch in keinem Bundesland absehbar.

Im Jahrgangsvergleich lässt sich in nahezu allen Bundesländern nach einem Rückgang in den 90er Jahren wieder eine vermehrte Wahl von Lehramtsstudiengängen beobachten. Einzig in Hamburg zeigen die bundesweit vernehmbaren Kampagnen gegen Lehrkräftemangel keine Wirkung (vgl. Tab. 4.2). Lediglich 4% der Studienberechtigten der Hansestadt streben eine Lehramtsprüfung an, zwei Prozentpunkte weniger als Anfang/ Mitte der 90er Jahre. Der Bachelorabschluss erfährt hingegen in jedem Bundesland stärkeren Zuspruch als noch 1999, kurz nach dessen Einführung.

5 Gewählte Studienrichtungen

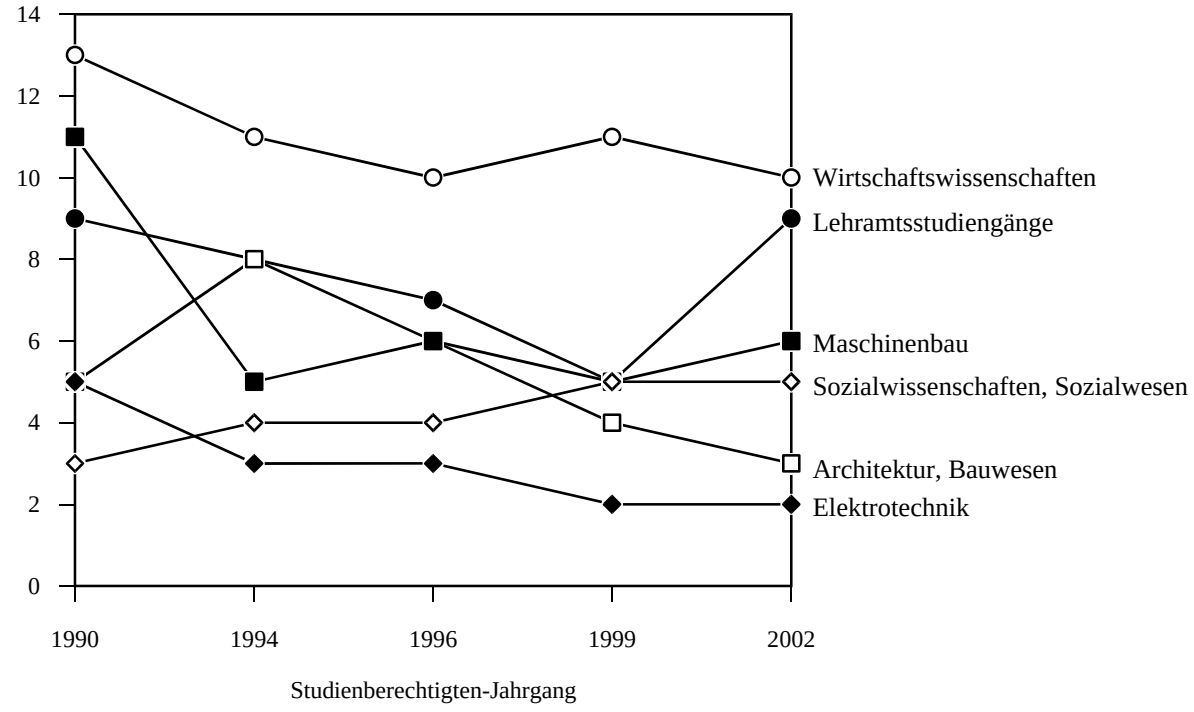
Allgemeine Entwicklung

Die Studienberechtigten 2002 haben sich am häufigsten für ein wirtschaftswissenschaftliches Studienfach (10%) oder einen Lehramtsstudiengang (9%) entschieden (vgl. Tab. 5.1, Abb. 12). Mit größerem Abstand folgen die Studienrichtungen Maschinenbau (6%), Kultur- und Sprachwissenschaften sowie Sozialwissenschaften (jeweils 5%).

Im Vergleich zum Jahrgang 1999 sind keine gravierenden Veränderungen hinsichtlich der Wahlhäufigkeiten zu beobachten. Sie bleiben – mit Ausnahme der Lehramtsstudiengänge und Mathematik/Informatik – durchweg im Bereich von ± einem Prozentpunkt. In der mittelfristigen Betrachtung seit Beginn der 90er Jahre sind jedoch folgende Entwicklungen der Fächerpräferenzen zu konstatieren:

- Bei den Lehramtsstudiengängen zeichnet sich nach einer Halbierung ihrer Anteile auf 5% beim Jahrgang 1999 eine klare Trendumkehr ab.
- Die Mitte der 90er Jahre einsetzende rückläufige Wahl von Architektur/Bauwesen hält – wenn auch abgebremst – parallel zur anhaltend ungünstigen konjunkturellen Situation im Bausektor an. Zuletzt haben sich nur noch 3% aller Studienberechtigten 2002 für diese Studienrichtung entschieden (1994: 8%).
- Die zuvor beobachtbare rückläufige Wahl der ingenieurwissenschaftlichen Kerndisziplinen Elektrotechnik und Maschinenbau ist zwar gestoppt, eine durchgreifende Trendumkehr ist aber anders als bei den Lehramtsstudiengängen trotz äußerst positiver Arbeitsmarktsignale nicht zu erkennen. Diese anhaltend geringe Attraktivität ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge hat vermutlich mehrere Ursachen: So z.B. die steigenden Anteile der insgesamt eher sprach-, kulturwissenschaftlich interessierten Frauen unter den Studienberechtigten und Studienanfän-

Abb. 12: Ausgewählte Richtungen des aufgenommenen bzw. angestrebten Studiums ein halbes Jahr nach Schulabgang (in v.H. aller Studienberechtigten)



HIS-Studienberechtigtenbefragungen

gern sowie die von den Studienberechtigten häufig als „abschreckend“ bewertete Behandlung von Technik und Naturwissenschaften im Schulunterricht. Dieser Thematik wird ein gesonderter Bericht gewidmet werden.

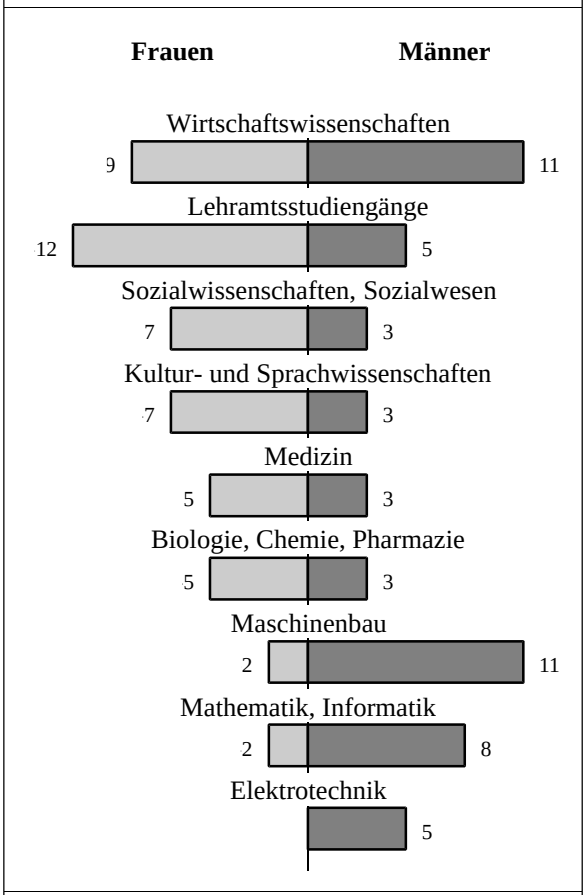
- Der Ende der 90er Jahre parallel zum „Boom“ in der IT-Branche erreichte bislang höchste Anteilswert in Mathematik/Informatik (6%) ist beim Studienberechtigten-Jahrgang 2002 wieder auf 4% zurückgegangen.
- Die Kultur- und Sprachwissenschaften sind im Zeitablauf durch sehr stabile Wahlanteile, die Sozialwissenschaften/Sozialwesen durch einen zwar nur leichten, insgesamt aber unverkennbaren Aufwärtstrend gekennzeichnet.
- Die Rechtswissenschaften werden nach einem kontinuierlichen Rückgang zwischen 1994 und 1999 vom Jahrgang 2002 erstmals wieder häufiger gewählt. Die Wirtschaftswissenschaften weisen hingegen seit 1994 nahezu konstante Wahlanteile auf.

Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklung

Unter den häufig gewählten Studienrichtungen weisen – abgesehen von Wirtschaftswissenschaften – Frauen bekanntermaßen deutlich andere Fächerpräferenzen auf als Männer (vgl. Tab. 5.1, Abb. 13). Die weiblichen Studienberechtigten 2002 wählen signifikant häufiger Lehramtsstudiengänge, Sozialwissenschaften/Sozialwesen sowie Kultur- und Sprachwissenschaften. Die Männer hingegen legen den Schwerpunkt auf die natur- und ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen Maschinenbau, Mathematik/Informatik und Elektrotechnik.

Im Vergleich der zuvor untersuchten Jahrgänge lässt sich sowohl bei den weiblichen als auch den männlichen Studienberechtigten 2002 nach einem kontinuierlichen Rückgang in den 90er Jahren eine wieder verstärkte Wahl von Lehramtsstudiengängen beobachten. Zugleich hat sich der Anteil der Schulabgänger, die sich für die Studienrichtung Architektur/Bauwesen entschieden haben, bei beiden Geschlechtern jeweils mehr als halbiert. Der Ende der 90er Jahre ausschließlich bei den männlichen Studienberechtigten zu beobachtende stark gestiegene Zuspruch zu Mathematik/Informatik hat keinen Fortbestand. 2002 ist dieser Anteil bei den Männern wieder rückläufig. Zudem verharrt die Wahlhäufigkeit von Elektrotechnik auf dem Tiefstand von 1999 (5%). In Maschinenbau hingegen ist nach einem starken Rückgang Anfang der 90er Jahre von 16% auf 9% und leichten Schwankungen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ein Wiederanstieg der Wahlhäufigkeit bei den männlichen Studienberechtigten 2002 zu verzeichnen (11%). Frauen wählen unterdessen zwar zu konstanten, aber nur sehr niedrigen Anteilen natur- und ingenieurwissenschaftliche Studienfächer. Auch der in der zweiten Hälfte der 90er Jahre einsetzende Boom der Informatik hatte auf die Studienwahl

Abb. 13: Richtung des aufgenommenen bzw. angestrebten Studiums nach Geschlecht (in v.H. aller Studienberechtigten 2002)



HIS-Studienberechtigtenbefragungen

der weiblichen Studienberechtigten nur sehr geringe Auswirkungen. Zur Motivation von Frauen für die Aufnahme natur- und ingenieurwissenschaftlicher Studienfächer bedarf es offensichtlich zusätzlich schon sehr früh in der Schulzeit einsetzender Ermutigung und Förderung von technischem Interesse. Die Nachfrage nach frauentypischen Studienrichtungen, wie Kultur- und Sprachwissenschaften, Biologie/Chemie/Pharmazie sowie Sozialwissenschaften/Sozialwesen ist bei den weiblichen Studienberechtigten hingegen seit Mitte bzw. Anfang der 90er Jahre gestiegen.

Nach alten und neuen Ländern differenzierte Entwicklung

Die Studienberechtigten 2002 in Ost- und Westdeutschland zeigen die jeweils gleichen Fächerpräferenzen (vgl. Tab. 5.1). Die Unterschiede bei den einzelnen Studienrichtungen betragen maximal ± einen Prozentpunkt. Eine Ausnahme bilden jedoch die Lehramtsstudiengänge. Während in Westdeutschland 9% aller Studienberechtigten 2002 ein Lehramtsstudium anstreben, sind es in Ostdeutschland nur 6%. 1990 war dieser Anteil in den neuen Ländern mit 12% noch doppelt so hoch. Doch bereits beim Studienberechtigten-Jahrgang 1994 entschieden sich nur noch 2% der Schulabgänger für ein Lehramtsstudium. Die zwischen 1990 und 1994 stark gesunkene Geburtenzahl in Ostdeutschland, die einen zeitversetzten Rückgang der Schülerzahlen und damit auch des Lehrerbedarfs nach sich zieht, dürfte zu dieser Entwicklung beigetragen haben. 2002 wählten nun erstmals wieder deutlich mehr ostdeutsche Studienberechtigte einen Lehramtsstudiengang. In Westdeutschland strebt hingegen nach einem kurzzeitigen Rückgang beim Jahrgang 1999 ein unverändert hoher Anteil der Studienberechtigten von 8% - 9% ein Lehramt an.

Im Verlauf der 90er Jahre haben sich in den alten und neuen Ländern bei einer Reihe von Studienrichtungen parallele Entwicklungen vollzogen. So ist beispielsweise sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland die Aufnahme eines Studiums der Richtung Architektur/Bauwesen seit Mitte der 90er stark rückläufig. Zugleich erfahren die Sozialwissenschaften/Sozialwesen in beiden Teilen Deutschlands wachsenden Zuspruch. Auch der vorübergehende Anstieg der Wahlanteile in Mathematik/Informatik beim Jahrgang 1999 sowie die nach wie vor verhaltene Wahl von Elektrotechnik spiegeln sich in den alten und neuen Ländern wider.

Unterschiedlich ist die Entwicklung der Studienrichtungswahl hingegen in den Kultur- und Sprachwissenschaften verlaufen. Während in Westdeutschland seit 1990 ein stabiler Anteil von 5% zu beobachten ist, hat er sich in Ostdeutschland von 3% 1990 kontinuierlich auf nunmehr 6% erhöht. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich in den Kunst- und Gestaltungswissenschaften. Im Maschinenbau hingegen ist der Wahlanteil zunächst in den alten und neuen Ländern Anfang der 90er Jahre stark gesunken (in Westdeutschland von 10% auf 6%, in Ostdeutschland auf 4%). Seit Mitte der 90er wählen in Westdeutschland unverändert 6% eines Studienberechtigten-Jahrgangs Maschinenbau, in Ostdeutschland ist dieser Wert 2002 erstmals wieder angestiegen und liegt nun ebenfalls bei 6%.

Nach Ländern differenzierte Entwicklung

Die Wirtschaftswissenschaften gehören bei den Studienberechtigten 2002 in allen Bundesländern zu den am häufigsten angestrebten Fachrichtungen, in 13 Ländern sind sie dabei die am meisten gewählte (vgl. Tab. 5.2 - Tab. 5.5). Die länderspezifischen Anteilswerte weichen allerdings teilweise stark voneinander ab. In Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, im Saarland, in Hamburg, Bayern und Thüringen haben sich zwischen 12% und 14% der Studienberechtigten für Wirtschaftswissenschaften entschieden, in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen hingegen nur 8% und in Brandenburg sogar nur 5%. Eine erhebliche Veränderung der Wahlhäufigkeit hat sich in vielen Ländern bei den Lehramtsstudiengängen vollzogen. In Niedersachen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sind sie mittlerweile die am häufigsten gewählte Studienrichtung (vgl. Tab. 5.2, Tab. 5.3). Einzig in Hamburg beabsichtigen mit nur 4% unverändert wenig Schulabgänger ein Lehramtsstudium.

In den verschiedenen Bundesländern sind hinsichtlich der Wahlanteile der einzelnen Studienrichtungen teilweise starke Abweichungen von den bundesweiten Durchschnittswerten zu beobachten: In Schleswig-Holstein, dem Saarland und Bayern haben sich die Studienberechtigten 2002 mit 4% - 5% doppelt so häufig für ein Elektrotechnik-Studium entschieden wie im Durchschnitt. Maschinenbau wird ebenfalls in Bayern (8%) besonders oft gewählt, aber auch in Bremen (9%); in Thüringen, Niedersachsen und Brandenburg hingegen nur selten (4%). In Hamburg, Rheinland-Pfalz, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ist Mathematik/Informatik überdurchschnittlich häufig die Wunschstudienrichtung (6%). In Berlin sind zudem Kunst- und Sprachwissenschaften sehr beliebt (9%), in Rheinland-Pfalz und Hamburg Medizin (6% bzw. 7%). In Brandenburg ist Sozialwissenschaften/Sozialwesen die am meisten gewählte Fachrichtung (8%), während neben Maschinenbau auch Wirtschaftswissenschaften und Lehramtsstudiengänge nur unterdurchschnittlich genannt werden. In Sachsen-Anhalt wird Physik/Geowissenschaften zu einem mehr als doppelt so hohen Anteil angestrebt wie im Bundesdurchschnitt (5%).

Im Jahrgangsvergleich sind folgende Entwicklungen und Trends festzuhalten (vgl. Tab. 5.2 - Tab. 5.5):

- Die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zurückgegangene Aufnahme eines Studiums der Richtung Architektur/Bauwesen lässt sich in allen Bundesländern mehr oder minder ausgeprägt beobachten.
- Lehramtsstudiengänge werden mit Ausnahme Hamburgs nach einem Tiefstand Mitte/Ende der 90er Jahre in allen Bundesländern wieder häufiger angestrebt.
- In Maschinenbau zeichnen sich hingegen unterschiedliche Entwicklungen ab. In Hamburg, Bremen, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt steigt nach einem kontinuierlichen Rückgang in den 90er Jahren beim Jahrgang 2002 der Anteil der Studienberechtigten, die sich für ein Studium der Richtung Maschinenbau entschieden haben, erstmals an. In Schleswig-Holstein setzt sich unterdessen der Aufwärtstrend von 1999 weiter fort. Einzig in Niedersachsen wählten die Studienberechtigten 2002 deutlich seltener als die zuvor befragten Schulabgänger 1999 die Studienrichtung Maschinenbau.
- Auch Elektrotechnik wird in Niedersachsen und zudem in Bremen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg immer weniger angestrebt. In Bayern und dem Saarland ist hingegen 2002 der Anteil der Studienberechtigten, die sich für Elektrotechnik entschieden haben, im Vergleich zu 1999 signifikant gestiegen.
- In allen Bundesländern - mit Ausnahme Schleswig-Holsteins - war beim Jahrgang 1999 eine deutliche Zunahme der Schulabgänger zu verzeichnen, die Mathematik/Informatik wählten. Doch nur in drei Ländern hatte dieser vermehrte Zuspruch Bestand (Hessen, Berlin und Nordrhein-Westfalen). In den übrigen Bundesländern ist 2002 ein teilweise starker Rückgang dieses Anteils zu beobachten (Saarland: 8% vs. 4%, Sachsen-Anhalt: 7% vs. 3%, Thüringen: 7% vs. 4%).
- Erhebliche Veränderungen sind vereinzelt auch in den Sozialwissenschaften/Sozialwesen zu konstatieren. In Niedersachsen, Hamburg und Brandenburg wählten die Studienberechtigten 2002 deutlich öfter als diejenigen der zweiten Hälfte der 90er Jahre eine sozialwissenschaftliche Studienrichtung. In Bremen hingegen ist 2002 nach einem kontinuierlichen Anstieg erstmals seit Anfang der 90er Jahre wieder ein Rückgang zu verzeichnen.
- Die Wahl wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge ist in der Mehrzahl der Bundesländer Schwankungen unterlegen. In Bremen und Brandenburg lässt sich jedoch eine deutliche Abkehr von den Wirtschaftswissenschaften beobachten. In Schleswig-Holstein setzt sich unterdessen der 1999 begonnene steigende Trend weiter fort.
- Die Studienrichtung Biologie/Chemie/Pharmazie streben in Hessen, dem Saarland, in

Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen im Vergleich zu Mitte/Ende der 90er Jahre wieder mehr Studienberechtigte an.

- In Hamburg und Rheinland-Pfalz ist der Anteil der Schulabgänger, die Medizin studieren (werden), 2002 erstmals stark gestiegen.

Berufsausbildung

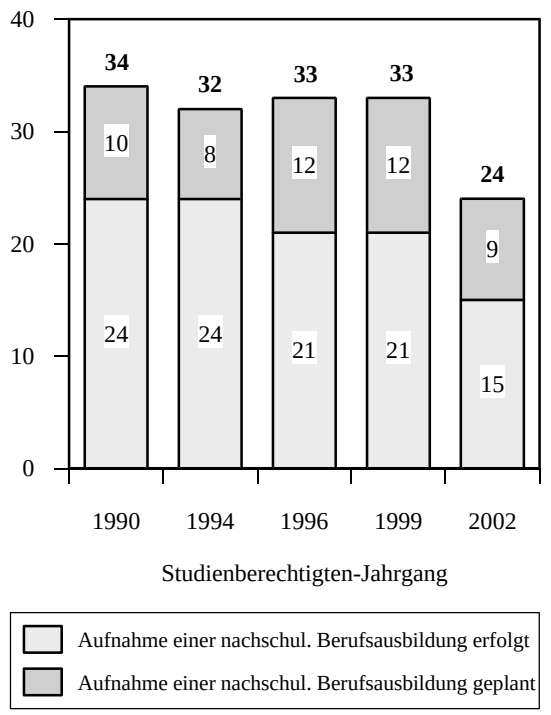
6 Berufsausbildungsquote

Allgemeine Entwicklung

Die Brutto-Berufsausbildungsquote dient - analog zur Brutto-Studierquote - als Indikator für den Gesamtumfang der Aufnahme einer beruflichen Ausbildung der Studienberechtigten eines Schulentlassjahrgangs, also auch unabhängig davon, ob im Anschluss an die Berufsausbildung noch ein Hochschulstudium beabsichtigt ist. Wie bei der Studierquote, wird auch hier unterschieden zwischen den beiden Gruppen derjenigen, die zum Befragungszeitpunkt die berufliche Ausbildung bereits aufgenommen haben, und denen, die ihre Entscheidung erst zu einem späteren Zeitpunkt realisieren wollen. Von allen Studienberechtigten 2002 hat sich insgesamt knapp ein Viertel (24%) entschieden, nach Erwerb der Hochschulreife eine Ausbildung in Betrieben, in Behörden oder an Berufsfachschulen zu absolvieren; darunter sind 4%, die danach noch ein Studium anschließen wollen. Ein halbes Jahr nach Schulabgang hatten 15% aller Studienberechtigten ihre Ausbildung bereits aufgenommen, ein weiteres knappes Zehntel (9%) wollte diesen Schritt demnächst tun (vgl. Tab. 6.1 und Abb. 14).

Mit den genannten 24% liegt die Berufsausbildungsquote des Studienberechtigtenjahrgangs 2002 erheblich unter dem weitgehend konstanten Anteilswert von etwa einem Drittel (32% - 34%) bei den zuvor befragten Jahrgängen. „Unterhalb“ der Stabilität in den 90er Jahren vollzog sich zwischen 1990 und 1999 aber ein Strukturwandel der beiden in der Berufsausbildungsquote zusammengefassten Arten beruflicher Qualifizierung: Während der Anteil der Studienberechtigten, die im Anschluss an ihre Berufsausbildung noch die Aufnahme eines Hochschulstudiums planten, bis 1999 kontinuierlich von 12% (also von nahezu einem Drittel der Studienberechtigten mit Entscheidung für eine Berufsausbildung) auf 6% (also auf nahezu ein Sechstel von ihnen) zurückging, stieg der Anteil derjenigen, die sich ausschließlich

Abb. 14: Brutto-Berufsausbildungsquote ein halbes Jahr nach Schulabgang (in v.H. aller Studienberechtigten)



HIS-Studienberechtigten-Befragungen

für eine Berufsausbildung als nachschulische Qualifizierung entschieden haben, in diesem Zeitraum von einem Fünftel (21%) auf gut ein Viertel (27%) an. Während diese beiden Entwicklungstrends bei den Jahrgängen bis 1999 *gegenläufig* verliefen und sich zu der genannten weitgehenden Konstanz saldierten, wirken sie beim Jahrgang 2002 in die gleiche Richtung: Hier gehen erstmals die Anteile sowohl der Gruppe mit dem Qualifizierungsziel „ausschließliche Berufsausbildung“ als auch der Gruppe der Doppelqualifizierer anteilig zurück.

Im Beobachtungszeitraum sinkt der Anteil der Studienberechtigten, die zum Befragungszeitpunkt, also ein halbes Jahr nach Schulabgang, ihre Berufsausbildung bereits begonnen haben, stufenförmig von 24% über 21% auf zuletzt 15% ab. Bis zum Jahrgang 1999 ist der Rückgang der frühen Aufnahme einer Berufsausbildung bedingt durch den rückläufigen Trend in der Wahl einer Doppelqualifizierung, danach stärker bei den Studienberechtigten mit ausschließlicher Berufsausbildung.

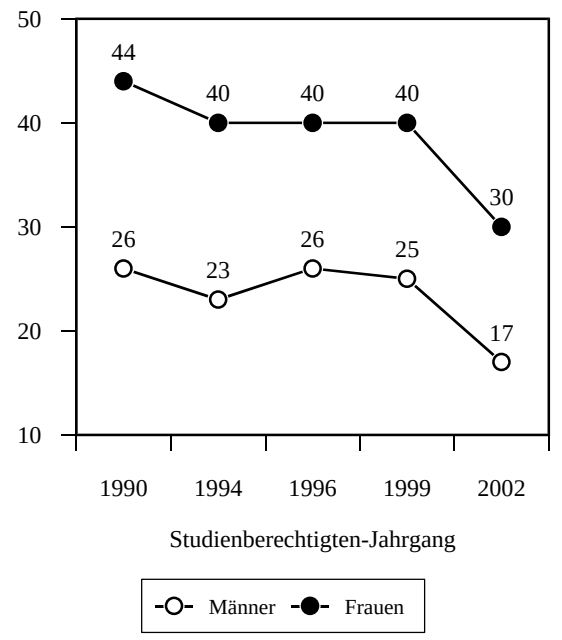
Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklung

Frauen entscheiden sich im gesamten Untersuchungszeitraum erheblich häufiger als Männer für eine nachschulische Berufsausbildung. Von den Studienberechtigten 2002 wollen 30% der Frauen, aber nur etwa halb so viele der Männer (17%) eine solche Ausbildung absolvieren. Während der ganz überwiegende Teil der Frauen mit Entscheidung für eine Berufsausbildung ein halbes Jahr nach Abgang von der Schule diese Ausbildung bereits angetreten hat (24%), ist es bei den Männern genau umgekehrt (5%). Diese geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Anteile mit frühem Beginn der Berufsausbildung erklären sich, ähnlich wie bei der Studienaufnahme, in erster Linie durch die vorgängige Ableistung des Wehr- und Zivildienstes bei einem erheblichen Teil der männlichen Studienberechtigten.

Im Jahrgangsvergleich ist die o.g. allgemeine Entwicklung - weitgehende Konstanz der Berufsausbildungsquote bis zum Jahrgang 1999, danach erheblicher Rückgang - sowohl bei Männern als auch bei Frauen zu beobachten: Bei Männern bewegte sich die Berufsausbildungsquote mit geringfügigen Schwankungen um die 25%-Marke und ging zuletzt auf 17% zurück; von den studienberechtigten Frauen entschieden sich langjährig etwa vier Zehntel, zuletzt aber nur noch drei Zehntel für eine Berufsausbildung (vgl. auch Abb. 15). Ebenso wie bei den Studienberechtigten insgesamt wird der jüngste Rückgang der Berufsausbildungsquote bei beiden Geschlechtern durch die nun gleichzeitige Rückläufigkeit von „Doppelqualifizierungen“ und „ausschließlichen Berufsausbildungen“ verursacht, wobei letzterer Weg aber deutlich stärker an Bedeutung verliert.

Das sukzessive Abschmelzen der Doppelqualifizierer auf eine Restgröße ist mit der Herausbildung eines vergleichsweise stabilen Anteils von Studienberechtigten mit ausschließlicher nicht-akademischer Berufsausbildung verbunden: Er beträgt bei den Männern zwischen 14% und 20% und bei den Frauen bis 1999 zwischen 28% und 33%. Es bleibt abzuwarten,

Abb. 15: Brutto-Berufsausbildungsquote ein halbes Jahr nach Schulabgang nach Geschlecht (in v.H. aller Studienberechtigten)



HIS-Studienberechtigten-Befragungen

ob sich mit dem Rückgang auf 24% bei den weiblichen Studienberechtigten 2002 ein neues, niedrigeres Niveau abzeichnet.

Nach alten und neuen Ländern differenzierte Entwicklung

Studienberechtigte aus den neuen Ländern entscheiden sich (mit Ausnahme des Jahrgangs 1990) durchgängig deutlich häufiger als die aus den alten Ländern, nach Erwerb der Hochschulreife eine Berufsausbildung aufzunehmen. Beim zuletzt befragten Jahrgang 2002 belaufen sich die entsprechenden Quoten auf 30% für die neuen und 23% für die alten Länder (vgl. Tab. 6.1). Wie schon bei den zuvor untersuchten Jahrgängen, macht sich dieser Unterschied ausschließlich hinsichtlich der frühen Aufnahme einer Berufsausbildung bemerkbar, während sich die Anteile für „Berufsausbildung für die Folgezeit geplant“ nicht oder nur geringfügig unterscheiden.

Im Jahrgangsvergleich zeigt sich für die alten Länder folgende Entwicklung: Rückgang zwischen den Jahrgängen 1990 und 1994 (von 35%

auf 30%), danach bis 1999 faktische Stabilität (zwischen 30% und 32%) mit einem folgenden erheblichen Absinken der Berufsausbildungsquote beim Jahrgang 2002 auf 23%. Auf deutlich höherem Niveau ist eine ähnliche Entwicklung auch für die neuen Länder zu beobachten: Stabilisierung zwischen 1994 und 1999 bei 39% und anschließender Rückgang auf 30%. Eine Ausnahme bildet im Zeitablauf nur die massive Steigerung der Berufsausbildungsquote zwischen den Jahrgängen 1990 und 1994 von 28% auf 39%. Hier ist zu bedenken, dass es sich bei dem Studienberechtigten 1990 aus den neuen Ländern um einen „untypischen" Jahrgang handelt. Ihre (ursprüngliche) Ausbildungsentscheidung war noch ganz überwiegend (wie in der DDR üblich) auf die Aufnahme eines (Universitäts)Studiums ausgerichtet. Hinzu kommt, dass ein Drittel von ihnen bereits bei Schulabgang über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügte[8] (in den alten Ländern war es nur ein Fünftel), so dass eine nachschulische Berufsausbildung für sie entsprechend seltener in Frage kam [9].

Der Umfang des Gesamt-Rückgangs des Anteils der Doppelqualifizierer ist dagegen im Zeitablauf im westlichen (von 12% auf 4%) wie auch im östlichen (von 11% auf 4%) Herkunftsgebiet gleich groß. Der Anteil der Studienberechtigten mit ausschließlicher beruflicher Ausbildung als nachschulischer Qualifizierung umfasst aber in den alten Ländern zwischen einem Fünftel und einem Viertel (zwischen 19% und 25%), in den neuen Ländern dagegen (mit Ausnahme des Jahrgangs 1990) zwischen einem Viertel und einem Drittel aller Studienberechtigten. Auch der parallel zur Entwicklung des Doppelqualifziereranteils stattfindende Rückgang des Anteilswerts der Studienberechtigten mit frühem Beginn der Berufsausbildung ist in beiden Regionen in etwa gleichem Ausmaß, wenn auch entsprechend der verschieden hohen Berufsausbildungsquoten auf unterschiedlichen Niveaus, zu beobachten.

Nach Ländern differenzierte Entwicklung

Tabelle 6.2 enthält die nach dem Land des Erwerbs der Hochschulreife unterschiedenen Brutto-Berufsausbildungsquoten mit ihren beiden Bestandteilen „Aufnahme der Berufsausbildung bereits erfolgt" und „Aufnahme für die Folgezeit geplant". In der vergleichenden Betrachtung sind folgende wesentliche Befunde festzuhalten:

Rangfolge der länderspezifischen Brutto-Berufsausbildungsquoten (vgl. auch Abb. 16)

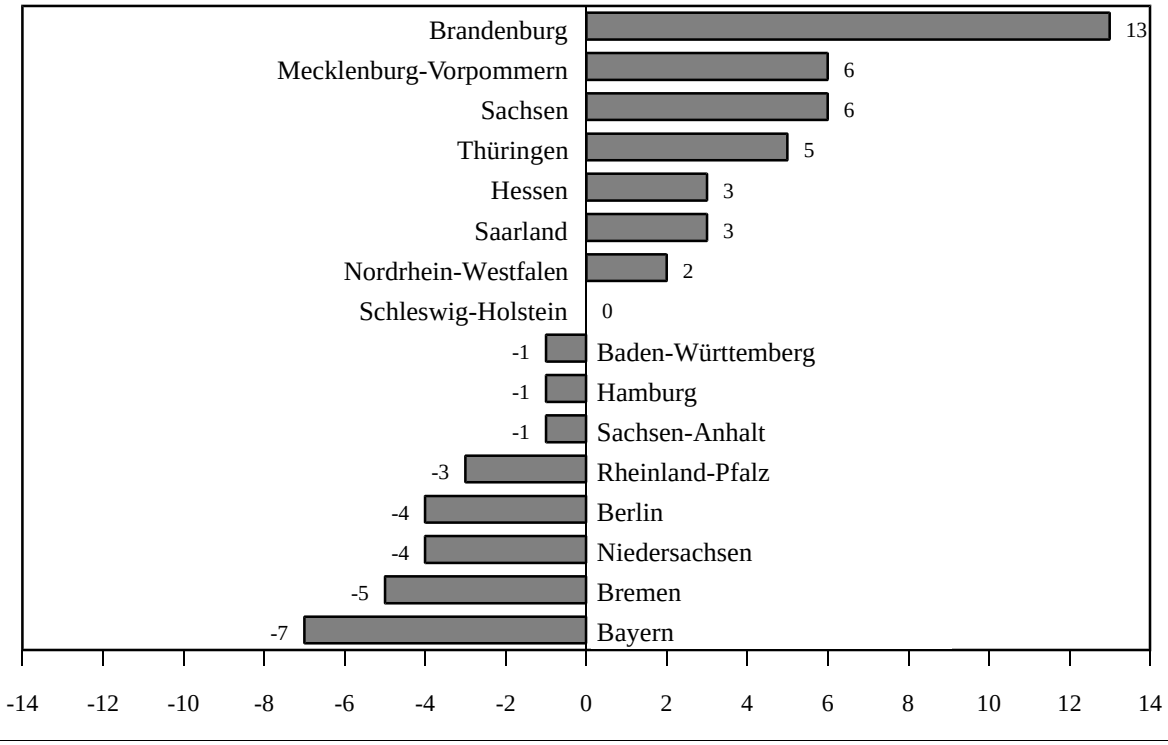
Die landesspezifischen Brutto-Berufsausbildungsquoten der Studienberechtigten 2002 liegen zwischen einem Maximalwert von 37% und einem Minimalwert von 17%. Ordnet man die länderspezifischen Berufsausbildungsquoten nach ihrer Höhe, stehen die Studienberechtigten aus Brandenburg mit einem Wert von 37% und einer Abweichung von +13 Prozentpunkten vom Bundesmittel mit Abstand an der Spitze der Rangskala. Es folgen die drei neuen Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen (mit einer Berufsausbildungsquote von jeweils 30% und einer Abweichung vom Durchschnittswert von plus 6 Prozentpunkten) und Thüringen (29%, plus 5 Prozentpunkte). Am unteren Ende der Rangfolge liegen Berlin und Niedersachsen (jeweils 20%), Bremen (19%) und Bayern mit einer Quote von 17% und der maximalen Abweichung vom Bundesmittel von -7 Prozentpunkten.

Ähnlich wie bei den länderspezifischen Studierquoten lassen sich auch die Unterschiede hinsichtlich der Berufsausbildungsquote ohne genaue Kenntnis der jeweiligen landesspezifischen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen nicht hinreichend erklären. Zu verweisen ist aber nochmals darauf, dass in der hier verwendeten Definition von Berufsausbildung auch

[8] Die Berufsausbildung wurde ganz überwiegend parallel zur Hochschulreife abgeschlossen (Absolventen des schulischen Ausbildungsweges „Berufsausbildung mit Abitur"). Bei den Studienberechtigten aus den alten und mittlerweile auch bei denen aus den neuen Ländern, die bereits bei Verlassen der Schule eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können, ist es dagegen typisch, dass diese vor dem Besuch der zur (Fach-)Hochschulreife führenden Schule absolviert wird.

[9] Insofern ist die Quote von 28% für diesen Jahrgang sogar als erstaunlich hoch zu bezeichnen. Sie ist Ergebnis einer sich nach Verlassen der Schule – also unter den „neuen" Bedingungen – vollziehenden Umorientierung. Zum Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulreife wollten von den Studienberechtigten 1990 aus den neuen Ländern lediglich 4% eine berufliche Ausbildung absolvieren.

Abb. 16: Brutto-Berufsausbildungsquote der Studienberechtigten 2002 nach dem Land, in dem die Hochschulreife erworben wurde: Abweichungen in Prozentpunkten vom Durchschnittswert (24%)



HIS-Studienberechtigtenbefragungen

die Ausbildungen an Verwaltungsfachschulen und Berufsakademien enthalten sind. Die hohen Berufsausbildungsquoten in den an der Spitze der Rangskala stehenden Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen sind zusätzlich zu den vergleichsweise hohen Werten in den übrigen Berufsausbildungsarten (siehe Kap. 7) auch auf die überdurchschnittlich hohen Wahlanteile dieser beiden studienähnlichen Qualifizierungen zurückzuführen.

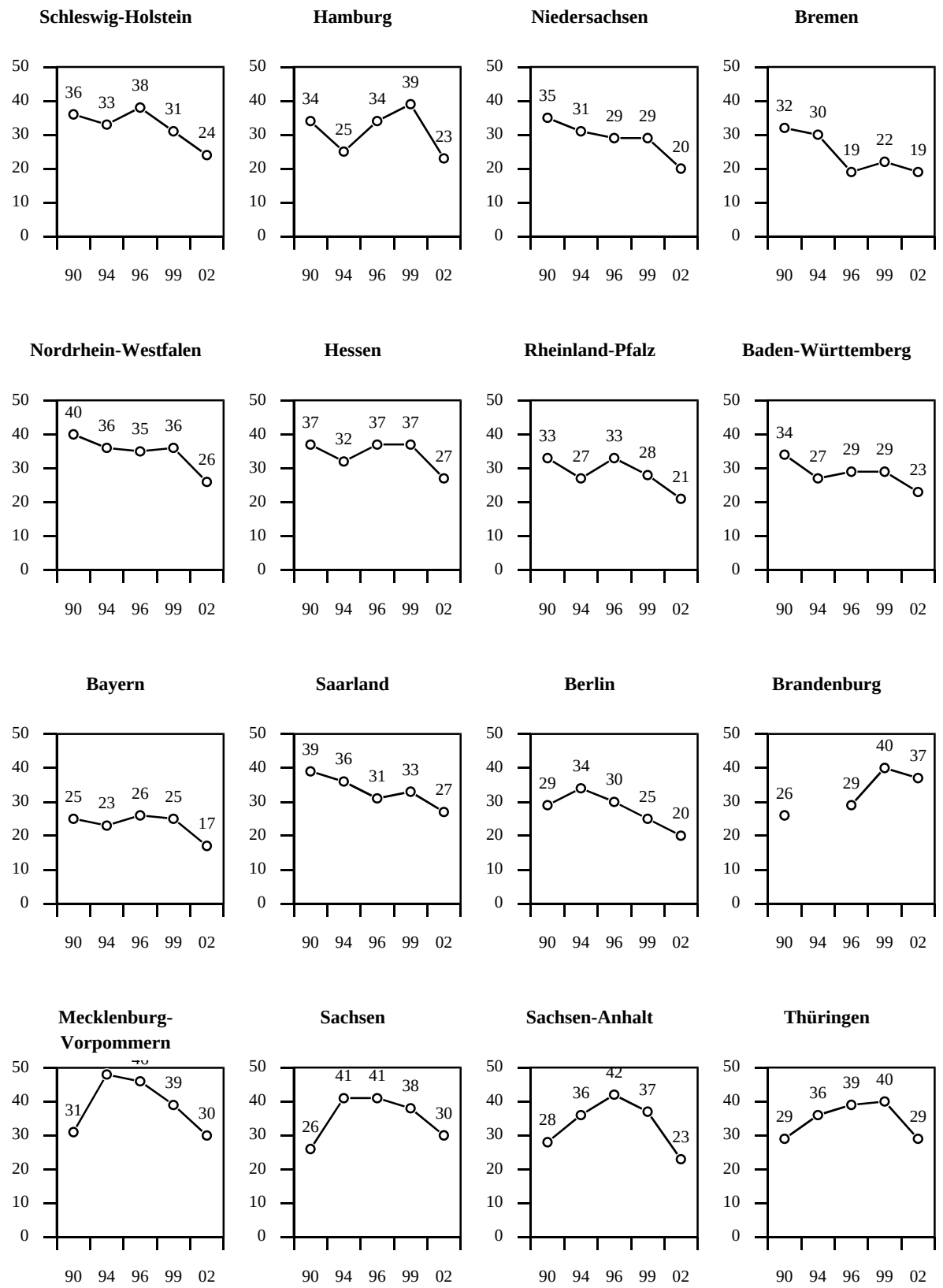
Entwicklungsverläufe der länderspezifischen Brutto-Berufsausbildungsquoten (vgl. Abb. 17)

Mit Ausnahme des Landes Brandenburg, über das wegen des Ausfalls beim Jahrgang 1994 keine entsprechende Aussage gemacht werden kann, liegt in der Betrachtung über den ganzen Zeitraum 1990 bis 2002[10] hinweg die Brutto-Berufsausbildungsquote 2002 in allen Ländern zum Teil erheblich unterhalb des Niveaus von 1990 (bzw. 1994). Per saldo ging die Ausbildungsquote am stärksten in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Sachsen-Anhalt zurück. Primär ist dies auf den in allen Ländern rückläufigen Anteil der Doppelqualifizierungen zurückzuführen. In keinem Land außer Bayern und Sachsen mit ihren durchgängig geringen Anteilen von Doppelqualifizierungen wird beim Jahrgang 2002 auch nur annähernd das Niveau der Doppelqualifizierer vom Beginn der 90er Jahre erreicht.

Von diesen Gemeinsamkeiten abgesehen, ist das „Verlaufsmuster“ der länderspezifischen Berufsausbildungsquoten aber unterschiedlich (vgl. auch Abb. 17). Dem o.g. Verlauf für die alten Länder insgesamt - Rückgang zwischen den Jahrgängen 1990 und 1994, bis 1999 faktische Stabilität mit anschließendem erheblichem Absinken beim Jahrgang 2002 - entsprechen genau nur Nordrhein-Westfalen und näherungsweise Niedersachsen, Baden-Württem-

[10] Neue Länder aus den o.g. Gründen erst ab 1994.

Abb. 17: Brutto-Berufsausbildungsquote der Studienberechtigten nach Land des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H.)



HIS-Studienberechtigtenbefragungen

berg und Bayern. In allen anderen alten Ländern hatte die Berufsausbildungsquote einen anderen, z.T. sehr unregelmäßigen Verlauf. Dies gilt besonders für Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Berlin. In den neuen Ländern entspricht nur Sachsen dem allgemeinen Verlaufsmuster für die neuen Länder: erheblicher Anstieg zwischen den Jahrgängen 1990 und 1994, Konstanz der Berufsausbildungsquote bis 1999 mit anschließendem massivem Rückgang beim Jahrgang 2002. In Mecklenburg-Vorpommern ist die Quotenentwicklung dagegen nach 1994 kontinuierlich rückläufig, während sie mit deutlichen Anstiegen in Sachsen-Anhalt zwischen 1994 und 1996 sowie in Brandenburg und Thüringen zwischen 1990 und 1999 einen anderen Verlauf zeigt.

7 Art der Berufsausbildung

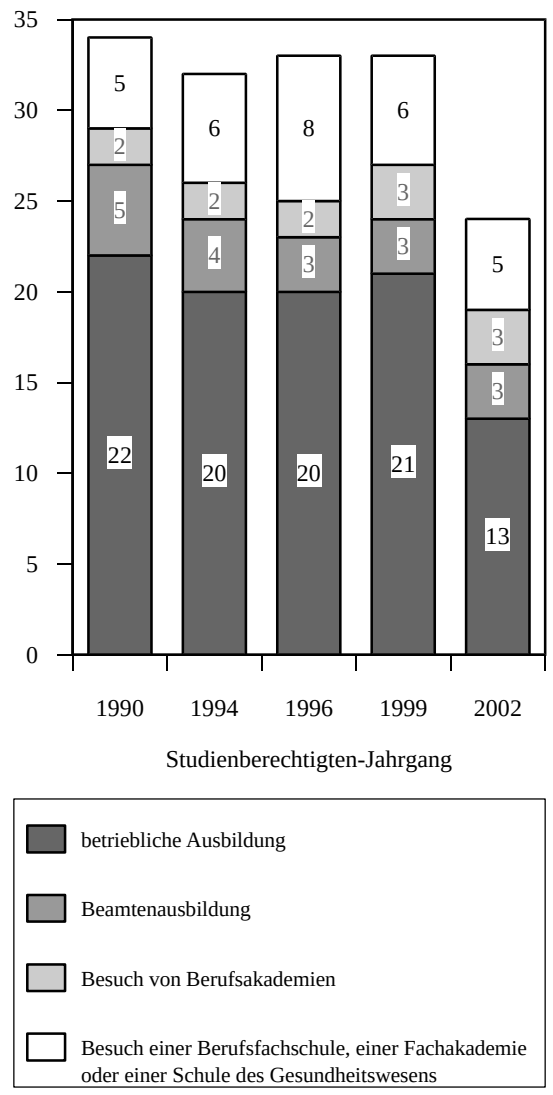
Allgemeine Entwicklung

Wie einleitend zu diesem Bericht ausgeführt, wird zwischen folgenden Arten der beruflichen Ausbildung unterschieden: betriebliche Ausbildungen im dualen System, Ausbildung zum Beamten im gehobenen Dienst bzw. an Verwaltungsfachhochschulen, Ausbildungen an Berufsakademien sowie schulische Ausbildungen (Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien).

Von allen Studienberechtigten 2002 streben 13% den Abschluss einer betrieblichen Ausbildung im dualen System an. Nach wie vor stellt damit diese herkömmlich als Lehre bezeichnete Ausbildung den überwiegenden Anteil unter den verschiedenen Formen der von Studienberechtigten gewählten nachschulischen Berufsausbildungen. Allerdings lag ihr Anteil bei den zuvor untersuchten Jahrgängen durchgängig bei etwa einem Fünftel der Studienberechtigten (vgl. Tab. 7.1, Abb. 18). Da die Wahlanteile der anderen Arten der beruflichen Ausbildung im Vergleich der beiden zuletzt untersuchten Jahrgänge faktisch konstant bleiben, kommt der in Kap. 6 beschriebene deutliche Rückgang der Brutto-Berufsausbildungsquote seit dem Jahrgang 1999 also fast ausschließlich durch die rückläufige Entscheidung für eine betriebliche Ausbildung zustande.

Die Stabilität der Wahlhäufigkeit der betrieblichen Ausbildungen zwischen 1990 und 1999 gilt auch für die ausgewiesenen Hauptrichtungen der Ausbildungsberufe. Die jährlichen Veränderungsmargen betragen durchweg maximal ± 1 Prozentpunkt, wobei allerdings schon für diesen Zeitraum rückläufige Tendenzen der Bank- und Versicherungsberufe und der fertigungs- und technischen Berufe unverkennbar sind. Aber erst zwischen den beiden Jahrgängen 1999 und 2002 gehen die Anteilswerte in allen Berufsrichtungen gleichermaßen zurück. Anders als bei den Veränderungen der zuvor untersuchten Jahrgänge, bei denen wahrscheinlich auch sich wandelnde berufliche Präferenzen eine Rolle gespielt haben, ist dieser umfassende Rückgang zum einen Ausdruck der verbesserten Perspektiven für Hochschulabsolventen, zum anderen aber auch des generell knapper werdenden Angebots an betrieblichen Ausbildungsplätzen, von dem nun auch studienberechtigte Schulabgänger bzw. die von ihnen herkömmlich bevorzugten „gehobenen“ Dienstleistungsberufe (Bank-, Versicherungs-, Organisations- und Büroberufe) verstärkt betroffen sind.

Abb. 18: Art der aufgenommenen bzw. angestrebten Berufsausbildung ein halbes Jahr nach Schulabgang (in v.H. aller Studienberechtigten)



HIS-Studienberechtigten-Befragungen

3% aller Studienberechtigten 2002 haben sich für den Vorbereitungsdienst für den gehobenen nichttechnischen Dienst der öffentlichen Verwaltung entschieden[11]. Diese auch kurz als Beamtenausbildung bezeichnete Ausbildung erfolgt im Wechsel von Studienphasen an verwaltungsinternen Fachhochschulen und berufspraktischen Phasen in den Ausbildungsbehörden von Bund, Ländern und Kommunen. Der Zugang zu diesen Ausbildungen ist nicht frei wählbar, sondern setzt i.d.R. das Bestehen eines Beamtenverhältnisses auf Widerruf voraus. Wie Tabelle 7.1 ausweist, liegt der Anteil der Studienberechtigten mit Beamtenausbildung seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre konstant bei 3%, bei den zuvor untersuchten Jahrgängen dagegen etwas höher bei 4 bzw. 5%. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese rückläufige Tendenz bzw. die Stabilität der Wahlanteile eher mit den (restriktiveren) Personalplanungen der öffentlichen Verwaltungen als mit rückläufigem Interesse der Studienberechtigten zusammenhängt.

Eine analoge Überlegung dürfte auch für die im Jahrgangsvergleich in der Wahlhäufigkeit kaum veränderte, bei Studienberechtigten aber begehrte Ausbildung an Berufsakademien gelten. Zugangsvoraussetzung zu einer Berufsakademie ist der Abschluss eines Ausbildungsvertrages mit einem an der Berufsakademie beteiligten Unternehmen, d.h. der Zugang unterliegt der Bedarfsplanung der Betriebe. Wie beim zuvor untersuchten Jahrgang, streben 3% aller studienberechtigten Schulabgänger 2002 einen Abschluss in dieser Art von dualer Ausbildung an, die im Wechsel als Studierender an der Berufsakademie und als Auszubildender im Unternehmen stattfindet. Insofern signalisiert der geringfügig gestiegene Anteil seit Beginn der 90er Jahre auch ein gestiegenes Interesse der Wirtschaft an Arbeitskräften mit dieser besonderen Art von Ausbildung. Bemerkenswert ist dabei die unterschiedliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland. Während in den alten Ländern der Anteil der Studienberechtigten, die eine Ausbildung an Berufsakademien absolvieren, relativ konstant geblieben ist (bis 1996 2%, danach 3%), hat er sich in den neuen Ländern kontinuierlich von 1% auf zuletzt 5% erhöht.

Insgesamt 5% der Studienberechtigten 2002 haben sich für eine Ausbildung an einer Berufsfachschule (einschließlich der Schulen des Gesundheitswesens und der Fachakademien) entschieden. Damit geht der Wahlanteil dieser beruflichen Ausbildungen nach dem Anstieg von 5% auf 8% zwischen 1990 und 1996 wieder auf den Wert der ersten Hälfte der 90er Jahre zurück.

Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklung

Die bei weiblichen Studienberechtigten im Vergleich zu ihren männlichen Jahrgangskollegen auch beim Jahrgang 2002 deutlich höhere Brutto-Berufsausbildungsquote kommt hauptsächlich durch die erheblich höhere Wahlhäufigkeit von betrieblichen Ausbildungen, aber auch von Ausbildungen an Berufsfachschulen und Schulen des Gesundheitswesens zustande. Beim Studienberechtigtenjahrgang 2002 haben sich 16% der Frauen (Männer: 9%) für eine betriebliche und 8% von ihnen (Männer: 2%) für eine berufsfachschulische Ausbildung entschieden. Deutlich geringer sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede dagegen bei den beiden anderen Ausbildungsarten Beamtenausbildung (Frauen: 2%, Männer: 3%) und Berufsakademien (Männer: 4%, Frauen: 2%).

Bis zum Jahrgang 1999 sind die relativen Wahlhäufigkeiten der verschiedenen Formen der Berufsausbildung bei den männlichen Studienberechtigten entweder weitgehend konstant (betriebliche Ausbildungen, Beamtenausbildung, Berufsfachschule) oder zeigen einen leichten Aufwärtstrend (Berufsakademien). Der nach 1999 beobachtbare deutliche Rückgang der Berufsausbildungsquote geht dagegen fast ausschließlich zulasten der betrieblichen Ausbildungen, während die anderen Ausbildungsarten sich entweder gar nicht (Berufsakademien, Berufsfachschule) oder nur minimal (Beamtenausbildung) verändern. Wie bei der

[11] Unter ihnen ist ein sehr kleiner Anteil von Studienberechtigten mit einer Ausbildung für den mittleren Dienst.

Entwicklung für alle Studienberechtigten sind auch bei den männlichen Studienberechtigten vom Rückgang der betrieblichen Ausbildung alle einzelnen Berufsrichtungen betroffen. Allerdings deutete sich auch schon in den zuvor untersuchten Jahrgängen eine rückläufige Entscheidung für Bank- und Versicherungsberufe an. Auch bei den Beamtenausbildungen kann man, über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg gesehen, von einem leichten Abwärtstrend sprechen.

Etwas anders verläuft die Entwicklung bei den studienberechtigten Frauen. Während die Anteilswerte für die Berufsakademien im Jahrgangsvergleich konstant bleiben und die der Beamtenausbildungen sich auf dem 1996 erreichten niedrigeren Niveau von 3% stabilisieren, geht die Wahlhäufigkeit für betriebliche Ausbildungen zwischen den Jahrgängen 1990 und 1996 recht deutlich zurück (von 28% auf 22%), steigt beim Jahrgang 1999 wieder auf ein Viertel (25%) an und sinkt danach um 9 Prozentpunkte auf den bislang niedrigsten Wert von 18%. Von dieser Entwicklung sind alle Berufsrichtungen betroffen; am stärksten jedoch die Organisations- und Büroberufe und die Gruppe der übrigen Berufe. Für die Bank- und Versicherungsberufe und die Fertigungs- und technischen Berufe setzen sich allerdings die schon vorher erkennbaren Abwärtstendenzen fort.

Auch bei den weiblichen Studienberechtigten kommt also der drastische Rückgang der Berufsausbildungsquote zwischen 1999 und 2002 um insgesamt 10 Prozentpunkte ganz überwiegend durch die geringere Entscheidung für eine Ausbildung im dualen System zustande. Allerdings verlieren nach vorhergehendem deutlichen Anstieg auch die berufsfachschulischen Ausbildungen bei den jungen Frauen seit Mitte der 90er Jahre weiter an Attraktivität: Lag ihr Anteil beim Jahrgang 1996 noch bei 13%, so sind es nach 10% für den Jahrgang 1999 zuletzt noch 8%.

Die zwischen den Jahrgängen 1990 und 1999 gegenläufigen Entwicklungen der Anteilswerte für betriebliche und berufsfachschulische Ausbildungen legen die Vermutung nahe, dass diese beiden Arten der Berufsausbildung für studienberechtigte Frauen - im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen - gleichwertige Alternativen der beruflichen Qualifizierung darstellen.

Nach alten und neuen Ländern differenzierte Entwicklung

Beim Vergleich zwischen den Studienberechtigten 2002 nach ihrer Herkunftsregion zeigt sich, dass die höhere Brutto-Berufsausbildungsquote in den neuen Ländern dadurch zustande kommt, dass sich die Studienberechtigten aus dem östlichen Bundesgebiet sowohl für den Besuch von Berufsakademien (neue Länder: 5%, alte Länder: 3%) und Berufsfachschulen (7% vs. 5%) als auch für betriebliche Ausbildungen (15% vs. 13%) häufiger als die aus den alten Ländern entschieden haben. Bemerkenswert ist, dass sich die jeweiligen Anteile der verschiedenen Berufsrichtungen der dualen Ausbildung faktisch nicht voneinander unterscheiden.

Die Entwicklung und Veränderung in der Wahl der verschiedenen Berufsausbildungsarten ist in den alten bzw. neuen Ländern überwiegend durch konvergierende Trends gekennzeichnet (wobei sich auch hier aus o.g. Gründen der Vergleichbarkeit die Gegenüberstellung auf die Jahrgänge seit 1994 beschränken muss):

In beiden Herkunftsregionen sind bis zum Jahrgang 1994 faktisch stabile, danach im Umfang von jeweils -8 Prozentpunkten sinkende Anteile für betriebliche Ausbildungen zu beobachten. Die aktuellen Rückgänge betreffen in den alten wie den neuen Ländern alle Berufsrichtungen. Während der trendmäßige Rückgang der Bank- und Versicherungsberufe ab Mitte der 90er Jahre etwas stärker in den alten Ländern ausgeprägt ist, gilt dies für die neuen Länder bezüglich der Fertigungs- und technischen Berufe.

In den alten Ländern liegt die unter starkem administrativem Einfluss stehende Entscheidung für eine Beamtenausbildung fast durchgängig stabil bei 3%. Auch in den neuen Län-

dern liegt dieser Anteil nach kontinuierlichem Rückgang seit Mitte der 90er Jahre (1994: 6%) jetzt bei 3%. Es ist zu vermuten, dass diese Entwicklung in Zusammenhang steht mit dem sinkenden Personalbedarf nach Auslaufen der Phase des Neuaufbaus des öffentlichen Dienstes in den neuen Ländern.

In beiden Teilen Deutschlands steigt die Entscheidung für den Besuch von Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und von Fachakademien bis zum Jahrgang 1996 an, verliert danach aber an Attraktivität. Diese Entwicklung verläuft in den neuen Ländern jedoch auf einem etwas höheren Niveau. Dies hängt vermutlich auch mit dem in den neuen Ländern knapperen Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen zusammen.

Nur die Entwicklung der unter dem Vorbehalt der unternehmerischen Personalplanung stehenden Entscheidungen für Ausbildungen an Berufsakademien verläuft in den beiden Herkunftsregionen deutlich unterschiedlich. Während in den alten Ländern der Anteil bis zum Jahrgang 1996 konstant bei 2%, danach stabil bei 3% liegt, ist in den neuen Ländern seit Mitte der 90er Jahre ein Anstieg von 2% auf zuletzt 5% zu beobachten. Dies resultiert einerseits aus dem Aufbau von Berufsakademien in Sachsen und Thüringen, ist andererseits aber auch ein Beleg, dass sich diese Ausbildungsform in den neuen Ländern generell wachsender Beliebtheit erfreut.

Nach Ländern differenzierte Entwicklung

Für die Studienberechtigten 2002 aus allen Bundesländern gilt, dass sie unter den verschiedenen Arten der Berufsausbildung mit Abstand am häufigsten eine betriebliche Ausbildung gewählt haben (vgl. Tab. 7.2 bis 7.5). Überdurchschnittlich fiel die Entscheidung für diese Form von dualer Ausbildung bei den Studienberechtigten aus Brandenburg (20%), Hessen (18%), Mecklenburg-Vorpommern (17%) und Schleswig-Holstein (16%) aus. Eine Ausnahme bildet nur Baden-Württemberg. Hier wurden betriebliche Ausbildungen mit 8% ebenso häufig gewählt wie die duale Ausbildung an Berufsakademien. Vergleichsweise geringe Anteile von betrieblichen Ausbildungen gelten auch für die Studienberechtigten 2002 aus Bayern (10%), Niedersachsen und Rheinland-Pfalz (jeweils 11%).

Im Vergleich der seit Beginn der 90er Jahre untersuchten Jahrgänge fällt auf, dass sich die Studienberechtigten aus Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt durchgängig überdurchschnittlich, diejenigen aus Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern dagegen durchgängig unterdurchschnittlich häufig für eine betriebliche Ausbildung entschieden haben.

Hinsichtlich der Absicht, eine Beamtenausbildung zu absolvieren, zeigt sich beim Jahrgang 2002, dass die Länderquoten in der überwiegenden Zahl entweder genau dem Durchschnittswert (3%) entsprechen oder nur um einen Prozentpunkt hiervon abweichen. Eine Ausnahme bilden einerseits Bremen und Berlin mit Anteilen von jeweils nur 1% und andererseits Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern, für die ein Anteil von 5% ermittelt wurde. Auch bei der Betrachtung über alle Vergleichsjahrgänge hinweg, ergibt sich kein anderes Bild. Auffällig ist nur, dass die Anteile für Beamtenausbildungen in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen durchweg auf einem sehr hohen Niveau liegen. In den übrigen Ländern sind lediglich bei einzelnen Jahrgängen vom Durchschnittswert stark abweichende Werte zu beobachten; z.B. in Schleswig-Holstein beim Jahrgang 1996 mit 9% oder - gegenteilig - in Bremen, wo beim Jahrgang 1999 kein Studienberechtigter diese Art von Ausbildung absolvieren wollte oder konnte.

Mit Abstand am häufigsten haben sich die Studienberechtigten 2002 aus Baden-Württemberg (8%), Sachsen und Thüringen (jeweils 6%) für eine Ausbildung an Berufsakademien entschieden. In Baden-Württemberg, wo dieses Bildungsangebot bereits seit langem existiert, liegt der Anteil der Studienberechtigten, die sich für diesen Qualifizierungsweg entschieden haben, auch in den 90er Jahren durchgängig

deutlich über dem Bundesdurchschnitt, wobei zwischen den Jahrgängen 1994 und 1999 sogar noch ein beträchtlicher Anstieg (von 4% auf 8%) zu verzeichnen ist. In Sachsen wurden Berufsakademien nach dem „Modell Baden-Württemberg“ mit mittlerweile sieben Standorten schon relativ kurz nach der Wende eingeführt und stießen rasch auf großes Interesse. Bereits ab dem Jahrgang 1994 sind bei den sächsischen Studienberechtigten überdurchschnittliche Wahlquoten zu beobachten. In Thüringen wurden Berufsakademien, gleichfalls nach dem baden-württembergischen Modell, erst am Ende der 90er Jahre gegründet. Auch hier zeigte sich sofort die große Attraktivität dieses Bildungsangebots. Der Anteil der Studienberechtigten aus Thüringen, die sich für den Besuch einer Berufsakademie entschieden haben, stieg von 1% beim Jahrgang 1996 auf 6% beim Jahrgang 1999 und 2002. Etwas weniger erfolgreich sind die Berufsakademien in Berlin (ebenfalls nach dem Modell Baden-Württemberg). Zwar stieg der Anteil der Studienberechtigten, die sich für diese Ausbildung entschieden haben, bereits kurz nach der Gründung deutlich an (von unter 0,5% beim Jahrgang 1990 auf 3% beim Jahrgang 1994). Danach stagnierte der Anteil jedoch. Zu vermuten ist, dass sich diese Form der Ausbildung wegen der räumlich verdichteten und sehr differenzierten alternativen Angebote der Hochschulen schwerer als in den anderen genannten Ländern durchsetzen kann.

Nach den betrieblichen Ausbildungen sind Ausbildungen an Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien bei den Studienberechtigten 2002 mit einem durchschnittlichen Anteil von 5% die am meisten gewählte Art der beruflichen Qualifizierung. Allerdings fällt dieser Wahlanteil in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich aus. Am attraktivsten sind diese berufsfachschulischen Ausbildungen offensichtlich für die studienberechtigten Schulabgänger 2002 aus Sachsen (10%), Brandenburg (9%), Nordrhein-Westfalen und aus dem Saarland (jeweils 7%). Eher das Gegenteil trifft für ihre Jahrgangskollegen aus Berlin (2%) und Niedersachsen (3%) zu. Über alle Vergleichsjahrgänge hinweg gesehen, entscheiden sich die Studienberechtigten aus Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen und Thüringen durchgängig besonders häufig für diese Art der Berufsausbildung.

Anhang Tabellen

Tab. 1.1: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der angestrebten beruflichen Qualifizierung nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art der (angestrebten) Berufsqualifizierung	insgesamt					Männer					Frauen					alte Länder					neue Länder				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
- nur Hochschulabschluss [1] angestrebt	47	46	46	51	56	48	48	47	53	55	46	45	46	49	56	47	47	47	51	56	46	45	41	50	55
- Hochschulabschluss [1] angestrebt, Berufsausbildung vor/ mit Erwerb der Hochschulreife	16	15	13	9	12	23	20	17	12	17	8	10	9	5	8	15	15	13	10	13	25	11	13	5	10
- nachschulische Berufsausbildung und Hochschulabschluss [1] angestrebt	12	10	7	6	4	11	8	7	5	3	13	12	7	7	5	12	10	7	6	4	9	11	6	6	4
- nur nachschulische Berufsausbildung	21	21	27	27	20	14	14	20	20	15	29	28	33	33	24	22	20	25	25	19	16	28	33	33	25
- nur Berufsausbildung vor/ mit Erwerb der Hochschulreife [2]	3	3	3	3	4	3	4	3	3	5	3	3	3	3	3	3	4	4	4	5	3	2	2	1	2
- nur Hochschulreife [2]	1	4	4	5	4	1	6	6	7	5	1	2	2	3	3	1	4	4	5	4	1	4	5	5	4

1) ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

2) zum Befragungszeitpunkt keine weitere Qualifizierung beabsichtigt bzw. noch nicht zwischen verschiedenen Alternativen entschieden

Studienberechtigte 90: Stand 3 ½ Jahre nach Schulabgang

alte Länder einschließlich Berlin, Studienberechtigte 1994 ohne Brandenburg

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 1.2: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der angestrebten beruflichen Qualifizierung nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art der (angestrebten) Berufsqualifizierung	Schleswig-Holstein					Hamburg					Niedersachsen					Bremen				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
- nur Hochschulabschluss [1] angestrebt	53	44	37	49	52	41	44	35	40	54	44	45	48	44	51	42	46	32	66	61
- Hochschulabschluss [1] angestrebt, Berufsausbildung vor/ mit Erwerb der Hochschulreife	12	14	18	11	18	25	22	19	11	14	16	15	18	16	11	23	16	38	9	14
- nachschulische Berufsausbildung und Hochschulabschluss [1] angestrebt	11	13	9	6	5	17	12	6	7	4	15	12	7	7	4	16	17	10	7	5
- nur nachschulische Berufsausbildung	22	23	30	24	19	16	15	28	32	19	19	22	22	22	15	13	17	9	14	14
- nur Berufsausbildung vor/ mit Erwerb der Hochschulreife [2]	1	5	3	5	2	1	6	8	2	6	5	5	3	7	14	5	3	9	1	3
- nur Hochschulreife [2]	1	1	3	5	3	0	1	4	8	3	1	1	3	4	3	1	1	2	2	3

Art der (angestrebten) Berufsqualifizierung	Nordrhein-Westfalen					Hessen					Rheinland-Pfalz					Baden-Württemberg				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
- nur Hochschulabschluss [1] angestrebt	40	41	45	47	53	35	43	47	46	57	45	43	41	49	53	51	51	51	57	54
- Hochschulabschluss [1] angestrebt, Berufsausbildung vor/ mit Erwerb der Hochschulreife	16	14	12	8	12	14	13	10	8	10	20	19	18	14	19	13	12	10	8	15
- nachschulische Berufsausbildung und Hochschulabschluss [1] angestrebt	12	11	8	8	5	15	12	8	7	6	14	12	8	4	2	11	8	5	3	2
- nur nachschulische Berufsausbildung	28	28	28	28	21	21	27	29	30	21	19	21	25	23	18	21	24	24	25	20
- nur Berufsausbildung vor/ mit Erwerb der Hochschulreife [2]	3	5	4	5	4	4	4	3	3	3	2	5	5	6	6	3	4	3	1	5
- nur Hochschulreife [2]	1	1	3	4	5	1	1	3	6	4	0	0	3	3	2	1	1	7	6	4

1) ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

2) zum Befragungszeitpunkt keine weitere Qualifizierung beabsichtigt bzw. noch nicht zwischen verschiedenen Alternativen entschieden

Studienberechtigte 90: Stand 3 ½ Jahre nach Schulabgang

Studienberechtigte 1994 ohne Brandenburg

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 1.3: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der angestrebten beruflichen Qualifizierung nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art der (angestrebten) Berufsqualifizierung	Bayern					Saarland					Berlin					Brandenburg				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
- nur Hochschulabschluss angestrebt	61	57	58	60	65	50	46	54	52	64	55	44	47	58	60	48	-	37	48	51
- Hochschulabschluss [1] angestrebt, Berufsausbildung vor/ mit Erwerb der Hochschulreife	12	13	8	8	11	14	11	11	9	6	16	15	17	10	11	24	-	25	3	6
- nachschulische Berufsausbildung und Hochschulabschluss [1] angestrebt	8	9	6	4	3	8	12	6	4	4	14	13	8	4	3	7	-	5	5	4
- nur nachschulische Berufsausbildung	16	17	20	20	14	27	26	25	28	22	14	25	22	20	17	15	-	24	35	32
- nur Berufsausbildung vor/ mit Erwerb der Hochschulreife [2]	2	3	4	3	2	0	4	1	-	-	1	2	3	2	1	4	-	5	3	2
- nur Hochschulreife [2]	1	1	4	5	5	1	1	3	6	4	0	1	3	5	8	2	-	4	6	5

Art der (angestrebten) Berufsqualifizierung	Mecklenburg-Vorpommern					Sachsen					Sachsen-Anhalt					Thüringen				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
- nur Hochschulabschluss angestrebt	44	43	34	45	50	47	47	44	53	56	48	43	42	51	60	42	46	45	49	54
- Hochschulabschluss [1] angestrebt, Berufsausbildung vor/ mit Erwerb der Hochschulreife	26	7	16	7	14	25	10	10	4	9	23	17	12	5	10	28	11	7	5	11
- nachschulische Berufsausbildung und Hochschulabschluss [1] angestrebt	14	16	7	7	4	9	6	6	6	5	10	8	5	6	3	9	9	6	5	4
- nur nachschulische Berufsausbildung	13	33	38	31	26	17	35	35	32	25	15	30	37	30	20	17	31	33	35	25
- nur Berufsausbildung vor/ mit Erwerb der Hochschulreife [2]	2	0	3	0	1	2	2	1	1	1	3	1	2	2	4	3	2	1	1	2
- nur Hochschulreife [2]	1	1	2	10	4	0	0	4	4	4	1	1	2	5	3	1	1	8	5	5

1) ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

2) zum Befragungszeitpunkt keine weitere Qualifizierung beabsichtigt bzw. noch nicht zwischen verschiedenen Alternativen entschieden

Studienberechtigte 90: Stand 3 ½ Jahre nach Schulabgang

Studienberechtigte 1994 ohne Brandenburg

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 2.1: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der ausgeübten Tätigkeit nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art der ausgeübten Tätigkeit	insgesamt					Männer					Frauen					alte Länder					neue Länder				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Studium an Fachhochschulen [1)]	9	10	10	8	11	11	11	10	8	11	7	8	9	9	10	10	9	9	9	11	2	12	11	8	11
Studium an Universitäten [2)]	24	23	21	20	24	14	14	9	7	10	35	32	32	31	37	23	24	22	20	25	31	20	20	18	23
Beamtenausbildung [3)]	3	3	2	2	2	2	1	2	1	1	4	4	3	2	3	3	2	2	2	2	0	5	3	3	3
Besuch einer Berufsakademie	1	1	1	1	1	0	1	0	1	1	1	1	2	2	2	1	1	1	1	1	0	2	1	2	2
betriebliche Ausbildung	17	16	13	14	8	11	9	7	5	3	23	23	19	22	13	18	15	12	13	8	10	21	16	16	10
schulische Ausbildung [4)]	4	4	5	4	4	1	1	1	1	1	7	7	9	8	6	3	4	5	4	3	5	5	7	6	6
Praktikum	3	3	3	4	4	1	1	1	1	1	6	5	5	6	6	3	3	3	4	4	7	2	2	2	3
Berufstätigkeit [5)]	5	4	3	4	4	5	4	3	4	5	5	4	3	3	4	4	4	3	4	5	10	2	3	2	3
Wehr- und Zivildienst	27	26	30	32	28	51	52	62	68	60	–	–	–	–	–	27	27	31	32	28	29	24	27	32	29
sonstige Tätigkeiten [6)]	8	11	12	11	13	4	6	5	4	7	12	16	18	18	19	8	11	12	12	14	7	7	10	11	11
Studium insgesamt [7)]	33	33	31	28	35	25	25	19	15	21	42	40	41	40	47	33	33	31	29	36	33	32	31	26	33
Berufsausbildung insgesamt [8)]	25	24	21	21	15	14	12	10	7	5	35	35	33	33	24	25	22	20	20	14	15	33	27	27	21

1) einschließlich entsprechender Studiengänge an Gesamthochschulen, ohne Verwaltungsfachhochschulen

2) einschließlich Technischer, Pädagogischer, Theologischer sowie Kunst- und Musikhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr

3) i.d.R. für den gehobenen Dienst (Besuch von Verwaltungsfachhochschulen)

4) Besuch von Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien

5) einschließlich Zeit- und Berufssoldaten (= angehende Studierende an Hochschulen der Bundeswehr)

6) Jobben, Urlaub, Au-Pair-Tätigkeit, Freiwilliges Soziales Jahr etc.

7) ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

8) einschließlich Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien

alte Länder einschließlich Berlin; Studienberechtigte 1994 ohne Brandenburg

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 2.2: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der ausgeübten Tätigkeit nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art der ausgeübten Tätigkeit	Schleswig-Holstein					Hamburg					Niedersachsen					Bremen				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Studium an Fachhochschulen [1)]	9	8	8	9	13	10	9	6	5	9	8	10	8	11	9	11	10	8	13	15
Studium an Universitäten [2)]	17	19	13	18	21	16	18	18	14	21	22	22	22	17	24	18	20	31	23	25
Beamtenausbildung [3)]	6	2	4	1	1	1	1	1	2	1	2	3	2	2	3	1	1	2	-	0
Besuch einer Berufsakademie	2	1	1	1	1	1	1	-	-	1	1	1	1	0	1	-	1	-	-	-
betriebliche Ausbildung	20	14	13	15	9	14	10	19	17	5	20	14	10	10	7	16	16	8	10	8
schulische Ausbildung [4)]	2	4	4	4	2	4	3	3	4	4	2	3	5	4	2	2	4	-	3	2
Praktikum	5	2	4	4	3	2	3	2	5	4	4	4	5	5	3	2	3	-	3	4
Berufstätigkeit [5)]	3	5	3	5	2	5	7	6	5	7	6	4	3	7	12	7	5	6	-	3
Wehr- und Zivildienst	26	33	39	32	30	33	26	28	29	26	27	30	32	32	24	29	30	33	32	28
sonstige Tätigkeiten [6)]	9	14	12	13	17	14	22	19	18	22	8	11	13	11	16	14	12	14	17	13
Studium insgesamt [7)]	26	26	20	27	34	26	27	23	19	30	30	31	30	28	33	29	30	39	36	40
Berufsausbildung insgesamt [8)]	30	20	21	20	14	20	15	22	23	11	25	20	17	17	12	19	21	10	13	11

1) einschließlich entsprechender Studiengänge an Gesamthochschulen, ohne Verwaltungsfachhochschulen

2) einschließlich Technischer, Pädagogischer, Theologischer sowie Kunst- und Musikhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr

3) i.d.R. für den gehobenen Dienst (Besuch von Verwaltungsfachhochschulen)

4) Besuch von Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien

5) einschließlich Zeit- und Berufssoldaten (= angehende Studierende an Hochschulen der Bundeswehr)

6) Jobben, Urlaub, Au-Pair-Tätigkeit, Freiwilliges Soziales Jahr etc.

7) ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

8) einschließlich Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 2.3: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der ausgeübten Tätigkeit nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art der ausgeübten Tätigkeit	Nordrhein-Westfalen					Hessen					Rheinland-Pfalz					Baden-Württemberg				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Studium an Fachhochschulen [1]	10	9	10	8	10	10	9	7	7	9	9	12	13	9	12	7	7	9	8	10
Studium an Universitäten [2]	22	23	21	20	25	23	23	22	20	27	23	27	21	19	29	20	22	17	19	22
Beamtenausbildung [3]	3	3	2	2	2	3	2	3	2	2	4	2	2	1	2	3	3	3	1	2
Besuch einer Berufsakademie	0	1	0	0	1	2	1	2	1	1	1	1	0	2	2	2	2	3	3	4
betriebliche Ausbildung	22	20	15	16	9	20	16	16	18	13	17	13	14	11	8	12	11	8	10	5
schulische Ausbildung [4]	5	5	7	5	5	2	4	3	3	3	4	3	4	3	3	3	2	2	2	2
Praktikum	3	3	3	4	5	3	2	2	3	3	2	2	2	3	2	4	5	4	6	6
Berufstätigkeit [5]	4	4	3	5	5	6	5	3	4	4	5	5	6	5	7	5	4	2	2	4
Wehr- und Zivildienst	25	25	29	30	29	24	27	31	32	28	30	25	28	33	28	33	28	34	35	28
sonstige Tätigkeiten [6]	6	8	10	9	11	7	11	11	10	10	6	11	11	13	7	11	16	19	15	17
Studium insgesamt [7]	32	32	31	28	35	33	32	29	27	36	32	39	34	28	40	27	29	26	27	32
Berufsausbildung insgesamt [8]	30	28	24	24	16	27	22	24	24	19	26	19	21	18	15	20	18	15	17	12

1) einschließlich entsprechender Studiengänge an Gesamthochschulen, ohne Verwaltungsfachhochschulen

2) einschließlich Technischer, Pädagogischer, Theologischer sowie Kunst- und Musikhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr

3) i.d.R. für den gehobenen Dienst (Besuch von Verwaltungsfachhochschulen)

4) Besuch von Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien

5) einschließlich Zeit- und Berufssoldaten (= angehende Studierende an Hochschulen der Bundeswehr)

6) Jobben, Urlaub, Au-Pair-Tätigkeit, Freiwilliges Soziales Jahr etc.

7) ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

8) einschließlich Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 2.4: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der ausgeübten Tätigkeit nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art der ausgeübten Tätigkeit	Bayern					Saarland					Berlin					Brandenburg				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Studium an Fachhochschulen [1]	14	13	9	10	14	10	9	16	16	11	9	8	7	8	9	1	-	17	6	9
Studium an Universitäten [2]	29	27	26	24	27	26	23	25	18	27	40	29	29	27	26	34	-	21	20	21
Beamtenausbildung [3]	2	1	2	1	1	1	1	-	2	3	3	4	3	1	1	0	-	2	3	3
Besuch einer Berufsakademie	0	1	0	0	0	0	0	-	2	1	0	2	2	1	2	0	-	-	2	1
betriebliche Ausbildung	12	11	8	9	6	18	23	12	22	10	15	17	13	11	8	8	-	15	19	15
schulische Ausbildung [4]	4	4	5	5	3	4	5	9	4	5	4	3	3	2	1	6	-	3	4	7
Praktikum	3	3	4	4	4	1	4	1	2	1	5	3	7	5	6	6	-	3	3	2
Berufstätigkeit [5]	2	4	3	3	3	3	5	1	1	1	7	2	2	3	1	10	-	4	3	2
Wehr- und Zivildienst	28	26	32	34	28	33	23	24	25	31	7	18	21	27	25	28	-	22	31	27
sonstige Tätigkeiten [6]	6	11	11	10	13	4	7	11	8	9	9	14	13	15	20	8	-	14	10	11
Studium insgesamt [7]	43	40	35	34	41	36	31	42	35	38	49	36	36	35	36	35	-	38	26	30
Berufsausbildung insgesamt [8]	18	17	15	15	10	23	29	21	29	19	22	26	21	15	12	14	-	20	28	27

1) einschließlich entsprechender Studiengänge an Gesamthochschulen, ohne Verwaltungsfachhochschulen

2) einschließlich Technischer, Pädagogischer, Theologischer sowie Kunst- und Musikhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr

3) i.d.R. für den gehobenen Dienst (Besuch von Verwaltungsfachhochschulen)

4) Besuch von Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien

5) einschließlich Zeit- und Berufssoldaten (= angehende Studierende an Hochschulen der Bundeswehr)

6) Jobben, Urlaub, Au-Pair-Tätigkeit, Freiwilliges Soziales Jahr etc.

7) ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

8) einschließlich Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien

Studienberechtigte 1994 ohne Brandenburg

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 2.5: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der ausgeübten Tätigkeit nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art der ausgeübten Tätigkeit	Mecklenburg-Vorpommern					Sachsen					Sachsen-Anhalt					Thüringen				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Studium an Fachhochschulen [1]	-	9	9	7	10	1	13	9	7	9	2	12	10	11	13	1	12	11	8	13
Studium an Universitäten [2]	33	16	22	20	24	30	19	21	18	21	33	26	21	19	27	32	20	15	17	21
Beamtenausbildung [3]	1	5	4	3	3	0	5	2	2	2	-	5	3	2	2	1	4	4	3	3
Besuch einer Berufsakademie	-	1	-	1	2	0	3	2	2	3	-	0	0	1	1	0	1	-	1	2
betriebliche Ausbildung	9	27	15	19	11	10	21	17	12	7	10	20	17	18	9	11	19	13	17	10
schulische Ausbildung [4]	4	7	6	4	3	6	5	9	8	8	5	4	6	7	4	5	6	11	6	5
Praktikum	8	2	1	1	1	9	2	2	2	3	7	2	2	2	3	7	2	0	3	2
Berufstätigkeit [5]	7	1	3	4	4	6	3	2	1	3	6	2	3	1	3	4	2	5	1	4
Wehr- und Zivildienst	32	26	30	30	29	30	24	26	35	32	32	23	30	31	28	32	27	30	33	27
sonstige Tätigkeiten [6]	6	7	10	11	11	8	7	9	13	12	6	7	9	8	10	7	8	11	12	12
Studium insgesamt [7]	33	25	32	27	35	31	32	31	25	30	35	38	15	30	40	33	32	26	25	34
Berufsausbildung insgesamt [8]	14	40	24	27	20	16	34	30	25	20	15	30	26	27	16	17	30	28	27	21

1) einschließlich entsprechender Studiengänge an Gesamthochschulen, ohne Verwaltungsfachhochschulen

2) einschließlich Technischer, Pädagogischer, Theologischer sowie Kunst- und Musikhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr

3) i.d.R. für den gehobenen Dienst (Besuch von Verwaltungsfachhochschulen)

4) Besuch von Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien

5) einschließlich Zeit- und Berufssoldaten (= angehende Studierende an Hochschulen der Bundeswehr)

6) Jobben, Urlaub, Au-Pair-Tätigkeit, Freiwilliges Soziales Jahr etc.

7) ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

8) einschließlich Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 3.1: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Brutto-Studierquote nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

	insgesamt					Männer					Frauen					alte Länder					neue Länder				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Brutto-Studierquote[1)]	76	71	66	66	73	82	76	71	71	75	69	66	61	62	71	76	72	67	67	74	80	67	60	61	69
darunter:																									
- Studienaufnahme bereits erfolgt	33	32	30	28	35	25	25	20	15	21	41	39	41	40	47	33	32	30	29	36	33	32	31	26	33
- Studienaufnahme geplant	43	39	36	38	38	57	51	51	55	54	28	27	20	23	23	43	40	37	38	38	47	35	29	35	36
kein Studium aufgenommen bzw. geplant	24	29	34	34	27	18	24	29	29	25	31	34	39	38	29	24	28	33	33	26	20	33	40	39	31

1) Studienaufnahme ohne Verwaltungsfachhochschulen, Hochschulen der Bundeswehr und Berufsakademien

alte Länder einschließlich Berlin, Studienberechtigte 1994 ohne Brandenburg

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 3.2: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Brutto-Studierquote nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

	Schleswig-Holstein					Hamburg					Niedersachsen					Bremen				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Brutto-Studierquote[1)]	72	67	63	67	77	76	74	60	59	72	76	74	73	68	68	85	79	80	84	82
darunter - Studienaufnahme bereits erfolgt	26	25	20	27	34	26	27	22	19	30	30	31	30	28	33	28	30	38	36	40
- Studienaufnahme geplant	46	42	43	40	42	50	47	38	39	42	46	43	43	40	35	57	49	42	49	42

	Nordrhein-Westfalen					Hessen					Rheinland-Pfalz					Baden-Württemberg				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Brutto-Studierquote[1)]	72	69	65	64	71	73	72	65	63	73	76	76	67	68	75	76	72	66	68	72
darunter - Studienaufnahme bereits erfolgt	32	31	31	28	35	33	32	29	27	36	32	38	34	28	40	27	29	25	27	32
- Studienaufnahme geplant	40	38	34	36	37	40	40	36	36	37	44	38	33	40	35	49	43	41	42	40

	Bayern					Saarland					Berlin					Brandenburg				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Brutto-Studierquote[1)]	82	77	73	73	80	81	66	70	65	76	86	76	72	74	76	81	-	67	57	63
darunter - Studienaufnahme bereits erfolgt	43	40	35	34	41	36	31	40	35	38	49	36	36	35	36	36	-	38	26	30
- Studienaufnahme geplant	39	37	38	39	39	45	35	30	30	38	37	39	36	39	40	45	-	29	31	32

	Mecklenburg-Vorpommern					Sachsen					Sachsen-Anhalt					Thüringen				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Brutto-Studierquote[1)]	84	64	57	60	69	77	64	60	64	72	80	69	59	64	75	82	70	58	60	68
darunter - Studienaufnahme bereits erfolgt	33	24	31	27	35	31	32	30	25	30	35	37	31	30	40	33	32	25	25	34
- Studienaufnahme geplant	51	40	26	33	34	46	32	30	39	41	45	32	28	34	35	49	38	33	35	34

1) Studienaufnahme ohne Verwaltungsfachhochschulen, Hochschulen der Bundeswehr und Berufsakademien

Studienberechtigte 1994 ohne Brandenburg

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 3.3: Studienberechtigte 2002 ein halbes Jahr nach Schulabgang: Bandbreite der Brutto-Studierquote nach Geschlecht und Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Brutto-Studierquote[1)]	insgesamt		Männer		Frauen		alte Länder		neue Länder	
	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert
Studienaufnahme bereits erfolgt	35	35	21	21	47	47	36	36	33	33
Studienaufnahme sicher geplant	38	73	54	75	23	71	38	74	36	69
Studienaufnahme wahrscheinlich	4	77	3	78	5	75	4	78	5	74
Studienaufnahme alternativ geplant	2	79	3	81	2	77	3	81	2	76
keine Studienaufnahme geplant	21	100	19	100	23	100	20	100	24	100

1) Studienaufnahme ohne Verwaltungsfachhochschulen, Hochschulen der Bundeswehr und Berufsakademien
alte Länder einschließlich Berlin

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 3.4: Studienberechtigte 2002 ein halbes Jahr nach Schulabgang: Bandbreite der Brutto-Studierquote nach Land des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Brutto-Studierquote[1)]	Schleswig-Holstein		Hamburg		Niedersachsen		Bremen		Nordrhein-Westfalen		Hessen		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg	
	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert
Studienaufnahme bereits erfolgt	34	34	30	30	33	33	40	40	35	35	36	36	40	40	32	32
Studienaufnahme sicher geplant	42	76	42	72	35	68	42	82	37	71	37	73	35	75	40	72
Studienaufnahme wahrscheinlich	6	82	4	76	5	73	4	86	5	77	4	77	3	78	3	75
Studienaufnahme alternativ geplant	2	84	2	78	3	76	2	88	2	79	2	79	2	80	3	78
keine Studienaufnahme geplant	15	100	21	100	24	100	12	100	21	100	21	100	20	100	22	100

Brutto-Studierquote[1)]	Bayern		Saarland		Berlin		Brandenburg		Mecklenburg-Vorpommern		Sachsen		Sachsen-Anhalt		Thüringen	
	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert	einzeln	kumuliert
Studienaufnahme bereits erfolgt	41	41	38	38	36	36	30	30	35	35	30	30	40	40	34	34
Studienaufnahme sicher geplant	39	80	38	76	40	76	32	63	34	69	41	72	35	75	34	68
Studienaufnahme wahrscheinlich	2	82	4	80	3	79	6	68	5	74	3	74	5	80	6	74
Studienaufnahme alternativ geplant	3	85	2	82	4	83	3	71	2	76	2	76	1	81	2	76
keine Studienaufnahme geplant	15	100	18	100	18	100	29	100	25	100	23	100	20	100	23	100

1) Studienaufnahme ohne Verwaltungsfachhochschulen, Hochschulen der Bundeswehr und Berufsakademien

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 3.5: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Brutto-Studierquote nach Art der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

	Abitur [2]					Fachhochschulreife [3]					schulischer Teil der Fachhochschulreife				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Brutto-Studierquote[1]	79	75	69	70	76	69	64	55	53	62	-	-	-	24	46
darunter:															
- Studienaufnahme bereits erfolgt	33	34	31	30	36	33	30	29	23	33	-	-	-	-	1
- Studienaufnahme geplant	46	41	38	40	40	36	34	26	30	29	-	-	-	24	45
kein Studium aufgenommen bzw. geplant	21	25	31	30	24	31	36	45	47	38	-	-	-	76	54

1) Studienaufnahme ohne Verwaltungsfachhochschulen, Hochschulen der Bundeswehr und Berufsakademien
2) einschließlich fachgebundene Hochschulreife
3) einschließlich fachgebundene und landesgebundene Fachhochschulreife

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 4.1: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art des angestrebten Hochschulexamens nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art des angestrebten Hochschulexamens [1) 2)]	insgesamt					Männer					Frauen					alte Länder					neue Länder				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Fachhochschul-Diplom	24	25	22	22	22	30	30	28	27	27	18	20	17	18	17	26	25	22	22	22	6	24	22	19	20
Universitäts-Diplom	30	23	22	23	22	37	29	27	30	27	21	18	18	18	18	28	23	22	23	22	47	25	23	25	23
Magister	3	4	4	5	5	2	3	2	3	3	5	5	5	6	7	3	4	4	5	5	1	4	4	6	7
Staatsexamen (ohne Lehramt)	9	11	10	8	8	8	9	9	6	7	10	12	11	9	10	9	11	11	8	9	15	11	8	6	7
Bachelor	-	-	-	1	4	-	-	-	1	3	-	-	-	1	4	-	-	-	1	4	-	-	-	1	3
Lehramtsprüfung	9	8	7	5	9	4	5	4	2	5	14	12	10	8	12	9	9	8	6	9	11	2	3	3	6
sonstige Prüfungen	1	0	1	2	2	1	0	1	2	1	1	0	0	2	2	1	0	0	2	2	0	0	0	1	1
Studium insgesamt	76	71	66	66	73	82	76	71	71	75	69	66	61	62	71	76	72	67	67	74	80	67	60	61	69
kein Studium aufgenommen bzw. geplant	24	29	34	34	27	18	24	29	29	25	31	34	39	38	29	24	28	33	33	26	20	33	40	39	31

1) nur an Fachhochschulen und Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

2) Differenzen der Summe der einzelnen Abschlüsse zu „Studium insgesamt“ resultieren aus fehlenden Angaben und noch unklaren Vorstellungen der Studienberechtigten

alte Länder einschließlich Berlin; Studienberechtigte 1994 ohne Brandenburg

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 4.2: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art des angestrebten Hochschulexamens nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art des angestrebten Hochschulexamens [1) 2)]	Schleswig-Holstein					Hamburg					Niedersachsen					Bremen				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Fachhochschul-Diplom	22	24	27	22	23	31	28	19	24	21	26	26	24	27	20	28	28	18	25	25
Universitäts-Diplom	28	23	19	24	21	24	22	22	17	22	28	23	22	21	19	37	28	32	33	24
Magister	4	3	3	5	8	2	5	4	3	5	3	3	5	3	4	8	3	2	7	4
Staatsexamen (ohne Lehramt)	9	10	8	9	8	11	13	8	6	11	8	11	13	8	9	9	12	17	11	13
Bachelor	-	-	-	2	5	-	-	-	0	5	-	-	-	1	3	-	-	-	-	5
Lehramtsprüfung	9	7	7	4	9	6	5	6	4	4	9	9	8	6	12	2	7	11	3	5
sonstige Prüfungen	1	0	0	1	1	1	1	1	3	2	1	1	0	2	1	1	1	0	6	3
Studium insgesamt	72	67	63	67	77	76	74	60	59	72	76	74	73	68	68	85	79	80	84	82
kein Studium aufgenommen bzw. geplant	28	33	37	33	23	24	26	40	41	28	24	26	27	32	32	15	21	20	16	18

Art des angestrebten Hochschulexamens [1) 2)]	Nordrhein-Westfalen					Hessen					Rheinland-Pfalz					Baden-Württemberg				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Fachhochschul-Diplom	26	25	22	21	20	25	26	19	21	21	28	26	25	24	26	27	24	22	21	22
Universitäts-Diplom	26	21	20	23	22	26	23	24	19	22	27	26	21	22	19	28	24	21	23	24
Magister	3	4	3	4	5	4	4	5	6	6	4	5	6	4	5	3	3	3	4	3
Staatsexamen (ohne Lehramt)	8	10	11	8	8	8	10	11	8	9	8	9	8	8	9	9	10	10	8	8
Bachelor	-	-	-	1	6	-	-	-	2	4	-	-	-	1	3	-	-	-	2	3
Lehramtsprüfung	8	9	8	5	8	8	9	6	4	9	8	10	7	7	11	8	11	9	7	9
sonstige Prüfungen	1	0	0	2	2	1	0	0	2	1	1	0	0	2	1	1	0	1	3	2
Studium insgesamt	72	69	65	64	71	73	72	65	63	73	76	76	67	68	75	76	72	66	68	72
kein Studium aufgenommen bzw. geplant	28	31	35	36	29	27	28	35	37	27	24	24	33	32	25	24	28	34	32	28

1) nur an Fachhochschulen und Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

2) Differenzen der Summe der einzelnen Abschlüsse zu „Studium insgesamt“ resultieren aus fehlenden Angaben und noch unklaren Vorstellungen der Studienberechtigten

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 4.3: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art des angestrebten Hochschulexamens nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art des angestrebten Hochschulexamens [1) 2)]	Bayern					Saarland					Berlin					Brandenburg				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Fachhochschul-Diplom	27	29	23	24	27	27	24	31	28	28	17	18	20	19	18	8	-	29	16	17
Universitäts-Diplom	30	22	24	25	24	33	23	20	21	21	43	31	29	28	29	43	-	25	24	21
Magister	3	4	4	5	5	4	4	3	2	5	3	6	6	7	6	2	-	2	6	5
Staatsexamen (ohne Lehramt)	10	11	10	9	9	8	8	11	7	6	11	14	12	9	8	15	-	8	6	7
Bachelor	-	-	-	1	3	-	-	-	1	2	-	-	-	0	4	-	-	-	1	3
Lehramtsprüfung	11	11	12	7	9	10	7	5	7	10	11	6	5	8	8	10	-	2	3	5
sonstige Prüfungen	1	0	0	2	2	0	0	0	-	2	1	1	0	2	2	2	-	1	1	1
Studium insgesamt	82	77	73	73	80	81	66	70	65	76	86	76	72	74	76	81	-	67	57	63
kein Studium aufgenommen bzw. geplant	18	23	27	27	20	19	34	30	35	24	14	24	28	26	24	19	-	33	43	37

Art des angestrebten Hochschulexamens [1) 2)]	Mecklenburg-Vorpommern					Sachsen					Sachsen-Anhalt					Thüringen				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Fachhochschul-Diplom	6	24	18	16	22	6	22	18	19	20	8	23	21	23	23	10	27	26	20	22
Universitäts-Diplom	48	22	22	26	21	45	23	26	27	23	46	26	17	26	27	43	27	21	21	21
Magister	2	3	4	5	5	1	4	4	6	8	0	5	5	6	7	2	4	4	6	6
Staatsexamen (ohne Lehramt)	16	12	10	7	7	17	12	9	7	8	15	13	11	6	8	17	9	4	5	5
Bachelor	-	-	-	2	5	-	-	-	1	3	-	-	-	0	2	-	-	-	0	4
Lehramtsprüfung	11	2	3	3	6	7	3	3	3	6	11	2	3	3	6	8	3	3	7	8
sonstige Prüfungen	0	0	0	2	1	0	0	0	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Studium insgesamt	84	64	57	60	69	77	64	60	64	72	80	69	59	64	75	82	70	58	60	68
kein Studium aufgenommen bzw. geplant	16	36	43	40	31	23	36	40	36	28	20	31	41	36	25	18	30	42	40	32

1) nur an Fachhochschulen und Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

2) Differenzen der Summe der einzelnen Abschlüsse zu „Studium insgesamt“ resultieren aus fehlenden Angaben und noch unklaren Vorstellungen der Studienberechtigten

Studienberechtigte 1994 ohne Brandenburg

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 4.4: Studienberechtigte 2002 ein halbes Jahr nach Schulabgang: Überlegungen zur Wahl eines Bachelor-Studiengangs nach Land des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Haben Sie bei Ihren Überlegungen für die Zeit nach der Schuledie Wahl eines Bachelor-Studiengangs erwogen?	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg
Bachelor-Studiengänge sind mir unbekannt	23	28	33	20	27	30	27	21
nein, nicht erwogen	39	39	36	35	36	38	46	46
bin insgesamt noch unsicher, wie es weiter geht, aber ein Bachelor-Studium kommt infrage	8	12	10	13	11	10	8	10
ja, erwogen, aber in meiner Fachrichtung gibt es kein derartiges Angebot	6	7	5	5	5	4	4	5
ja, erwogen, aber nicht gewählt	16	7	11	20	12	11	10	11
ja, ich strebe einen Bachelor-Abschluss an	7	6	4	6	8	5	5	7

Haben Sie bei Ihren Überlegungen für die Zeit nach der Schuledie Wahl eines Bachelor-Studiengangs erwogen?	Bayern	Saarland	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Bachelor-Studiengänge sind mir unbekannt	20	35	24	30	16	21	26	26
nein, nicht erwogen	45	39	41	37	43	47	46	44
bin insgesamt noch unsicher, wie es weiter geht, aber ein Bachelor-Studium kommt infrage	11	9	10	10	11	10	8	7
ja, erwogen, aber in meiner Fachrichtung gibt es kein derartiges Angebot	6	6	5	4	7	4	6	3
ja, erwogen, aber nicht gewählt	13	6	12	13	15	13	10	15
ja, ich strebe einen Bachelor-Abschluss an	5	3	6	4	7	3	3	5

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 5.1: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Richtung des aufgenommenen bzw. angestrebten Studiums nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Studienrichtung [1) 2)]	insgesamt					Männer					Frauen					alte Länder					neue Länder				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Agrar-, Ernährungs-, Forstwissenschaften	3	2	2	1	2	2	2	2	1	2	3	2	2	2	2	3	2	2	1	2	2	2	2	2	2
Architektur, Bauwesen	5	8	6	4	3	6	10	8	4	3	4	5	5	3	2	5	8	6	4	3	5	9	8	3	2
Physik, Geowissenschaften	3	2	2	1	2	4	3	3	2	3	1	1	1	1	1	3	2	2	1	2	2	1	2	2	2
Biologie, Chemie, Pharmazie	4	3	3	3	4	4	3	2	3	3	4	3	4	4	5	4	4	3	3	4	4	2	3	3	5
Elektrotechnik	5	3	3	2	2	10	6	6	5	5	0	0	0	0	0	5	3	3	2	2	5	2	2	2	2
Kultur- und Sprachwissenschaften	4	5	4	5	5	3	3	3	3	3	6	6	5	6	7	5	5	4	5	5	3	4	4	5	6
Kunst- und Gestaltungswissenschaften	2	3	3	3	3	2	2	2	2	2	3	4	3	4	3	3	3	3	3	3	1	2	2	2	3
Maschinenbau	11	5	6	5	6	16	9	11	9	11	4	2	1	2	2	10	6	6	6	6	10	4	5	4	6
Mathematik, Informatik	4	4	3	6	4	5	6	6	11	8	2	1	1	2	2	3	4	3	6	4	4	5	3	7	4
Medizin	5	4	5	4	4	4	4	4	3	3	5	5	5	5	5	4	4	5	4	4	9	4	3	3	4
Pädagogik, Sport	1	2	2	1	2	1	1	1	1	1	2	3	3	2	3	1	2	2	1	2	1	2	3	2	2
Psychologie	1	1	1	1	1	1	1	1	0	1	1	2	2	2	2	1	1	1	1	1	1	2	1	1	1
Rechtswissenschaften	4	6	5	3	4	4	6	5	3	4	4	6	4	3	4	4	5	5	3	4	4	8	5	3	3
Sozialwissenschaften, Sozialwesen	3	4	4	5	5	2	2	2	3	3	4	6	6	6	7	3	4	4	4	5	2	4	4	5	6
Wirtschaftswissenschaften	13	11	10	11	10	15	13	11	12	11	11	9	9	10	9	13	11	10	11	10	13	13	10	10	9
Lehramtsstudiengänge	9	8	7	5	9	3	5	4	2	5	15	12	10	8	12	8	9	8	6	9	12	2	3	3	6
Studium insgesamt	76	71	66	66	73	82	76	71	71	75	69	66	61	62	71	76	72	67	67	74	80	67	60	61	69
kein Studium aufgenommen bzw. geplant	24	29	34	34	27	18	24	29	29	25	31	34	39	38	29	24	28	33	33	26	20	33	40	39	31

1) nur an Fachhochschulen und Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

2) Differenzen der Summe zu „Studium insgesamt“ resultieren aus fehlenden Angaben und noch unklaren Vorstellungen der Studienberechtigten

alte Länder einschließlich Berlin; Studienberechtigte 1994 ohne Brandenburg

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 5.2: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Richtung des aufgenommenen bzw. angestrebten Studiums nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Studienrichtung [1) 2)]	Schleswig-Holstein					Hamburg					Niedersachsen					Bremen				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Agrar-, Ernährungs-, Forstwissenschaften	4	3	2	2	3	3	2	1	0	1	5	3	1	2	2	4	3	2	2	0
Architektur, Bauwesen	7	6	11	5	3	3	4	4	4	1	4	8	8	5	1	4	6	0	3	3
Physik, Geowissenschaften	3	3	1	1	2	2	1	0	2	1	2	2	1	1	3	4	3	0	-	2
Biologie, Chemie, Pharmazie	5	3	3	3	3	3	3	4	1	3	4	3	4	3	3	6	5	8	4	6
Elektrotechnik	2	3	5	3	4	3	4	2	-	1	4	4	7	3	1	7	3	3	4	1
Kultur- und Sprachwissenschaften	4	4	4	6	6	5	8	6	4	6	5	4	6	4	4	8	4	4	6	6
Kunst- und Gestaltungswissenschaften	2	3	1	3	3	2	3	4	8	5	3	3	2	3	2	4	6	0	6	2
Maschinenbau	5	8	4	6	7	16	8	7	4	6	10	6	6	6	4	10	6	5	4	9
Mathematik, Informatik	3	4	6	5	4	3	5	2	7	6	4	4	2	5	3	4	4	2	7	5
Medizin	4	4	1	5	3	5	5	2	2	7	4	4	7	4	4	3	6	7	6	6
Pädagogik, Sport	2	1	3	1	2	1	2	2	0	1	1	2	1	1	2	1	1	2	2	0
Psychologie	2	1	1	1	1	1	1	2	1	2	1	1	2	1	1	1	1	4	2	1
Rechtswissenschaften	4	4	6	3	4	5	6	6	3	4	3	7	5	3	5	5	6	9	3	7
Sozialwissenschaften, Sozialwesen	2	3	3	3	3	5	7	0	2	6	3	4	5	4	7	4	4	8	14	6
Wirtschaftswissenschaften	16	9	6	10	14	13	8	13	7	12	14	10	8	10	8	19	13	14	11	11
Lehramtsstudiengänge	8	7	7	4	9	6	6	6	4	4	9	9	8	6	12	2	7	11	3	5
Studium insgesamt	72	67	63	67	77	76	74	60	59	72	76	74	73	68	68	85	79	80	84	82
kein Studium aufgenommen bzw. geplant	28	33	37	33	23	24	26	40	41	28	24	26	27	32	32	15	21	20	16	18

1) nur an Fachhochschulen und Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

2) Differenzen der Summe zu „Studium insgesamt“ resultieren aus fehlenden Angaben und noch unklaren Vorstellungen der Studienberechtigten

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 5.3: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Richtung des aufgenommenen bzw. angestrebten Studiums nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Studienrichtung [1) 2)]	Nordrhein-Westfalen					Hessen					Rheinland-Pfalz					Baden-Württemberg				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Agrar-, Ernährungs-, Forstwissenschaften	2	2	1	1	1	4	2	1	1	1	3	3	1	1	2	2	2	1	1	2
Architektur, Bauwesen	5	7	6	4	3	8	8	6	3	4	6	8	5	4	3	5	7	5	3	2
Physik, Geowissenschaften	2	2	2	1	2	3	2	3	1	2	3	2	3	1	2	3	2	2	1	2
Biologie, Chemie, Pharmazie	4	3	4	3	4	4	3	2	2	4	4	4	5	5	4	5	4	3	3	4
Elektrotechnik	6	4	3	2	3	3	3	3	3	2	7	4	4	3	2	5	3	3	2	3
Kultur- und Sprachwissenschaften	4	4	3	4	6	5	5	6	7	5	3	5	6	5	4	4	4	5	5	4
Kunst- und Gestaltungswissenschaften	3	3	2	2	2	3	3	3	3	3	2	2	2	5	3	3	3	3	4	3
Maschinenbau	12	5	7	5	6	6	4	3	6	5	9	5	6	5	6	12	6	7	6	7
Mathematik, Informatik	3	3	3	5	5	3	4	3	5	5	4	5	3	7	6	4	3	3	6	4
Medizin	4	4	5	4	4	3	5	6	3	4	3	4	4	2	6	4	5	4	4	4
Pädagogik, Sport	1	2	3	2	2	1	2	2	1	2	1	2	2	1	2	1	1	1	1	2
Psychologie	1	1	1	1	1	1	1	2	1	1	1	2	0	1	1	1	1	1	1	1
Rechtswissenschaften	4	5	5	4	3	4	5	4	4	5	4	4	3	4	4	3	4	4	4	3
Sozialwissenschaften, Sozialwesen	3	5	4	5	6	3	3	6	4	5	4	6	5	5	4	2	3	3	3	3
Wirtschaftswissenschaften	11	11	8	10	8	15	12	10	11	10	13	10	11	10	11	14	12	12	12	13
Lehramtsstudiengänge	8	9	8	5	9	8	9	6	4	9	8	10	7	7	11	8	11	9	7	9
Studium insgesamt	72	69	65	64	71	75	72	65	63	73	76	76	67	68	75	76	72	66	68	72
kein Studium aufgenommen bzw. geplant	28	31	35	36	29	25	28	35	37	27	24	24	33	32	25	24	28	34	32	28

1) nur an Fachhochschulen und Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

2) Differenzen der Summe zu „Studium insgesamt“ resultieren aus fehlenden Angaben und noch unklaren Vorstellungen der Studienberechtigten

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 5.4: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Richtung des aufgenommenen bzw. angestrebten Studiums nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Studienrichtung [1) 2)]	Bayern					Saarland					Berlin					Brandenburg				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Agrar-, Ernährungs-, Forstwissenschaften	2	2	2	2	3	1	1	3	1	0	2	2	4	1	1	3	-	4	2	1
Architektur, Bauwesen	5	8	4	3	2	3	9	2	5	2	6	9	8	3	3	6	-	8	3	3
Physik, Geowissenschaften	4	3	3	2	3	4	1	1	1	3	4	1	2	2	2	2	-	2	3	2
Biologie, Chemie, Pharmazie	4	3	3	4	4	4	3	2	2	4	5	5	3	6	4	4	-	2	3	6
Elektrotechnik	7	3	3	2	4	12	2	7	2	5	7	2	1	2	1	6	-	3	2	1
Kultur- und Sprachwissenschaften	5	5	4	5	5	6	5	3	2	5	4	7	6	7	9	3	-	5	6	5
Kunst- und Gestaltungswissenschaften	2	4	4	4	2	1	4	4	2	1	2	5	5	4	3	1	-	2	2	3
Maschinenbau	11	6	6	6	8	10	5	11	5	6	8	6	4	4	6	11	-	5	3	4
Mathematik, Informatik	4	4	3	7	5	5	3	7	8	4	7	3	5	6	6	4	-	4	6	5
Medizin	4	4	6	6	4	4	2	5	4	3	7	4	5	4	4	9	-	3	2	3
Pädagogik, Sport	1	1	1	1	2	1	1	2	1	1	1	1	1	1	2	3	-	2	2	2
Psychologie	1	1	1	1	1	1	1	1	-	2	1	1	2	2	3	0	-	2	1	1
Rechtswissenschaften	5	6	3	2	5	3	4	3	2	3	4	9	6	4	4	3	-	4	4	4
Sozialwissenschaften, Sozialwesen	3	5	5	4	5	3	5	2	5	4	2	3	3	5	5	2	-	6	5	8
Wirtschaftswissenschaften	13	11	12	13	12	14	12	12	14	13	16	11	13	11	10	14	-	14	7	5
Lehramtsstudiengänge	11	11	12	7	9	10	7	5	7	10	11	6	5	8	8	10	-	2	3	6
Studium insgesamt	82	77	73	73	80	81	66	70	65	76	86	76	72	74	76	81	-	67	57	63
kein Studium aufgenommen bzw. geplant	18	23	27	27	20	19	34	30	35	24	14	24	28	26	24	19	-	33	43	37

1) nur an Fachhochschulen und Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

2) Differenzen der Summe zu „Studium insgesamt“ resultieren aus fehlenden Angaben und noch unklaren Vorstellungen der Studienberechtigten

Studienberechtigte 1994 ohne Brandenburg

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 5.5: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Richtung des aufgenommenen bzw. angestrebten Studiums nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Studienrichtung [1) 2)]	Mecklenburg-Vorpommern					Sachsen					Sachsen-Anhalt					Thüringen				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
Agrar-, Ernährungs-, Forstwissenschaften	2	1	2	3	4	1	2	2	1	1	2	3	1	2	1	1	3	2	2	2
Architektur, Bauwesen	5	9	9	1	2	5	8	8	3	2	5	9	9	4	2	4	8	9	2	1
Physik, Geowissenschaften	1	1	2	3	1	2	1	3	1	1	2	2	0	2	5	3	1	2	1	2
Biologie, Chemie, Pharmazie	2	2	1	4	4	4	1	3	3	4	5	3	4	3	5	5	2	3	2	4
Elektrotechnik	7	2	0	2	1	6	2	2	3	3	5	1	2	3	2	6	2	1	2	1
Kultur- und Sprachwissenschaften	4	3	2	5	4	3	4	3	5	7	2	5	4	5	7	4	4	4	6	5
Kunst- und Gestaltungswissenschaften	1	3	2	2	2	2	2	3	3	3	1	3	3	3	2	1	3	2	2	3
Maschinenbau	9	3	2	2	5	9	4	8	6	7	11	4	3	3	7	10	4	4	3	4
Mathematik, Informatik	4	5	4	7	6	4	4	3	6	4	4	4	3	7	3	6	6	4	7	4
Medizin	11	4	3	3	3	11	3	4	3	4	9	5	3	3	5	10	3	1	3	3
Pädagogik, Sport	4	2	1	1	2	3	2	2	2	3	3	3	5	3	3	4	2	2	0	2
Psychologie	1	2	3	0	2	1	2	1	2	2	0	3	1	1	2	1	2	1	1	1
Rechtswissenschaften	5	9	7	3	4	5	8	5	3	3	5	7	7	2	3	6	7	2	2	3
Sozialwissenschaften, Sozialwesen	3	3	3	4	5	1	4	4	6	5	1	3	4	5	6	1	5	4	4	5
Wirtschaftswissenschaften	13	11	13	10	10	12	14	7	10	10	13	12	8	11	10	12	16	13	10	12
Lehramtsstudiengänge	11	2	3	3	6	7	3	3	3	6	11	2	3	3	6	8	3	3	7	8
Studium insgesamt	84	63	57	60	69	77	64	60	64	72	80	69	59	64	75	81	70	58	60	68
kein Studium aufgenommen bzw. geplant	16	37	43	40	31	23	36	40	36	28	20	31	41	36	25	19	30	42	40	32

1) nur an Fachhochschulen und Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

2) Differenzen der Summe zu „Studium insgesamt“ resultieren aus fehlenden Angaben und noch unklaren Vorstellungen der Studienberechtigten

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 6.1: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Brutto-Berufsausbildungsquote nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Aufnahme einer nachschulischen Berufsausbildung [1]	insgesamt					Männer					Frauen					alte Länder					neue Länder				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
im ersten Halbjahr nach Schulabgang erfolgt	24	24	21	21	15	14	12	10	7	5	36	35	33	33	24	25	22	20	20	14	15	33	27	27	21
für die Folgezeit geplant	10	8	12	12	9	12	11	16	17	12	8	5	7	7	6	10	8	12	12	9	13	6	12	12	9
Brutto-Berufsausbildungsquote	34	32	33	33	24	26	23	26	25	17	44	40	40	40	30	35	30	32	31	23	28	39	39	39	30
darunter: mit Studienabsicht	12	10	7	6	4	11	8	7	5	3	13	12	7	7	5	12	10	7	6	4	9	11	6	6	4

1) betriebliche Ausbildung, Beamtenausbildung (i.d.R. Besuch von Verwaltungsfachhochschulen), Besuch von Berufsakademien, Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien

Studienberechtigte 90: Stand 3 ½ Jahre nach Schulabgang

alte Länder einschließlich Berlin, Studienberechtigte 1994 ohne Brandenburg

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 6.2: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Brutto-Berufsausbildungsquote nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Aufnahme einer nachschulischen Berufsausbildung [1]	Schleswig-Holstein					Hamburg					Niedersachsen					Bremen				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
im ersten Halbjahr nach Schulabgang erfolgt	30	20	22	20	14	26	15	23	23	11	25	20	18	17	12	19	21	10	13	11
für die Folgezeit geplant	6	13	17	11	10	8	11	11	16	12	10	11	10	12	8	13	9	10	8	8
Brutto-Berufsausbildungsquote	36	33	38	31	24	34	25	34	39	23	35	31	29	29	20	32	30	19	22	19
darunter: mit Studienabsicht	11	13	9	6	5	17	12	6	7	4	15	12	7	7	5	16	17	10	8	5

Aufnahme einer nachschulischen Berufsausbildung [1]	Nordrhein-Westfalen					Hessen					Rheinland-Pfalz					Baden-Württemberg				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
im ersten Halbjahr nach Schulabgang erfolgt	30	28	25	24	16	27	22	24	24	19	26	19	22	18	15	20	18	15	17	12
für die Folgezeit geplant	10	8	10	12	10	10	10	13	13	8	7	8	12	10	6	14	9	13	12	11
Brutto-Berufsausbildungsquote	40	36	35	36	26	37	32	37	37	27	33	27	33	28	21	34	27	29	29	23
darunter: mit Studienabsicht	12	11	8	8	5	15	12	8	7	6	14	12	8	4	3	11	8	5	4	3

Aufnahme einer nachschulischen Berufsausbildung [1]	Bayern					Saarland					Berlin					Brandenburg				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
im ersten Halbjahr nach Schulabgang erfolgt	18	17	15	15	10	23	29	21	29	19	22	26	22	15	12	14	-	21	28	27
für die Folgezeit geplant	7	6	10	9	7	16	7	9	4	8	7	8	8	10	7	12	-	8	13	10
Brutto-Berufsausbildungsquote	25	23	26	25	17	39	36	31	33	27	29	34	30	25	20	26	-	29	40	37
darunter: mit Studienabsicht	8	9	6	4	3	8	12	6	4	4	14	13	8	5	3	7	-	5	5	5

Aufnahme einer nachschulischen Berufsausbildung [1]	Mecklenburg-Vorpommern					Sachsen					Sachsen-Anhalt					Thüringen				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
im ersten Halbjahr nach Schulabgang erfolgt	14	40	25	27	20	16	34	31	25	20	15	30	25	27	16	17	31	29	27	21
für die Folgezeit geplant	17	8	21	12	10	10	7	10	13	10	13	6	17	10	7	12	5	10	13	9
Brutto-Berufsausbildungsquote	31	48	46	39	30	26	41	41	38	30	28	36	42	37	23	29	36	39	40	29
darunter: mit Studienabsicht	14	16	7	7	4	9	6	6	6	5	10	8	5	7	3	9	9	6	5	4

1) betriebliche Ausbildung, Beamtenausbildung (i.d.R. Besuch von Verwaltungsfachhochschulen), Besuch von Berufsakademien, Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien

Studienberechtigte 90: Stand 3 ½ Jahre nach Schulabgang

Studienberechtigte 1994 ohne Brandenburg

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 7.1: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der aufgenommenen bzw. angestrebten Berufsausbildung nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art der Berufsausbildung	insgesamt					Männer					Frauen					alte Länder					neue Länder				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
betriebliche Ausbildung	22	20	20	21	13	18	16	18	16	9	28	25	22	25	16	23	20	20	21	13	16	24	23	23	15
Bank – und Versicherungsberufe	7	6	5	5	3	6	5	5	4	2	9	7	5	6	4	7	6	6	5	3	6	5	5	5	3
Organisations- und Büroberufe	6	7	7	7	4	5	4	6	5	3	9	9	9	9	5	7	6	7	7	4	4	9	8	8	5
Fertigungs- und technische Berufe	5	4	4	3	2	5	4	5	3	2	5	4	3	3	2	5	4	4	3	2	3	4	5	3	2
übrige Berufe	4	4	4	6	4	2	2	2	4	2	5	5	5	8	5	4	4	3	6	4	3	5	5	7	4
Beamtenausbildung [1)]	5	4	3	3	3	4	3	3	3	2	5	4	3	3	3	5	3	3	2	3	5	6	5	4	3
Besuch von Berufsakademien	2	2	2	3	3	2	2	3	4	4	2	2	2	2	2	2	2	2	3	3	1	3	2	4	5
Besuch einer Berufsfachschule, einer Fachakademie oder einer Schule des Gesundheitswesens	5	6	8	6	5	2	2	2	2	2	9	9	13	10	8	5	5	7	6	5	6	6	9	7	7
Berufsausbildung insgesamt	34	32	33	33	24	26	23	26	25	17	44	40	40	40	30	35	30	32	31	23	28	39	39	39	30
keine Berufsausbildung aufgenommen bzw. geplant	66	68	67	67	76	74	77	74	75	83	56	60	60	60	70	65	70	68	69	77	72	62	61	61	70

1) i.d.R. für den gehobenen Dienst (Besuch von Verwaltungsfachhochschulen)

Studienberechtigte 90: Stand 3 ½ Jahre nach Schulabgang

alte Länder einschließlich Berlin, Studienberechtigte 1994 ohne Brandenburg

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 7.2: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der aufgenommenen bzw. angestrebten Berufsausbildung nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art der Berufsausbildung	Schleswig-Holstein					Hamburg					Niedersachsen					Bremen				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
betriebliche Ausbildung	24	22	20	22	16	23	16	28	29	13	27	20	17	18	11	26	22	14	15	13
Bank – und Versicherungsberufe	10	9	7	7	4	9	5	8	8	4	11	6	4	4	3	1	7	10	2	4
Organisations- und Büroberufe	6	4	5	6	4	6	3	7	6	4	6	5	7	6	3	14	7	-	3	5
Fertigungs- und technische Berufe	3	5	3	3	2	3	3	5	4	1	6	6	4	4	2	5	3	-	4	1
übrige Berufe	5	5	5	7	6	5	6	8	11	5	4	4	2	4	4	6	6	6	7	3
Beamtenausbildung [1)]	6	3	9	1	2	2	2	1	3	2	3	4	3	3	5	2	1	2	-	1
Besuch von Berufsakademien	2	2	2	2	2	2	1	-	1	1	1	2	2	2	1	0	2	2	1	-
Besuch einer Berufsfachschule, einer Fachakademie oder einer Schule des Gesundheitswesens	4	6	8	5	5	7	6	5	6	6	4	5	6	6	3	4	5	-	5	5
Berufsausbildung insgesamt	36	33	38	31	24	34	25	34	39	23	35	31	29	29	20	32	30	19	22	19
keine Berufsausbildung aufgenommen bzw. geplant	64	67	62	69	76	66	75	66	61	77	65	69	71	71	80	68	70	81	78	81

1) i.d.R. für den gehobenen Dienst (Besuch von Verwaltungsfachhochschulen)

Studienberechtigte 90: Stand 3 ½ Jahre nach Schulabgang

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 7.3: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der aufgenommenen bzw. angestrebten Berufsausbildung nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art der Berufsausbildung	Nordrhein-Westfalen					Hessen					Rheinland-Pfalz					Baden-Württemberg				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
betriebliche Ausbildung	28	24	24	26	15	28	22	25	28	18	18	16	20	17	11	17	14	16	15	8
Bank – und Versicherungsberufe	7	7	6	7	3	9	9	6	7	5	9	5	6	5	3	5	5	4	3	1
Organisations- und Büroberufe	9	9	10	8	5	8	6	10	10	7	5	4	7	5	4	4	4	5	6	3
Fertigungs- und technische Berufe	6	4	5	4	3	6	5	6	3	2	3	4	4	3	2	4	3	3	2	1
übrige Berufe	6	4	3	7	4	5	3	2	8	4	1	3	4	5	2	4	2	3	4	3
Beamtenausbildung [1)]	5	4	2	3	3	4	3	4	2	3	6	3	3	2	3	5	4	4	2	3
Besuch von Berufsakademien	1	1	1	1	1	2	2	3	3	1	3	2	2	3	3	6	4	5	8	8
Besuch einer Berufsfachschule, einer Fachakademie oder einer Schule des Gesundheitswesens	6	7	9	7	7	3	5	5	4	4	6	5	8	5	4	6	5	4	3	4
Berufsausbildung insgesamt	40	36	35	36	26	37	32	37	37	27	33	27	33	28	21	34	27	29	29	23
keine Berufsausbildung aufgenommen bzw. geplant	60	64	65	64	74	63	68	63	63	73	67	73	67	72	79	66	74	72	71	77

1) i.d.R. für den gehobenen Dienst (Besuch von Verwaltungsfachhochschulen)

Studienberechtigte 90: Stand 3 ½ Jahre nach Schulabgang

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 7.4: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der aufgenommenen bzw. angestrebten Berufsausbildung nach Landund Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art der Berufsausbildung	Bayern					Saarland					Berlin					Brandenburg				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
betriebliche Ausbildung	16	14	14	15	10	23	26	17	24	13	18	21	18	17	13	13	-	21	27	20
Bank – und Versicherungsberufe	6	5	5	4	3	7	6	5	7	3	7	7	4	4	4	5	-	4	6	4
Organisations- und Büroberufe	4	4	3	4	3	7	9	5	11	5	6	8	5	5	4	3	-	10	8	6
Fertigungs- und technische Berufe	4	3	3	2	1	4	7	4	2	2	2	3	4	2	1	2	-	2	4	5
übrige Berufe	2	3	3	4	3	5	4	4	4	3	3	3	5	6	4	3	-	4	9	6
Beamtenausbildung [1)]	1	2	2	2	2	3	2	1	2	3	5	5	4	2	1	6	-	2	5	3
Besuch von Berufsakademien	3	1	1	1	1	3	0	-	2	3	0	3	3	2	4	1	-	1	4	4
Besuch einer Berufsfachschule, einer Fachakademie oder einer Schule des Gesundheitswesens	5	5	9	7	4	10	7	12	5	7	6	4	5	4	2	6	-	5	5	9
Berufsausbildung insgesamt	25	23	26	25	17	39	36	31	33	27	29	34	30	25	20	26	-	29	40	37
keine Berufsausbildung aufgenommen bzw. geplant	75	77	74	75	83	61	64	69	67	73	71	66	70	75	80	74	-	71	60	63

1) i.d.R. für den gehobenen Dienst (Besuch von Verwaltungsfachhochschulen)

Studienberechtigte 90: Stand 3 ½ Jahre nach Schulabgang

Studienberechtigte 1994 ohne Brandenburg

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 7.5: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der aufgenommenen bzw. angestrebten Berufsausbildung nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art der Berufsausbildung	Mecklenburg-Vorpommern					Sachsen					Sachsen-Anhalt					Thüringen				
	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02	90	94	96	99	02
betriebliche Ausbildung	20	31	29	25	17	14	23	23	18	12	17	23	26	24	13	17	21	20	22	13
Bank – und Versicherungsberufe	8	7	8	6	6	4	5	2	4	1	8	4	6	6	3	5	6	6	4	2
Organisations- und Büroberufe	3	11	10	9	5	4	9	8	5	3	3	10	10	10	5	5	7	3	8	7
Fertigungs- und technische Berufe	4	6	8	3	2	3	3	7	2	2	2	4	3	3	1	4	5	6	4	2
übrige Berufe	5	7	2	6	4	3	6	5	7	5	4	5	7	5	4	3	4	4	6	2
Beamtenausbildung [1)]	4	6	7	6	5	4	6	3	4	2	4	6	7	5	4	6	5	6	4	4
Besuch von Berufsakademien	0	1	-	3	5	2	5	4	6	6	1	1	3	1	3	0	2	1	6	6
Besuch einer Berufsfachschule, einer Fachakademie oder einer Schule des Gesundheitswesens	7	8	10	5	4	6	6	11	10	10	6	5	6	7	4	6	6	12	7	6
Berufsausbildung insgesamt	31	48	46	39	30	26	41	41	38	30	28	36	42	37	23	29	36	39	40	29
keine Berufsausbildung aufgenommen bzw. geplant	69	52	54	61	70	74	59	59	62	70	72	64	58	63	77	71	64	61	60	71

1) i.d.R. für den gehobenen Dienst (Besuch von Verwaltungsfachhochschulen)

Studienberechtigte 90: Stand 3 ½ Jahre nach Schulabgang

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

HIS, Goseriede 9, 30159 Hannover
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, 61246

Impressum:

Herausgeber: HIS-Hochschul-Informations-System GmbH,
Goseriede 9, 30159 Hannover
Tel.: 0511 / 1220-0, Fax: 0511 / 1220-250
E-Mail: ederleh@his.de

ISSN 1611-1966

Verantwortlich: Dr. Jürgen Ederleh

Redaktion: Barbara Borm

Erscheinungsweise: 8 x jährlich

"Gemäß § 33 BDSG weisen wir jene Empfänger der HIS-Kurzinformationen, denen diese zugesandt werden, darauf hin, dass wir ihren Namen und ihre Anschrift ausschließlich zum Zweck der Erstellung des Adressaufklebers für den postalischen Versand maschinell gespeichert haben."